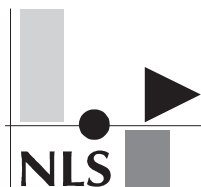




Niedersachsen-Monitor 2006



Niedersachsen



Statistische Berichte Niedersachsen

Niedersächsisches Landesamt
für Statistik

Z 6 - j / 06

Niedersachsen-Monitor 2006



Niedersachsen

Impressum

Herausgeber: Niedersächsisches Landesamt für Statistik (NLS)

Redaktion: Prof. Lothar Eichhorn
E-mail: lothar.eichhorn@nls.niedersachsen.de

Autoren: Teil I: Prof. Lothar Eichhorn, Dr. Dirk Soyka
Teil II: Redaktionell verantwortlich: Gabriele Zufall

Zu beziehen durch: NLS - Schriftenvertrieb -
Postfach 910764, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. (05 11) 98 98 - 31 66, Fax - 41 33
E-mail: vertrieb@nls.niedersachsen.de
Internet: www.nls.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €
Erschienen im November 2006
ISSN 1432-5756

© Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover 2006. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt

Seite

Textteil I und Schaubilder

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	8
Erwerbstätigkeit.....	11
Wirtschaft und Einkommen	16
Innovation	21
Humanpotenzial	26
Finanzen	27
Soziale Probleme, Sicherheit	30
Fazit.....	35

Tabellenteil

Bevölkerung.....	38
Erwerbstätigkeit.....	40
Wirtschaft und Einkommen	42
Innovation	47
Humanpotenzial	49
Finanzen	50
Soziale Probleme, Sicherheit	52

Textteil II

Senioren in Niedersachsen	56
---------------------------------	----

Zeichenerklärung:

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.

Textteil I und Schaubilder



Einführung

Dies ist die mittlerweile neunte Ausgabe des *Niedersachsen-Monitors*, der seit dem Jahr 1998 jährlich vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik (NLS) im Herbst vorgelegt wird. Der *Monitor* bezweckt eine umfassende und objektive Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen durch einen systematischen Ländervergleich (Teil 1) sowie durch die vertiefte Darstellung eines jeweils aktuellen Schwerpunktthemas (Teil 2). Das diesjährige Schwerpunktthema befasst sich, da aus gutem Grunde zunehmend über Probleme der demographischen Entwicklung diskutiert wird, mit der Darstellung wichtiger Strukturdaten über die Senioren in Niedersachsen.

Grundkonzept des Ländervergleichs im *Niedersachsen-Monitor*

Der erste Teil des *Monitors* stellt kurz- und mittelfristige Entwicklungen und aktuelle Strukturen im Vergleich der 16 Bundesländer und Deutschlands dar. Mittels hochverdichteter Indikatoren wird ein Ländervergleich und damit eine Positionsbestimmung Niedersachsens aktuell und umfassend möglich. Thematisch umfasst der *Monitor* die Politikfelder Demographie, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Humanpotenzial, Innovation, Finanzen sowie soziale Probleme, Sicherheit. Im Laufe der Jahre wurde das Tabellenprogramm mehrfach von anfangs 35 auf 48 erweitert.

Der *Ländervergleich* basiert auf einer Sammlung von 48 nach Sachgebieten geordneten Tabellen, die durch Balkendiagramme illustriert und textlich kommentiert werden. Alle Tabellen folgen einem einheitlichen Bauplan: Es werden die Daten aller 16 Länder sowie die Deutschlands, Ost- und Westdeutschlands dargestellt. Die Entwicklung Niedersachsens wird überwiegend am Bundes-trend gemessen und beurteilt. Landes- und Bundesergebnis sind in den Tabellen darum durch Fettdruck optisch hervorgehoben. Da auch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung die entscheidende regionale Scheidelinie der Nation zwischen der „alten“ Bundesrepublik und dem Beitrittsgebiet verläuft, wurden zusätzlich die Werte für Ost- und Westdeutschland nachgewiesen. Die 10 Länder der „alten“ Bundesrepublik werden als Westdeutschland, die fünf Länder des Beitrittsgebiets sowie Berlin werden als Ostdeutschland zusammengefasst.

Kurz- und mittelfristiger Zeitvergleich, Aktualität: Alle Tabellen enthalten den aktuellsten zur Verfügung stehenden Jahres- bzw. Stichtagswert sowie vergleichend a) das Vorjahresergebnis und b) das Ergebnis fünf Jahre zuvor. Auf einen Blick wird so die kurz- und mittelfristige Entwicklung deutlich. Am aktuellen Rand beziehen sich die Daten meist auf das Jahr 2005, die älteren Vergleichsda-

ten stammen somit meist aus 2004 bzw. 2000. Davon wird nur dann abgewichen, wenn es noch keine Daten aus 2005 gab. Die stets sehr aktuellen Arbeitslosenzahlen beziehen sich auf das Jahr 2006 bzw. 2001 und 2005 zum Vergleich. Alle Daten des *Monitors* entstammen aus jedermann zugänglichen öffentlichen Quellen. Zumeist sind dies amtliche Veröffentlichungen, die überwiegend im Internet zu finden sind. Soweit irgend möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse. In manchen Fällen, so z.B. bei Tabellen, die auf monatlichen Konjunkturerhebungen beruhen, kann es kleine Abweichungen zwischen den hier publizierten Angaben und denen einzelner Statistischer Landesämter für ihr jeweiliges Land geben.

Beziehungszahlen, Quoten und Veränderungsraten: Absolute Zahlen sind meist für eine Analyse nicht geeignet. Erst im Zeit- und Regionalvergleich mit anderen Daten erhalten sie einen Aussagewert. Dabei müssen sie oft standardisiert werden, um triviale Aussagen, dass es z.B. im großen Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitslose oder ein höheres Bruttoinlandsprodukt als im kleinen Saarland gibt, zu vermeiden. Durch Verwendung von Quoten (z.B. Arbeitslosenquote), Beziehungszahlen (z.B. Geborene je 1 000 Einwohner) und prozentuellen Veränderungsraten (z.B. Wirtschaftswachstum) wird ein Höchstmaß an regionaler und zeitlicher Vergleichbarkeit geschaffen.

Konzeptionelle Änderungen dieser Ausgabe

An mehreren Stellen wurden in dieser Ausgabe 2006 wichtige konzeptionelle Änderungen vorgenommen:

1. Die *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* stellen neuerdings keine preisbereinigten Daten über das Bruttoinlandsprodukt (BIP, Tab. 13) und die Bruttowertschöpfung (BWS, Tab. 15, 16 und 17) zur Verfügung. Es gibt nur noch die Nachweisungen „in jeweiligen Preisen“ sowie „in Preisen des Vorjahres“ als reale Veränderungsraten; in letztgenannten sind die Wirkungen der Preisveränderungen also eliminiert. In den genannten Tabellen sind daher die in diesen nachgewiesenen kurz- und mittelfristigen Veränderungsraten andere als die Veränderungsraten in jeweiligen Preisen, wie man sie sich selbst aus den Rohdaten der Tabelle über die absolute Höhe des BIP und der BWS in jeweiligen Preisen selbst ermitteln könnte.
2. Es hat sich herausgestellt, dass die Berechnung der *Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss* (Tab. 32) im Jahr 2004 für das Land Niedersachsen fehlerhaft war. Dies lag nicht an der absoluten Höhe

der Zahl der Abgänger ohne Hauptschulabschluss, sondern am Nenner der Quote, also der Zahl der Schulabgänger. Deren Zahl war zu hoch nachgewiesen worden. Um derartige Fehler zu vermeiden, wurde – selbstverständlich auch rückwirkend – der Berechnungsmodus dieser Quote geändert: Die Zahl der Absolventen ohne Hauptschulabschluss wird künftig auf die durchschnittliche Zahl der Bevölkerung im Alter von 14 bis unter 16 Jahren bezogen. Bei der Abiturientenquote wurde auch schon bisher analog verfahren.

3. Die wichtigsten Änderungen ergeben sich im Kapitel „Soziale Probleme, Sicherheit“. Die Hartz-IV-Reformen haben das System der sozialen Sicherung seit Anfang 2005 tiefgreifend verändert. Es ist künftig nicht mehr wie bis zum Jahr 2004 möglich, soziale Problemlagen in Deutschland und seinen Ländern mit Daten der Sozialhilfestatistik abzubilden. Damit ist ins-

gesamt drei Tabellen des *Niedersachsen-Monitors* die Grundlage entzogen worden, nämlich denen über Sozialhilfeempfänger insgesamt, weibliche Sozialhilfeempfänger und Ausgaben für Sozialhilfe. Um die Entwicklung sozialer Problemlagen – und diese sind mit Problemen der demographischen Entwicklung eng verknüpft – adäquat abzubilden, wurden stattdessen folgende Tabellen zusätzlich aufgenommen: Leistungsempfänger nach Sozialgesetzbuch (SGB) II; Verbraucherinsolvenzen; Anzahl und Bevölkerungsanteil der Hochbetagten über 80 Jahre; vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Damit werden einige der wichtigsten potenziellen Armutsursachen – Verlust des Arbeitsplatzes, problematische Familienverhältnisse, hohes Lebensalter – statistisch abgebildet. Eine nähere Begründung der Datenauswahl und Vorstellung der Datenquellen erfolgt im entsprechenden Kapitel.



Bevölkerung

2005 erstmals seit 1987 Bevölkerungsrückgang

Die Einwohnerzahl Deutschlands wie auch Niedersachsens war im Jahr 2005 um jeweils - 0,1 % rückläufig. Ende 2005 lebten in Niedersachsen noch 7 993 946 Menschen, 6 963 weniger als ein Jahr zuvor (Tab. 1). Nur noch fünf von 16 Bundesländern konnten im Jahr 2005 ihre Einwohnerzahl erhöhen, wobei die wirtschaftlich derzeit erfolgreichsten Länder Hamburg (+ 0,5 %) sowie Baden-Württemberg und Bayern (+ 0,2 %) vorne lagen. In den ostdeutschen Ländern sank die Bevölkerungszahl im Schnitt um - 0,5 %, während sie im Westen insgesamt stieg. Den größten Einwohnerschwund mussten Thüringen (- 0,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (- 0,8 %) und das Saarland (- 0,7 %) verbuchen.

Es war das erste Mal seit 1987, dass in Niedersachsen zum Jahresende eine sinkende Bevölkerungszahl auftrat. Im Fünfjahresvergleich 2005 zu 2000 weist das Land noch ein Wachstum von + 0,9 % auf, was deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+ 0,2 %) und in etwa im Schnitt der westlichen Länder (+ 1,0 %) liegt. Die jährlichen Zuwächse wurden aber von Jahr zu Jahr geringer, und es ist durchaus möglich, dass bereits 2005 die Trendwende zum allmählichen Bevölkerungsrückgang auch in Niedersachsen markiert.

Überdurchschnittlich starker Geburtenrückgang

Die Zahl der Lebendgeborenen (Tab. 2) sank in Niedersachsen auf nur noch 66 993 im Jahr 2005. Das war ein Rückgang von - 4,8 % im Vorjahresvergleich; im Vergleich mit dem Jahr 2000 ging die Geburtenzahl sogar um - 15,7 % zurück. Der Geburtenrückgang ist in Niedersachsen sogar noch deutlich stärker ausgeprägt als in anderen Bundesländern: Im Fünfjahresvergleich ist die Abnahmerate Niedersachsens die höchste aller Bundesländer, und sie liegt weit über dem auch schon ungünstigen Bundesdurchschnitt von - 10,6 %. Auch im kurzfristigen Vorjahresvergleich schneidet das Land deutlich schlechter als der Bundesdurchschnitt (- 2,8 %) ab. Im Ländervergleich ist bemerkenswert, dass die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen im Jahr 2005 sogar ein Plus bei den Geburten verzeichneten. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass diese beiden Stadtstaaten derzeit aufgrund relativ günstiger Wirtschaftsdaten viele junge Frauen, also potenzielle Mütter, aus anderen Gebieten anziehen.

Die Geburtenhäufigkeit Niedersachsens war noch im Jahr 2000 mit 10,1 Geborenen je 1 000 Einwohner klar überdurchschnittlich; der entsprechende Wert lag bei 9,3 für

Deutschland und 9,8 für Westdeutschland. 2005 ist Niedersachsens Geburtenhäufigkeit mit 8,4 nur noch durchschnittlich (Deutschland 8,3, Westdeutschland 8,5). In Ostdeutschland blieb die Geburtenhäufigkeit mit 7,5 weiterhin so niedrig wie im Jahr 2000. Im Länder-Ranking der Geburtenhäufigkeit rutschte Niedersachsen von Platz 2 auf Platz 7.

Sterbeüberschuss und Wanderungssaldo steigen

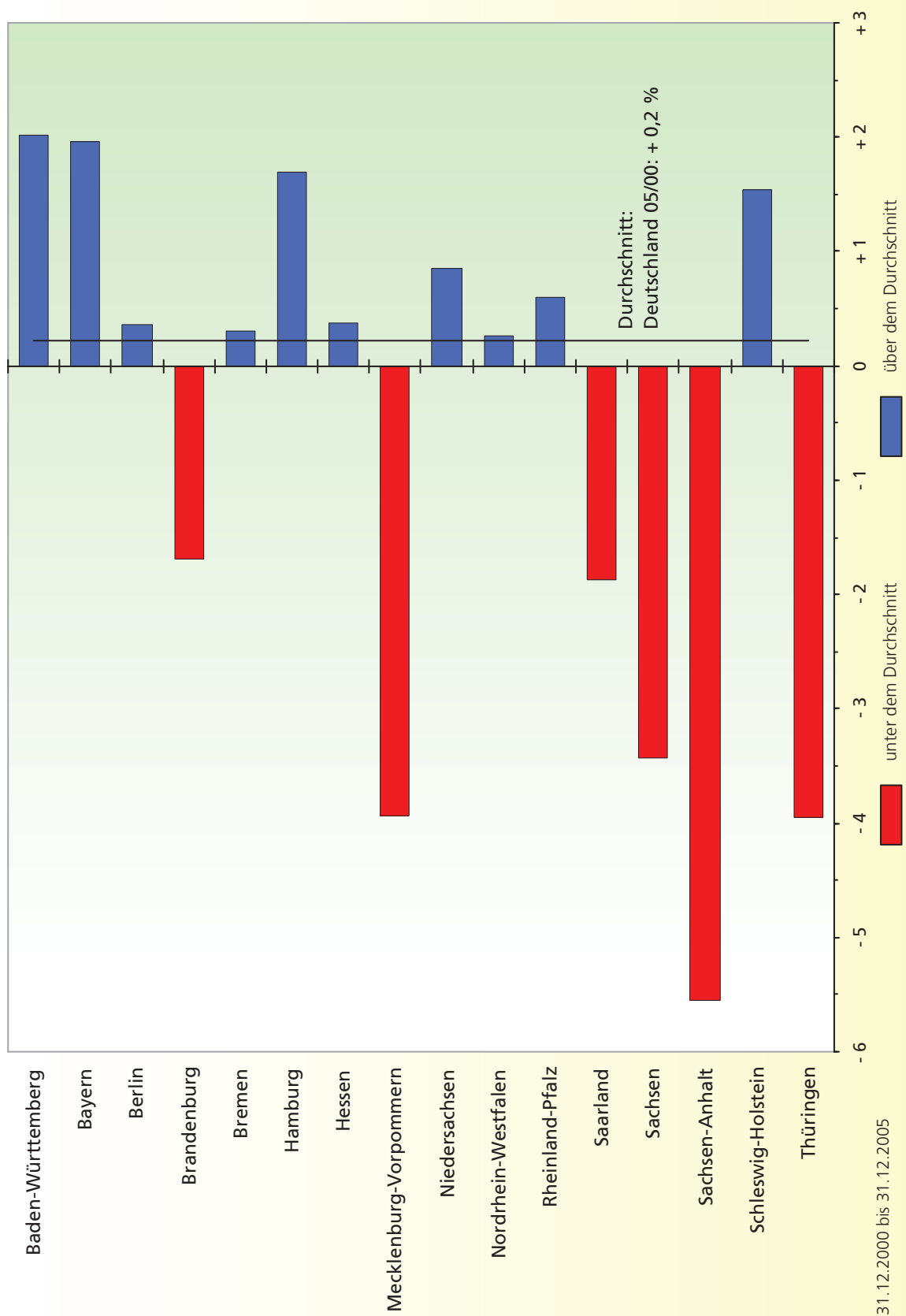
Einen weiteren Hinweis auf die Ursachen des eingangs erwähnten leichten Bevölkerungsrückgangs in Niedersachsen kann man den Tabellen 3 und 4 entnehmen. Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Tab. 3) rutscht weiter in die roten Zahlen, denn die Geburtenzahlen sinken, und die Zahl der Gestorbenen bleibt relativ konstant. Die Verschlechterung dieses Saldos vollzieht sich in Niedersachsen schneller als im Bundesdurchschnitt, was man an der Entwicklung der vergleichbaren Beziehungszahl „Geburten-/Sterbesaldo je 1 000 Einwohner“ ablesen kann. Dieser zugegeben ein wenig komplizierte Indikator entwickelte sich in Niedersachsen von - 0,4 (2000) auf - 2,0 (2005). Im gesamten Deutschland entwickelte er sich von - 0,9 auf - 1,8 – auch keine schöne Entwicklung, aber trotzdem besser als die des Landes.

In früheren Jahren konnten die fast immer positiven Wanderungssalden (Tab. 4) die meist negativen Geburtsalden mehr als ausgleichen. Das scheint vorbei zu sein. Der positive Wanderungssaldo von + 30 898 (2000) sank über + 19 600 (2004) auf nur noch + 9 266 im vergangenen Jahr; auf 1 000 Einwohner bezogen von + 3,9 auf nur noch + 1,2. Auch diese Entwicklung vollzieht sich in Niedersachsen schneller als im Bundesgebiet: Deutschlandweit blieb diese Beziehungszahl stabil bei 1,0 je 1 000 Einwohner in den Jahren 2004 und 2005 – im Jahr 2000 lag sie bei 2,0. Die Zuwanderung nach Deutschland im Allgemeinen und Niedersachsen im Besonderen hat stark abgenommen. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Aussiedlerstrom aus Rumänien, Russland, Kasachstan allmählich verebbt. Aber auch die Zahl der nicht-deutschen Migranten nahm im vergangenen Jahr ab – die Attraktivität von Deutschland und Niedersachsen als internationales Migrationsziel sinkt.

Zahl der Eheschließungen im Norden weiterhin überdurchschnittlich, aber Unterschiede zwischen den Ländern schwächen sich ab

Die Zahl der Eheschließungen nahm im Jahr 2005 leicht um - 2,6 % auf 40 687 ab, aber die Eheschließungshäufigkeit

Prozentuale Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2000 bis 2005



figkeit in Niedersachsen bleibt überdurchschnittlich. Pro 10 000 Einwohner wurden in Niedersachsen 50,8 Ehen geschlossen, der dritthäufigste Wert nach Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Der Norden Deutschlands liegt hier weit vorn.

Bezüglich des Heiratsverhaltens haben sich im vergangenen Jahr die regionalen Unterschiede abgeschliffen. In den Ländern mit einer relativ hohen Eheschließungshäufigkeit *sank* diese, und umgekehrt *stieg* sie in den meisten Ländern mit unterdurchschnittlichen Werten. Das wirkte sich z.B. bezüglich der West-Ost-Unterschiede stark nivellierend aus. Während sie in Ostdeutschland von niedrigem Niveau ausgehend steigt, sinkt sie im Westen, und wenn dieser Trend sich fortsetzt, wird es in dieser Frage bald keine Ost-West-Disparitäten mehr geben.

Abermals weniger Ehescheidungen

Die Zahl der Ehescheidungen in Niedersachsen sank von 2004 bis 2005 um - 7,7 % auf 20 177 (Tab. 6). Bereits im vergangenen Jahr war nach dem Höhepunkt des Jahres 2003 (21 921) ein seinerzeit noch leichter Rückgang um - 0,2 % aufgetreten. So gibt es mittelfristig im Vergleich zum Jahr 2000 zwar einen klaren Zuwachs um + 9,9 %, aber eben ein Abebben der Scheidungshäufigkeit seit

2003. Der mittelfristige Zuwachs von + 9,9 % war übrigens der höchste, der unter den vorliegenden Länderergebnissen beobachtet werden konnte.

Da bei Redaktionsschluss Ende September immer noch die Daten eines Landes fehlten, kann das Landesergebnis nicht mit den Bundesdaten verglichen werden, sondern nur mit den vorliegenden Länderergebnissen. Danach liegt das niedersächsische Ergebnis im Trend: In 13 von 16 Ländern gab es im Vorjahresvergleich rückläufige Werte. Die Scheidungshäufigkeit (Scheidungen pro 10 000 Einwohner) in Niedersachsen sank von 27,3 (2004) auf 25,2 im Jahr 2005.

Zum Teil ist dieser Rückgang ganz einfach damit zu erklären, dass weniger Ehen geschlossen wurden, aber das erklärt nur wenig: denn das Verhältnis Eheschließungen zu Scheidungen lag 2004 bei 1,9 und 2005 bei 2,0. Eine mögliche Erklärung wäre, dass die Menschen in wirtschaftlich relativ unsicheren Zeiten, in denen man auch ständig von tiefgreifenden Veränderungen im Wirtschafts- und Sozialsystem betroffen ist, im privaten Bereich „auf Nummer sicher“ gehen und daher das Risiko einer Scheidung (noch) nicht auf sich nehmen wollen. Etwas Ähnliches war in den neunziger Jahren in Ostdeutschland beobachtet worden.



Erwerbstätigkeit

Mehr Erwerbstätige und Selbstständige, ...

In Niedersachsen ermittelte der Mikrozensus im Jahresdurchschnitt 2005 eine Zahl von 3 401 000 in Niedersachsen wohnhaften Erwerbstätigen (Tab. 7). Das bedeutet gegenüber 2004 einen erfreulichen Zuwachs von + 2,3 %. Bundesweit war eine ähnliche Zunahme von + 2,5 % zu beobachten. Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich zum Jahr 2000 ist bundesweit ein Rückgang um - 0,1 %, in Niedersachsen um - 0,6 % zu beobachten.

Es gibt eine wichtige methodische Einschränkung: Bei der Bewertung dieser Zahlen muss berücksichtigt werden, dass der Mikrozensus im Jahr 2005 eine tiefgreifende Umgestaltung erfuhr. Während er bis 2004 einmal jährlich im April durchgeführt wurde, so wird er ab Januar 2005 als monatliche Stichprobe organisiert, und alle Angaben sind jetzt Jahresdurchschnitte. Die Veränderungsrate dürfte daher leicht positiv überzeichnet sein, da die Erwerbstätigkeit im April etwas niedriger liegt als im Jahresdurchschnitt, wie Ergebnisse der ILO-Arbeitsmarktstatistik für Deutschland zeigen: Im April 2005 gab es danach bundesweit eine Zahl von 38,5 Mio. Erwerbstätigen, im Jahresdurchschnitt lag sie mit 38,7 Mio. etwas höher. Durch diesen Basis-Effekt erscheint der Zuwachs wahrscheinlich höher, als er tatsächlich ist.

Ansonsten ist die Zunahme der Erwerbstätigkeit gegenüber 2004 auch auf drei klar erkennbare Ursachen zurückzuführen:

Die *Zahl der Selbstständigen* in Niedersachsen ist, teilweise durch die Förderung von Existenzgründungen („Ich-AG“), deutlich um + 3,1 % gestiegen und die Selbstständigenquote – der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen – stieg entsprechend auf 10,8 %. Dieser Zuwachs war deutlich geringer als der entsprechende von + 5,9 % im gesamten Bundesgebiet.

Besonders stark zugenommen hat die *Zahl der Erwerbstätigen mit relativ geringen Arbeitszeiten* von weniger als 20 Stunden. Minijobs, Ein-Euro-Jobs und andere Instrumente der Arbeitsmarktpolitik dürften hier eine wichtige Rolle spielen.

Von der Zunahme dieser geringfügigen und Teilzeitbeschäftigungen haben einmal mehr vor allem die *Frauen* profitiert (Tab. 8). Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen nahm in Niedersachsen kurzfristig um + 3,3 % und mittelfristig um + 3,2 zu. 37 von 100 Frauen waren im Jahr 2005 erwerbstätig; 2004 waren es erst 36 von Hundert.

... aber weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit *Arbeitsort* in Niedersachsen nahm vom 30. Juni 2004 bis zum 30. Juni 2005 in Niedersachsen um - 1,5 % ab (Tab. 9). Diese Abnahme liegt im Trend der vergangenen Jahre – auch mittelfristig ging die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen im Lande um - 5,4 % (Deutschland - 5,6 %) zurück. Im kurzfristigen Vergleich zu 2004 mussten alle Länder Abnahmen verzeichnen – noch die geringste Abnahme gab es in Hamburg mit - 0,1 %, die höchste musste einmal mehr Sachsen-Anhalt mit - 3,4 % hinnehmen. Deutschlandweit war ein Minus von - 1,3 % zu verzeichnen.

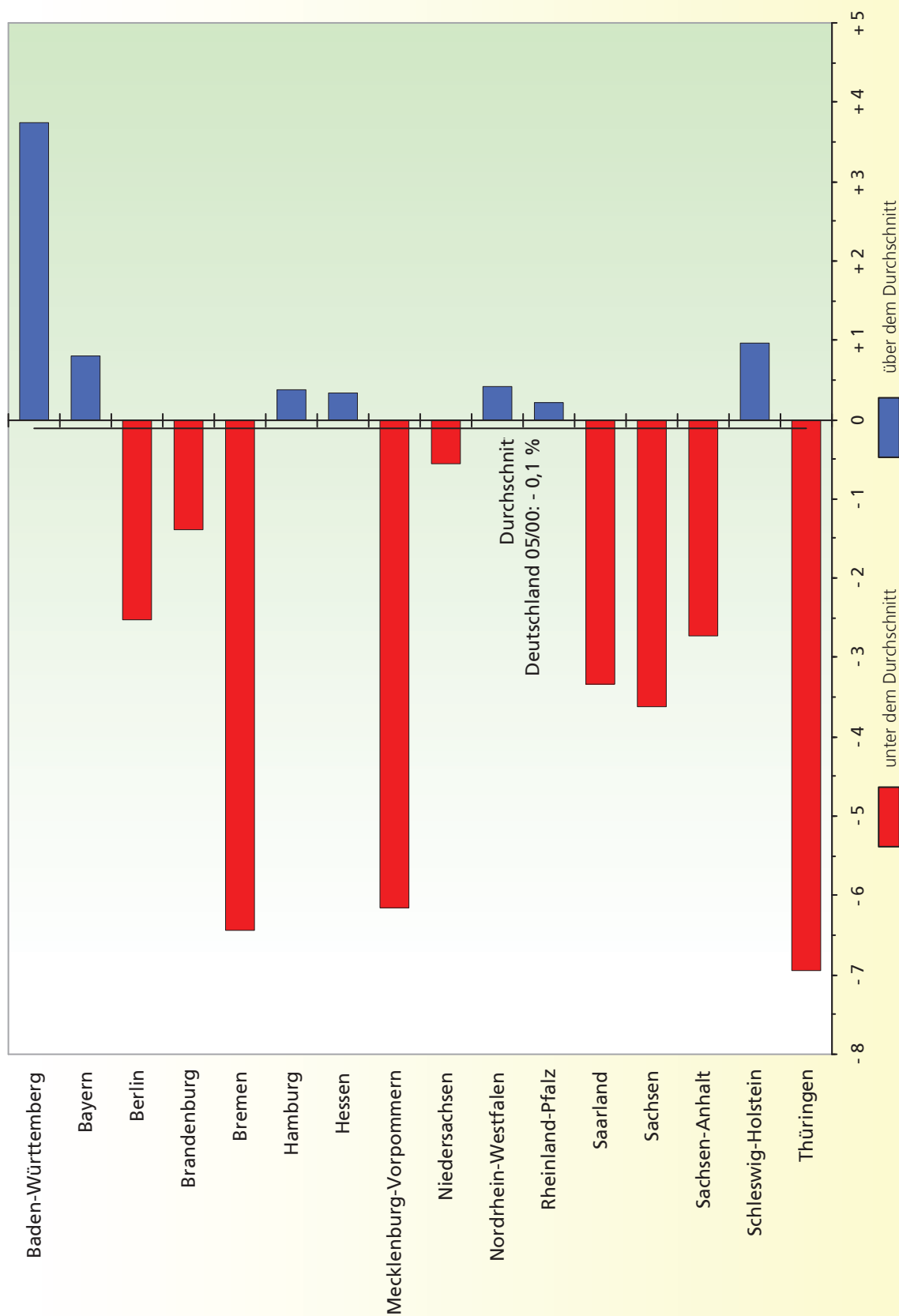
Die Schere zwischen Ost und West geht hier trotz aller Bemühungen weiter auf: In der Summe aller ostdeutschen Länder sank die Beschäftigung um - 2,8 %, in der Summe aller westdeutschen Länder nur um - 1,0 %. Im mittelfristigen Vergleich ist die Diskrepanz noch deutlicher: Während in Westdeutschland die Beschäftigung um - 4,0 % sank, ging sie im Osten gar um - 13,2 % zurück.

Ohne die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung wäre der Rückgang sogar noch deutlicher ausgefallen. Die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze stieg in Niedersachsen von 419 000 auf 424 000, und die Teilzeitquote stieg damit von 17,9 % (2004) auf 18,4 %. Dieser Wert liegt deutlich höher als der Bundesdurchschnitt von 16,7 %. Diese Anstiegquote hat eine positive und eine bedenkliche Seite: Einerseits eröffnen Teilzeitstellen bessere Möglichkeiten, die Anforderungen von Beruf und Familie zu vereinbaren. Andererseits darf diese positive Seite den Blick nicht darauf verstellen, dass das gesamte sozialversicherungspflichtige Arbeitsvolumen im Lande noch stärker gesunken ist, als es der Rückgang von - 1,5 % ausdrückt. Entsprechend verringerten sich für manche Bevölkerungsgruppen die Möglichkeiten, das zum Lebensunterhalt erforderliche Einkommen durch Erwerbstätigkeit zu erzielen.

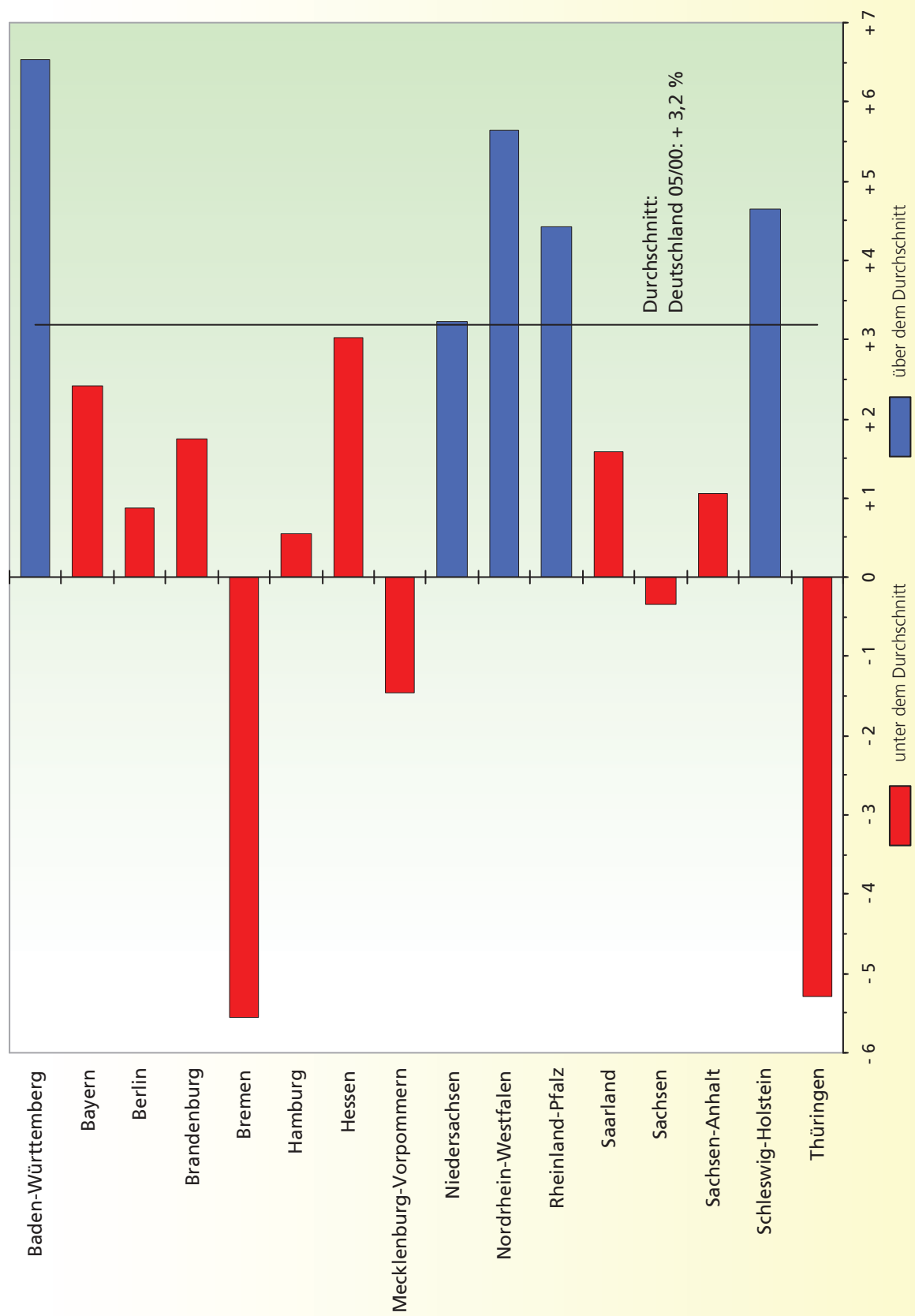
Kräftiger Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2006

Im Juni 2006 waren in Niedersachsen 405 839 Menschen arbeitslos und damit - 5,3 % weniger als ein Jahr zuvor (Tab. 10). Kräftige Abnahmeraten traten aufgrund der verbesserten Konjunktur dieses Jahres in allen Ländern bis auf Hessen auf, die kräftigsten in Schleswig-Holstein mit - 13,7 %. Niedersachsen liegt in etwa im Bundestrend von - 6,5 %. Erfreulicherweise ging die Arbeitslosigkeit im Osten (- 9,7 %) stärker zurück als im Westen (- 4,9 %). Der mittelfristige Vergleich mit dem Jahr 2001 ist in sei-

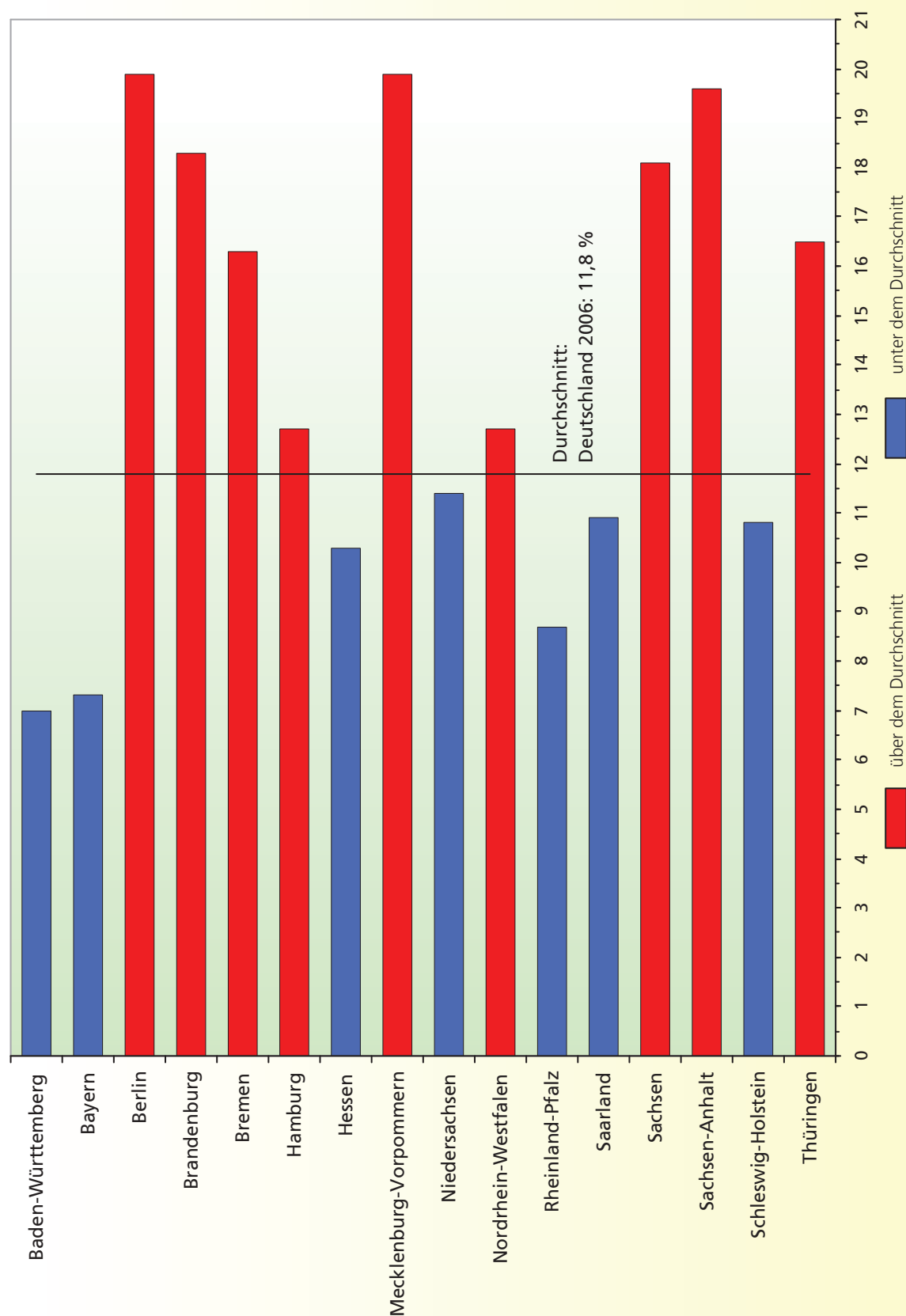
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2000 bis 2005



Veränderung der Zahl der erwerbstätigen Frauen 2000 bis 2005



Arbeitslosenquote am 30.6.2006



ner Aussagekraft eingeschränkt, denn die Arbeitsmarktreformen des Jahres 2005 hatten dazu geführt, dass zahlreiche Menschen als arbeitslos registriert wurden, die vorher als Sozialhilfeempfänger beim Arbeitsamt nicht gemeldet waren.

Niedersachsens Arbeitslosenquote der abhängig Beschäftigten sank damit von 12,2 auf 11,4 %; bundesweit ging sie im gleichen Takt von 12,6 auf 11,8 % zurück. Die regionale Spreizung der Quoten ist nach wie vor enorm: Sie reicht von 7,0 % (Baden-Württemberg) bis 19,9 % (Berlin und Mecklenburg-Vorpommern).

Bei den *arbeitslosen Jugendlichen* unter 25 Jahre (Tab. 11) gab es bis Juni 2006 einen kräftigen Rückgang; die Arbeitslosenquote dieser Gruppe lag in Niedersachsen bei 10,6 % und damit etwas höher als der Bundesdurchschnitt von 10,2 %. Die Entwicklung bei den Frauen war im Jahr 2006 weniger günstig: Binnen Jahresfrist stieg die Zahl der arbeitslosen Frauen in Niedersachsen gegen den Bundestrend um 2,0 %. Die Arbeitslosenquote der Frauen lag im Juni 2006 in Niedersachsen bei 11,5 % (Deutschland 11,8 %) und war damit etwas höher als die allgemeine Arbeitslosenquote.

Wirtschaft und Einkommen

Relativ geringes Wachstum in Niedersachsen

2005 wuchs die Wirtschaft in Niedersachsen und Deutschland im Gleichtakt um + 0,9 %, wobei die Entwicklung in Westdeutschland (+ 1,1 %) günstiger war als im Osten (- 0,1 %). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP, Tab. 13) erreichte im Jahr 2005 in Niedersachsen eine Höhe von 188,4 Mrd. Euro. Das entsprach einem Anteil von 8,4 % am Bundesergebnis – im Jahr 2000 lag der Anteil des Landes noch bei 8,7 %. Schon daran kann man ablesen, dass das Wachstumstempo der niedersächsischen Wirtschaft mittelfristig hinter dem Bundestrend zurückgeblieben ist: Einem realen Wachstum von + 8,9 % in Deutschland steht eine niedersächsische Wachstumsrate von nur + 4,6 % gegenüber. Nur Berlin und Mecklenburg-Vorpommern weisen noch niedrigere Werte auf.

Mittelfristig hat sich eine Lücke aufgetan. Auf die erheblich höheren Wachstumsraten der ohnehin wirtschaftlich stärkeren Länder Bayern und Baden-Württemberg wurde an dieser Stelle schon oft hingewiesen. Aber auch die Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die im Zuge der Globalisierung erheblich von ihrer Gateway-Funktion profitieren, und auch einige ostdeutsche Länder können mittelfristig zweistellige Zuwachsraten aufweisen – am kräftigsten Sachsen mit + 13,4 %. Auch in der Produktivität hinkt Niedersachsen nach: Pro Erwerbstätigen wurden hier im Jahr 2005 53 464 Euro erwirtschaftet. Das waren - 7,5 % weniger als im Bundesdurchschnitt. Fünf Jahre zuvor betrug der Rückstand erst - 3,0 %.

Zahl der Arbeitsplätze stabil

Im Jahr 2005 gab es in Niedersachsen 352 410 Arbeitsplätze (= Erwerbstätige am Arbeitsort, Tab. 14) und damit praktisch genauso viele wie im Jahr 2000.

Der Begriff des „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 13 und 14 im Kapitel „Wirtschaft und Einkommen“ verwendet wird, ist nicht identisch mit dem „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 7 und 8 im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ gebraucht wird. Die „Erwerbstätigen“ der Tabellen 7 und 8 werden am *Wohnort* gezählt; diese Daten stammen aus der großen Haushalts- und Bevölkerungsstichprobe Mikrozensus. Es sind letztlich bevölkerungsstatistische Daten, die sich für 2005 erstmals auf einen Jahresdurchschnitt beziehen; bis dahin bezogen sie sich immer stichtagsbezogen auf die Situation in einem Monat des Frühjahrs. Demgegenüber beziehen sich die Erwerbstätigendaten aus den Tabellen 13 und 14 auf die Erwerbstätigen *am Arbeitsort*; sie geben die Situation im Jahresdurchschnitt 2005 wieder und stammen aus

der *Erwerbstätigenrechnung*. Dieses Rechenmodell versucht, ähnlich wie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, mit denen es konzeptionell eng verwandt ist, ein Gesamtbild des „Faktors Arbeit“ in seiner sektoralen und regionalen Verteilung zu erstellen. Es sind somit im eigentlichen Sinne wirtschafts-, keine bevölkerungsstatistischen Daten. Je nach Fragestellung und Erkenntnisinteresse ist mal die eine, mal die andere Erhebung sachadäquat. Will man wissen, wie viele der niedersächsischen Einwohner erwerbstätig sind, greift man zu den Mikrozensusdaten. Will man wissen, wie viele Arbeitsplätze es in Niedersachsen gibt, nimmt man die Daten der Erwerbstätigenrechnung.

Die mittelfristige Entwicklung Niedersachsens liegt damit im Trend der westdeutschen Länder; die gesamtdeutsche Entwicklung (- 0,9 %) und vor allem die in Ostdeutschland (- 4,8 %) ist deutlich ungünstiger. Die Spannweite der Entwicklungsraten reicht von + 0,9 % (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz) bis zu - 6,6 % (Sachsen-Anhalt). Es ist insgesamt ein klares Südwest-Nordost-Gefälle festzustellen.

Starke Landwirtschaft

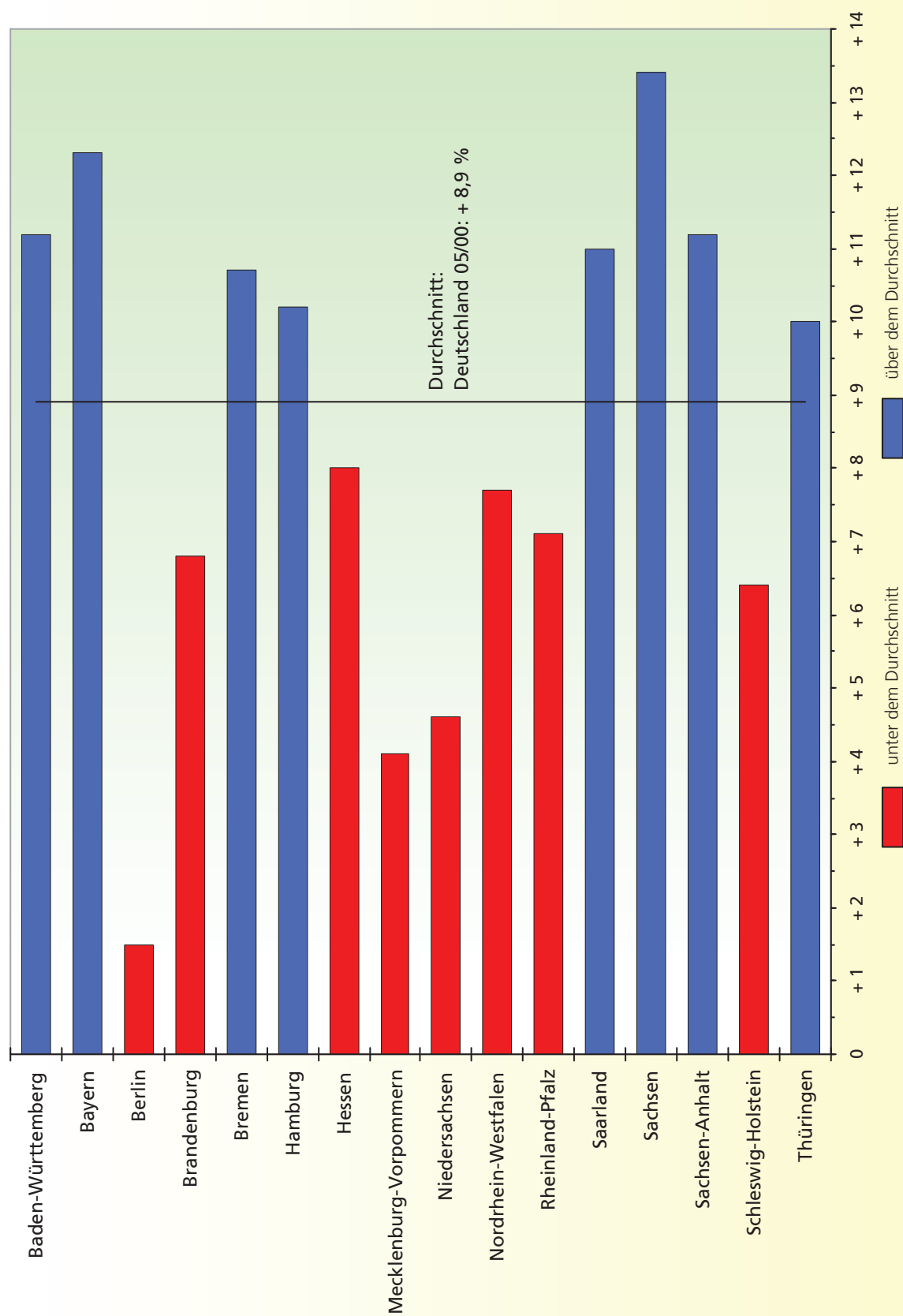
Die Bruttowertschöpfung (BWS) der Landwirtschaft (Tab. 15) nahm im Jahr 2005 in Niedersachsen gegenüber 2004 real um - 3,8 % ab. Dieser Rückgang fiel in Niedersachsen noch moderater aus als in den meisten anderen Ländern. Mittelfristig aber stieg die Wertschöpfung der Landwirtschaft in Niedersachsen mit + 8,3 % deutlich schneller als in den meisten anderen Ländern; die Zunahme lag auch klar über dem Gesamtwachstum der Wirtschaft (+ 4,6 %) im selben Zeitraum.

Die Landwirtschaft ist eine der tragenden und das Land prägenden Säulen. Ihre Bedeutung geht weit über den 1,6 %-Anteil an der gesamten BWS hinaus, den sie in Niedersachsen hält. Sie ist damit im Lande sektoral überrepräsentiert – deutschlandweit erwirtschaftet die Landwirtschaft nur 2,2 % der BWS. Niedersachsens in vielen Bereichen industriell geprägte Landwirtschaft weist eine klar überdurchschnittliche Produktivität auf und hält einen Anteil von 15,6 % am gesamtdeutschen Ergebnis.

Produzierendes Gewerbe: Hohe Produktivität, aber abnehmendes Gewicht

Die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (Tab. 16) – der Oberbegriff für das Verarbeitende Gewerbe, Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung – ging

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2000 bis 2005 in Prozent



in Niedersachsen im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2000 um - 6,0 % zurück. Die Entwicklung verlief hierzulande damit deutlich ungünstiger als im Bundesgebiet insgesamt, wo ein Plus von + 3,3 % erzielt wurde. Der kurzfristige Vergleich sieht mit einem realen Zuwachs von + 2,6 % klar günstiger aus.

Der Anteil Niedersachsens am Bundesergebnis sank damit von 9,2 % (2000) auf nur noch 8,6 % (2005), und das Gewicht des Produzierenden Gewerbes im Rahmen aller Branchen Niedersachsens ging von 31,9 auf 30,6 % zurück. Die Wertschöpfung pro Erwerbstätigen ist hier sehr hoch – 59 358 Euro pro Kopf werden in diesem Bereich erarbeitet, und dieses Ergebnis liegt weit über dem der Landwirtschaft und dem des Dienstleistungssektors. Um so gravierender ist die Tatsache, dass dieser hochproduktive Sektor zumindest mittelfristig weit ungünstigere Fundamentaldaten aufweist als der Bundestrend.

Überdurchschnittliche Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe (Tab. 21) Niedersachsens konnte kurz- und mittelfristig deutlich überdurchschnittliche Umsatzzuwächse von + 7,3 % bzw. + 16,9 % erzielen. Im Ländervergleich sind in dieser Branche vor allem die enormen mittelfristigen Zuwächse in Sachsen-Anhalt (+ 51,7 %) und Sachsen (+ 42,2 %) auffällig. In Berlin und Bremen hingegen gab es mittel- wie kurzfristig sogar Rückgänge des Umsatzes – die Industrie scheint sich hier zurückzuziehen. Der Anteil des Auslandsumsatzes liegt in Niedersachsen wie in Deutschland relativ konstant bei gut 40 %.

Ausfuhr floriert weiter

Der hohe Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes ist auch die Basis für das weiterhin florierende Ausfuhrgeschäft (Tab. 24). Niedersächsische Exporteure schafften 2005 Waren im Wert von 60,1 Mrd. Euro ins Ausland. Das bedeutete eine Steigerung um + 6,4 % im Vergleich zu 2004 und sogar um + 28,0 % im Vergleich zum Jahr 2000. Niedersachsen bleibt damit der viertgrößte Exporteur unter den Ländern; der Wert der niedersächsischen Exporte liegt weit über dem aller ostdeutschen Länder zusammengenommen. Gleichwohl bleiben die deutlichen Zuwachsraten leicht hinter dem Bundestrend zurück.

Talfahrt im Bauhauptgewerbe gebremst

Das Bauhauptgewerbe (Tab. 22) erwirtschaftete 2005 in Niedersachsen einen Umsatz von nur noch 7,7 Mrd. Euro. Das bedeutet einen mittelfristigen Rückgang von

- 18,4 % gegenüber dem Jahr 2000 und - 3,1 % gegenüber 2004. Trotz dieser beiden kräftigen Abnahmeraten muss man feststellen, dass sich die niedersächsische Bauwirtschaft noch relativ gut schlägt, denn die bundesweiten Abnahmeraten (- 24,7 % bzw. - 5,7 %) sind weit gravierender. Vor allem in Ostdeutschland gab es kräftige Verluste. Immerhin waren schon 2005 Silberstreifen am Horizont erkennbar: 3 von 16 Ländern konnten sogar wieder leichte Zuwächse melden, und die Umsatzeinbuße von 2005 fiel deutlich geringer aus als die von 2004.

Zwar Zuwächse im Dienstleistungssektor, aber sie sind unterdurchschnittlich

Dem äußerst differenzierten Dienstleistungssektor werden allgemein noch die größten Wachstumschancen zugeordnet. Immerhin nahm die Bruttowertschöpfung dieses Sektors im Lande im Jahr 2005 real auch um + 0,5 % im Vorjahresvergleich und + 4,8 % im Vergleich mit dem Jahr 2000 zu (Tab. 17). Aber die Zuwachsraten bleiben hinter den entsprechenden des ganzen Bundesgebietes klar zurück – im Vorjahresvergleich stieg die BWS z.B. um + 0,9 %. Nimmt man Westdeutschland als Vergleichsmaßstab – in Ostdeutschland verläuft die Entwicklung deutlich schwächer – ist der Wachstumsrückstand Niedersachsens noch deutlicher. Der Anteil Niedersachsens am Bundesergebnis ging von 8,4 % (2000) auf 8,2 % (2005) zurück. Ein großes strukturelles Problem wird deutlich: Ausgerechnet in der wohl am meisten zukunftssträchtigen Branche ist das Land unterrepräsentiert, und diese Unterrepräsentation prägt sich sogar noch weiter aus. Es zeigt sich die Notwendigkeit einer tieferen Untersuchung, als dies hier geleistet werden kann, denn das Dienstleistungsgewerbe ist sehr heterogen. Ein Teil der oben beschriebenen Entwicklung geht jedoch auf die verschärften Konsolidierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst, der ja ein Teil des Dienstleistungssektors ist, zurück.

Sinkende Übernachtungszahlen im Tourismus

In einem Zweig des Dienstleistungsgewerbes, dem Tourismus (Tab. 23), kann man deutlich einige der Probleme des Landes erkennen. Die Übernachtungszahlen des Jahres 2005 lagen in Niedersachsen um - 11,4 % unter denen des Jahres 2000. Bundesweit lag die entsprechende Abnahmerate nur bei - 1,0 %. Auch im kurzfristigen Vergleich zum Jahr 2004 schneidet Niedersachsens Beherbergungsgewerbe nicht gut ab: Während bundesweit ein Plus von immerhin 1,5 % zu Buche schlägt, musste Niedersachsen abermals einen Rückgang von - 0,6 % verzeichnen.

Nun ist der Vergleich mit dem Expo-Jahr 2000 und seinen großen Besucherströmen fraglos ein bisschen unfair; es

bleibt aber dennoch die Erkenntnis, dass dieses große Event zumindest im Tourismus wohl keine nachhaltige Positionsverbesserung des Landes hervorgebracht hat. Interessant ist die Entwicklung des Ausländertourismus: 2005 wurden in Niedersachsen 2,462 Mio. Übernachtungen ausländischer Gäste gemeldet. Das ist zwar deutlich mehr als 2004 (+ 12,6 %), aber der Ausländeranteil an allen Übernachtungen lag damit bei nur 7,2 % – bundesweiter Durchschnitt sind 14 %.

Im Ländervergleich fallen neben den erfreulichen Zuwächsen in Mecklenburg-Vorpommern vor allem die klaren und gegen den Trend erzielten Gewinne in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg auf. Berlin legt mittelfristig um + 26,6 %, Hamburg sogar um + 30,2 % zu. Der Städtetourismus boomt, und genau in diesem Punkt hat Niedersachsen einfach nicht so viel zu bieten wie andere Länder.

Zahl der Firmenzusammenbrüche steigt weiter – erstmals überdurchschnittliche Insolvenzquote in Niedersachsen

Im Jahr 2005 fielen 3 290 niedersächsische Unternehmen in die Insolvenz (Tab. 18). Die Pleitenwelle ebte 2005 zwar bundesweit mit einem Rückgang von - 6,0 % im Vorjahresvergleich ab, aber in Niedersachsen setzte sich mit einer weiteren Zunahme von + 3,9 % die ungünstige Entwicklung der Vorjahre fort. Immerhin gib es ab November 2005 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat rückläufige Insolvenzzahlen im Lande.

Auch im Fünfjahresvergleich zum Jahr 2000 ergeben die Daten ein für Niedersachsen deutlich ungünstiges Bild: Die Zahl der Insolvenzen stieg hierzulande in diesem Zeitraum um + 40,3 %, während es bundesweit „nur“ + 30,5 % waren. In dieser mittelfristigen Entwicklung ergibt sich übrigens eine klare Ost-West-Struktur: In Ostdeutschland ging die Zahl der Firmenzusammenbrüche um - 13,2 % zurück, während sie im Westen um + 55,1 % stieg. Insofern liegt die hohe Steigerungsrate in Niedersachsen „im Trend“ der westlichen Bundesländer.

Die Insolvenzquote bezieht die Zahl der Insolvenzen auf die Zahl der bestehenden Unternehmen lt. Umsatzsteuerstatistik des Vorjahres. Sie liefert damit eine Zahl, die das Insolvenzrisiko über Länder oder auch über Branchen vergleichbar darstellt. Diese Insolvenzquote war in Niedersachsen lange Zeit bis 2004 im Ländervergleich unterdurchschnittlich. Im Jahr 2005 lag die niedersächsische Quote mit 130 Pleiten je 10 000 bestehende Unternehmen erstmals über dem Bundesdurchschnitt von 125. Auch hier ist eine klare Regionalstruktur erkennbar: Die oft kapitalschwachen Unternehmen Ostdeutschlands tragen ein ungleich höheres Insolvenzrisiko als ihre west-

deutschen Konkurrenten. Die Insolvenzquote variiert so zwischen den Extremen 70,2 (Baden-Württemberg) und 217,5 (Sachsen-Anhalt).

Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen schrumpft weiter

99,7 % der 253 250 niedersächsischen Unternehmen, die die Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 2004 aufwies, sind sogenannte „KMU“, also kleine und mittlere Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Mio. Euro. Innerhalb eines Jahres nahm die Zahl der KMU-Unternehmen in Niedersachsen um + 4 390 zu (Tab. 19). Auf der anderen Seite stehen in Niedersachsen 738 Großunternehmen (Vorjahr 714), die Umsätze von mehr als 50 Mio. Euro erzielen.

Aber welches wirtschaftliche Gewicht haben die 99,7 % KMU? Im Jahr 2004 erzielten sie in Niedersachsen noch 40,6 % aller Umsätze (Tab. 20). Auf die 738 Großunternehmen entfiel der Löwenanteil von 59,4 %. Im Bundesvergleich ist damit der KMU-Anteil in Niedersachsen noch relativ hoch, erst recht im Vergleich nur der „alten“ Länder. Im Deutschland-Durchschnitt liegt der KMU-Anteil bei 39,8 %, im Westen bei 37,7 % und im Osten, wo erst wenige große Unternehmen ihren Sitz haben, liegt er bei 62,2 %. Aber auch in Niedersachsen nimmt der KMU-Anteil ab – 1999 lag ihr Anteil noch bei 48,2 %, also 7,6 Prozentpunkte höher. Zum Teil liegt dies daran, dass im Laufe der Zeit einige Unternehmen über die 50 Mio.-Euro-Schwelle hinausgewachsen und jetzt Großunternehmen sind. Man muss aber auch erkennen, dass das wirtschaftliche Gewicht des „Mittelstandes“ schrumpft zugunsten der schneller wachsenden Großunternehmen.

Nur geringe Verdienstzuwächse

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Tab. 25) lag in Niedersachsen im Januar 2006 bei 2 914 Euro und damit 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Bei einer Teuerungsrate von 2,1 % im selben Monat bedeutete dies einen Reallohnverlust. Im Fünfjahresvergleich legten die Verdienste um + 9,8 % zu; dies lag (brutto) immerhin knapp über der Teuerungsrate von 8,2 % des gleichen Zeitraums.

Der Verdienstabstand zum Bundesdurchschnitt ist weiter angewachsen. Bundesweit stiegen die Löhne und Gehälter deutlich schneller als in Niedersachsen. Im mittelfristigen Vergleich zum Januar 2001 haben 14 Länder zweistellige Zuwachsraten aufzuweisen, nur Niedersachsen und Bremen bleiben unter der 10 %-Marke. Das niedersächsische Verdienstniveau lag im Januar 2006 um 4,1 unter dem Bundesdurchschnitt – fünf Jahre zuvor lag der Abstand nur bei 1,2 %.

Die Ost-West-Disparitäten haben sich in diesem Zeitraum kaum verändert. Ein ostdeutscher Arbeitnehmer verdiente im Januar 2001 etwa 72 %, heute ca. 73 % seines westdeutschen Kollegen.

Frauenverdienste holen mit langsamem Tempo auf – Gleichstand im Jahr 2065?

Der Bruttomonatsverdienst der weiblichen Arbeitnehmer lag im Januar 2006 in Niedersachsen bei 2 422 Euro. Auch für die Frauen sind die Einkommenszuwächse im Regionalvergleich klar unterdurchschnittlich – während

im Fünfjahresvergleich in Niedersachsen Zuwächse von + 11,7 % auftraten, lag der entsprechende Wert bundesweit bei + 14,0 %.

Hier kommt es aber vor allem auf den Vergleich zu den männlichen Arbeitnehmern an. Die Frauenverdienste lagen im Januar 2006 noch um 20,6 % unter dem vergleichbaren Männerverdienst. Das ist die schlechte Nachricht. Die gute ist: Der Abstand zu den Männern verringert sich. Dieser Prozess geht langsam aber stetig vonstatten. Im Januar 2001 lag der Verdienstabstand noch bei 22,5 %. Bei unvermindertem Tempo ist in 59 Jahren, also im Jahr 2065, Gleichstand erzielt.



Innovation

Mehr Gewerbeabmeldungen, weniger Anmeldungen

Die Zahl der Gewerbeabmeldungen (Tab. 27), die vor allem im Jahr 2004 einen Höhepunkt erreichte, ist im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen. Die hohe Zahl im Jahr 2004 war auch zurückzuführen auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, vor allem den Existenzgründerzuschuss („Ich-AG“), der seit Anfang 2003 gezahlt wurde. Seitdem hat sich das Gründergeschehen ein wenig beruhigt. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen ging in Niedersachsen von 2004 auf 2005 um - 8,3 % auf 77 461 zurück. Diese Zahl ist aber immer noch hoch und liegt z.B. um + 19,7 % über dem Ergebnis des Jahres 2000.

Eine wirtschaftlich besonders wichtige Rolle spielen die als Teilmenge in den Gewerbeabmeldungen enthaltenen „Betriebsgründungen“ (= Gründung einer Personen- oder Kapitalgesellschaft oder eines Einzelunternehmens, das in das Handelsregister oder die Handwerksrolle eingetragen ist): Deren Zahl von insgesamt 15 956 im Jahr 2005 sank im Vorjahresvergleich mit - 5,6 % etwas geringer als insgesamt. Die Entwicklung des Existenzgründergeschehens verläuft dabei in Niedersachsen und in Deutschland insgesamt in etwa parallel und ohne besondere Auffälligkeiten der Landesentwicklung. Von der Struktur her bleibt aber weiter festzuhalten, dass die Zahl der Gewerbeabmeldungen je 1 000 Einwohner in Niedersachsen mit 9,7 weiterhin klar unter dem Bundesdurchschnitt von 10,9 liegt. Die Gründungsintensität – am höchsten war sie im vergangenen Jahr mit 13,0 in Berlin – war und ist hierzulande unterdurchschnittlich.

Es gibt ein wenig zu denken, dass gleichzeitig mit der Abnahme der Anmeldungen die Zahl der Gewerbeabmeldungen (Tab. 28) ansteigt – wie ja übrigens auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen stieg in Niedersachsen von 2004 auf 2005 um + 0,7 %. Bundesweit trat sogar eine Steigerung von + 4,5 % auf. Anscheinend stellten sich viele der Existenzgründungen der Vorjahre schnell als Eintagsfliegen heraus. Dennoch bleibt der Saldo aus Gewerbe- und -abmeldungen positiv. Die Zahl der Anmeldungen überstieg 2005 die der Abmeldungen um mehr als 17 000.

Trotz Rückgang weiterhin überdurchschnittliche Investitionstätigkeit der Industrie

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (Tab. 29) nahm im Jahr 2004 in Niedersachsen um - 12,2 % ab, nachdem sie in den beiden Vorjahren jeweils gesteigert wurde. Bundesweit gab es ein leichtes Plus von + 0,6 %. Trotz dieses kurzfristigen Rück-

gangs – im mittelfristigen Vergleich sind die niedersächsischen Daten übrigens etwas günstiger als die gesamtdeutschen – ist die Investitionsintensität der niedersächsischen Industrie überdurchschnittlich hoch. Pro Beschäftigten wurde im Jahr 2004 ein Betrag von 8 245 Euro investiert. Dieser Wert liegt um 5,3 % über dem deutschen Durchschnittswert von 7 829 Euro. Nach wie vor ist die Investitionstätigkeit in Ostdeutschland bemerkenswert hoch. So weist z.B. Sachsen mit 16 087 Euro pro Beschäftigten die bundesweit höchste Investitionsintensität auf, und Sachsen-Anhalt folgt mit 14 514 Euro auf Platz 2.

Starker Zuwachs ausländischer Direktinvestitionen

Der Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Niedersachsen ist im Jahr 2004 – aktuellere Daten aus dieser Statistik der Bundesbank liegen noch nicht vor – sehr stark auf jetzt 24,2 Mrd. Euro angestiegen (Tab. 30). Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Bestand an Direktinvestitionen damit um + 78,4 % an, während bundesweit sogar ein leichter Rückgang um - 3,0 % zu verzeichnen war. Erst der Fünfjahresvergleich zum Jahr 1999 zeigt das Tempo der internationalen Kapitalverflechtung: Bundesweit stieg die Summe ausländischer Direktinvestitionen in diesem Zeitraum um + 76,7 %, in Niedersachsen sogar um + 124,1 %.

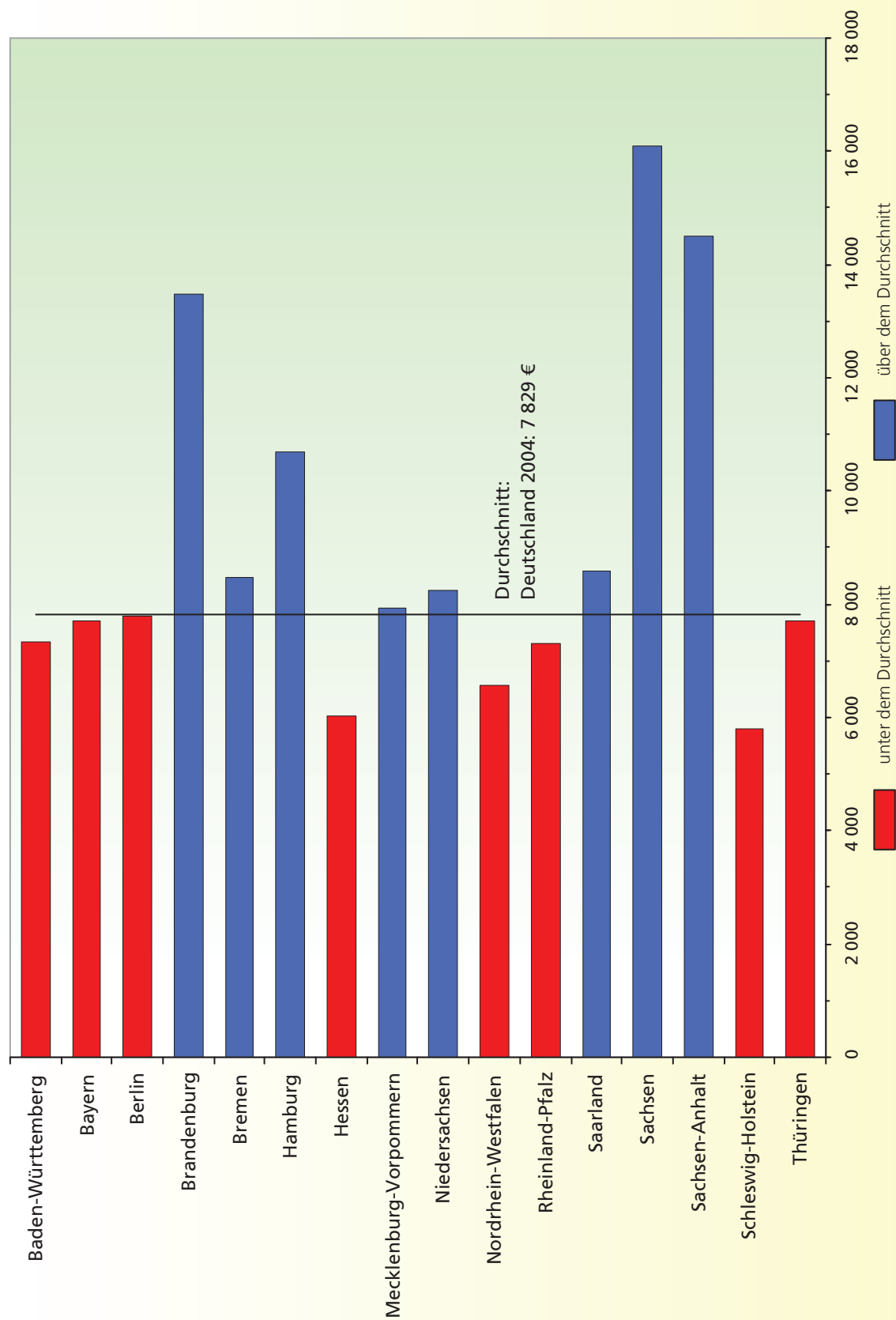
Niedersachsen ist bei den ausländischen Kapitalanlagen stark unterrepräsentiert; diese Kapitalströme gehen meist dorthin, wo die großen Holdings und Unternehmen sitzen, also in dieser Reihenfolge nach Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Durch die starken Zuwächse des Jahres 2004 erhöhte aber Niedersachsen seinen Anteil an den ausländischen Kapitalanlagen von 2,5 % (2003) auf jetzt 4,6 %.

Zahl der Patentanmeldungen sinkt weiter

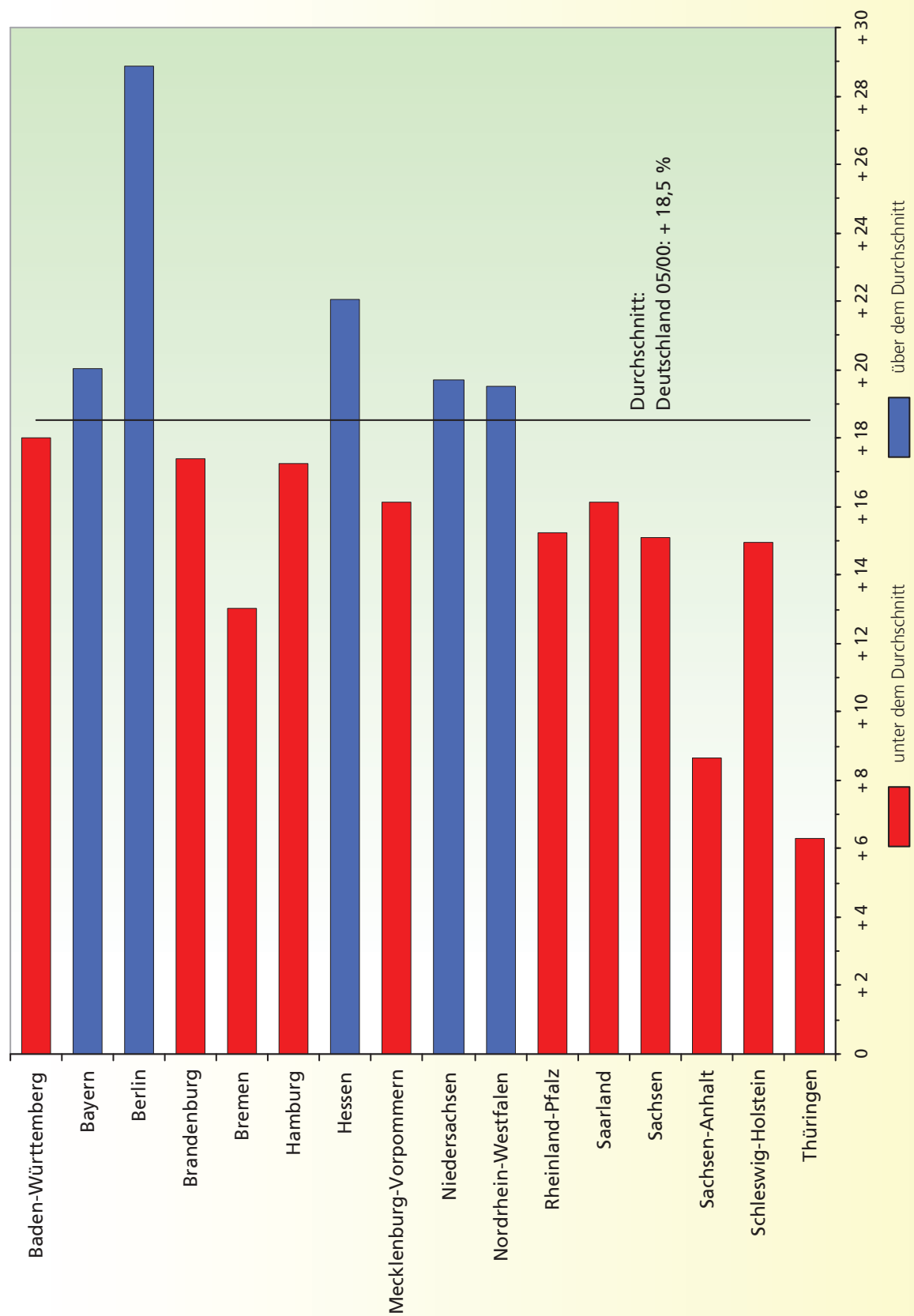
Im Jahr 2005 wurden in Niedersachsen 2 738 Erfindungen zum Patent angemeldet (Tab. 31). Das waren - 2,7 % weniger als 2004 und sogar - 22,4 % weniger als im Jahr 2000. Bundesweit traten deutlich geringere Rückgänge um - 0,2 bzw. - 9,6 % auf. Damit ist der Rückstand Niedersachsens in der Patentanmeldungsintensität im vergangenen Jahr noch größer geworden. Bundesweit fielen 2005 wie schon im Vorjahr 59 Patentanmeldungen auf je 100 000 Einwohner; in Niedersachsen waren es aber 2004 nur 35 und 2005 sogar nur noch 34. Das Patentanmeldungs-geschehen ist regional dadurch charakterisiert, dass es sich vor allem in den beiden süddeutschen Län-

Investitionen in Euro je Beschäftigten 2004

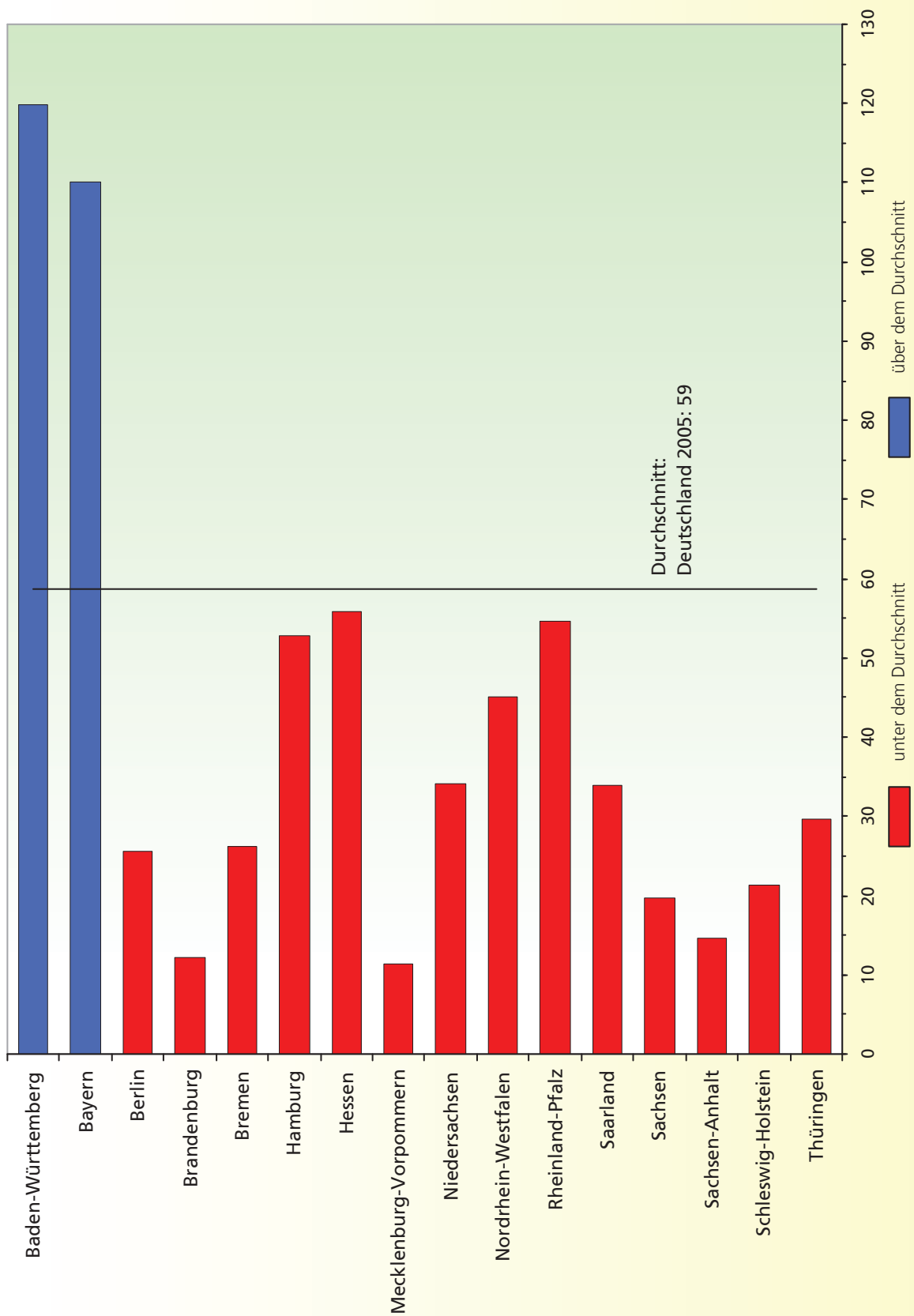
- Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Veränderung der Zahl der Gewerbeanmeldungen 2000 bis 2005



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2005



dern Baden-Württemberg und Bayern konzentriert. 55 % aller deutschen Patente kamen im vergangenen Jahr aus diesen beiden Ländern.

Patentanmeldungen stehen meist am Abschluss eines Forschungs- und Entwicklungsprozesses und stellen sozusagen das Scharnier zwischen der Entwicklung und der praktischen Umsetzung einer Innovation dar. Daher ist

die mittelfristige Entwicklung in Niedersachsen mehr als bedenklich: In den Neunziger Jahren stieg die Zahl der Patenanmeldungen aus Niedersachsen fortlaufend an, bis im Jahr 2000 der Höhepunkt erreicht war. Seitdem geht sie fast stetig zurück, und zwar deutlich schneller als bundesweit. Im Jahr 2000 entfielen noch 6,6 % aller deutschen Patentanmeldungen auf niedersächsische Anmelder – 2005 waren es nur noch 5,7 %.

Humanpotenzial

8 345 Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

Im Jahr 2005 verließen in Niedersachsen 8 345 junge Menschen die allgemein bildenden Schulen, ohne dort zumindest einen Hauptschulabschluss (Tab. 32) erworben zu haben. Bundesweit waren es 78 152; in diesen Zahlen sind die Abgänger aus Förder- bzw. Sonderschulen, deren Bildungsziel nicht vorrangig der Erwerb des Hauptschulabschlusses ist, mit inbegriffen. Für alle diese jungen Menschen wird dies, auch wenn sie vielleicht im Rahmen ihrer beruflichen Ausbildung den Hauptschulabschluss nachholen, in ihrem weiteren Lebensweg ein schweres Handicap sein – man denke nur an die Chance, eine Lehrstelle zu bekommen. Immerhin gibt es hier eine erfreuliche Entwicklung zu berichten. Die Zahl der Abgänger ohne Hauptschulabschluss sank im Vorjahresvergleich in Niedersachsen und im Bundesgebiet um jeweils - 4,9 %.

In der Ausgabe 2004 des *Monitors* war in der Berechnung des Anteils der Abgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Abgängern ein Fehler enthalten. Dieser lag nicht am Zähler dieser Quote, der korrekt berichtet wurde, sondern an einem überhöhten Nenner (= Gesamtzahl aller Schulabgänger). Um diesen Fehler künftig zu vermeiden, wurde – ähnlich wie es auch schon zuvor das Niedersächsische Kultusministerium praktizierte – die Berechnungsmethode der Quote geändert: Die Zahl der Abgänger ohne Hauptschulabschluss wird jetzt und künftig auf die entsprechende gleichaltrige Bevölkerung der 14- und 15-Jährigen bezogen. Danach ergibt sich für Niedersachsen eine Quote von 8,8 %. Diese liegt etwas höher als im ganzen Bundesgebiet (8,5 %) und deutlich über der Quote der westdeutschen Länder (7,6 %). Bundesweit streut diese Quote zwischen einem Minimum von 6,7 % (Baden-Württemberg) und einem Maximum von 15,8 % (Sachsen-Anhalt). Allgemein kann man feststellen, dass diese Quote in den wirtschaftlich erfolgreichen Ländern mit relativ guten Arbeitsmarktzahlen niedriger liegt als in den wirtschaftlich weniger erfolgreichen Ländern.

Abiturientenquote steigt auf 27 Prozent

Im Jahr 2005 erwarben 24 335 junge Frauen und Männer an den allgemein- und berufsbildenden Schulen des Landes die allgemeine Hochschulreife (Tab. 33). Ein Jahr zuvor waren es „nur“ 22 829. Damit stieg Niedersachsens Abiturientenquote – die Zahl der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife, bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung – von 24,4 % (2000) über 26,0 % (2004)

auf jetzt 27,2 %. Das bedeutet eine mittelfristige Zunahme von + 2,8 Prozentpunkten (Deutschland: + 0,8). Nur in Berlin (+ 3,5) trat ein noch höherer Wert auf.

Niedersachsens Abiturientenquote war in der Vergangenheit stets unterdurchschnittlich. Dies lag unter anderem wohl daran, dass es in relativ dünn besiedelten Flächenländern wie Niedersachsen schwieriger als z.B. in Stadtstaaten ist, alle Begabungsreserven auch von Kindern aus entlegenen peripheren Räumen zu erschließen – man denke nur an die Länge der Schulwege zu einer weiterführenden Schule für viele Kinder im ländlichen Raum. Die jetzt erreichte Quote von 27,2 % liegt aber nur noch ganz knapp unter der der westdeutschen Länder (27,6) und nahe am Bundesdurchschnitt (28,3). Der Abstand zum Bundesdurchschnitt verringerte sich von 3,1 (2000) auf nur noch 1,1.

Aufholprozess bei den hochqualifizierten Beschäftigten

Am 30. Juni 2005 arbeiteten in Niedersachsen 169 000 hochqualifizierte Beschäftigte, also exakt formuliert „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss“ (Tab. 34). Das waren 7,3 % der Beschäftigten. Dieser Anteil der Hochqualifizierten steigt aufgrund der immer komplexer werdenden Anforderungen des beruflichen Alltags weiter an. Im Jahr 2000 lag er erst bei 6,1 %.

Diese Hochqualifiziertenquote ist im Ländervergleich immer noch unterdurchschnittlich. Bundesweit liegt sie bei 9,5 %, und zwar in Ostdeutschland bei 11,2 und in Westdeutschland bei 9,5 %. Der Spitzenwert wird mit 13,4 in Berlin erreicht, der niedrigste Wert liegt bei 6,0 in Schleswig-Holstein. Schon an dieser Gegenüberstellung sieht man, dass die hochqualifizierten Beschäftigten überdurchschnittlich oft in den Großstädten ihren Arbeitsplatz finden. Die relativ niedrigen Werte der norddeutschen Flächenländer sind daher z.T. ein Stadtstaateneffekt, weil sie mit überdurchschnittlichen Werten in Hamburg und Bremen korrespondieren.

In diesem Bereich gibt es einen tatsächlich erfolgreichen Aufholprozess des Landes Niedersachsen. Nirgendwo nimmt deren Zahl so rasch zu wie in Niedersachsen. Von 2000 bis 2005 stieg sie hier um + 14,1 %, und Niedersachsen belegt in diesem Indikator den ersten Platz vor Bayern.



Finanzen

Im Jahr 2005 haben sich in Niedersachsen die öffentlichen Finanzen von Land und Kommunen gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert. Die bereinigten Gesamteinnahmen sind gesunken, die bereinigten Gesamtausgaben etwas gestiegen, und als Folge ist das Finanzierungsdefizit höher als 2004. Als günstige Entwicklungen sind die niedrigeren Personalausgaben und die höheren Steuereinnahmen zu nennen. Zu den öffentlichen Finanzen im Einzelnen:

Bereinigte Gesamtausgaben wieder höher

Nachdem die bereinigten Gesamtausgaben in Niedersachsen 2004 leicht gesunken waren, haben sie 2005 um 0,8 % zugelegt, wobei der Anstieg unter dem Durchschnitt von Deutschland (+ 1,2 %) wie von Westdeutschland (+ 2,1 %) liegt. Im Ländervergleich zeigt sich ein uneinheitliches Bild: Einem Rückgang um - 4,6 % in Hamburg steht ein Anstieg um 5,3 % in Nordrhein-Westfalen gegenüber. Bei den Ausgaben je Einwohner liegt Niedersachsen mit 3 942 Euro weiter deutlich unter dem Schnitt von Westdeutschland (4 316 Euro je Einwohner). Wegen der gestiegenen Steuereinnahmen können in Niedersachsen nun 61,3 % der bereinigten Gesamtausgaben durch Steuern finanziert werden, diese Quote stieg um 0,7 Prozentpunkte.

Personalausgaben niedriger als im Vorjahr

Die Personalausgaben von Land und Kommunen sind in Niedersachsen vergleichsweise deutlich um - 3,0 % gesunken. Dies ist der erste Rückgang der Personalausgaben seit 2001, damals waren allerdings die Hochschulen – und damit auch ihre Personalausgaben – aus dem Landeshaushalt ausgegliedert worden. Auch in anderen Ländern kam es zu Rückgängen, aber Niedersachsen hat weiterhin die niedrigsten Personalausgaben je Einwohner aller westdeutschen Länder. Die Personalausgabenquote (Personalausgaben bezogen auf die bereinigten Gesamtausgaben) ist um 1,5 Prozentpunkte auf 38,9 % gesunken. Damit liegt Niedersachsen nun unter dem westdeutschen Durchschnitt.

Rückgang der Sachinvestitionen setzt sich fort

Zu einem erneuten Rückgang kam es in Niedersachsen bei den Sachinvestitionen, sie sanken im Vorjahresvergleich um - 6,4 % und liegen nur noch bei 211 Euro je Einwohner, das ist der drittniedrigste Wert nach Berlin und Nordrhein-Westfalen. Einen deutlichen Anstieg gab es lediglich in Berlin (+ 15,1 %) – wenn auch von einem

sehr niedrigen Niveau aus. Im Fünfjahresvergleich liegen die Rückgänge in fast allen Ländern im zweistelligen Prozentbereich. Ursache für diese Entwicklung sind die Konsolidierungsbemühungen in Ländern und Kommunen: Sachinvestitionen lassen sich leichter kürzen als Personalausgaben. Allerdings kann sich hieraus ein Investitionsstau ergeben, der in der Zukunft zu höheren Belastungen führt. Die Sachinvestitionsquote beträgt in Niedersachsen 5,3 % und liegt damit, wie auch in Deutschland insgesamt, um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Im Jahr 2000 lag diese Quote noch bei 8,7 %, 1995 sogar bei 10,1 %.

Bereinigte Gesamteinnahmen sinken trotz höherer Steuereinnahmen

Die bereinigten Gesamteinnahmen von Land und Kommunen sind in Niedersachsen um - 1,8 % gesunken – nur in Bremen, Schleswig-Holstein und dem Saarland haben sich die bereinigten Gesamteinnahmen ebenfalls verringert. In Niedersachsen liegt der Rückgang hauptsächlich in Änderungen im Länderfinanzausgleich begründet. Die Einnahmen des Landes aus dem Länderfinanzausgleich sanken um 75 Mio. Euro, die Bundesergänzungszuweisungen sogar um 540 Mio. Euro. Die Einnahmen der Kommunen sind dagegen deutlich gestiegen.

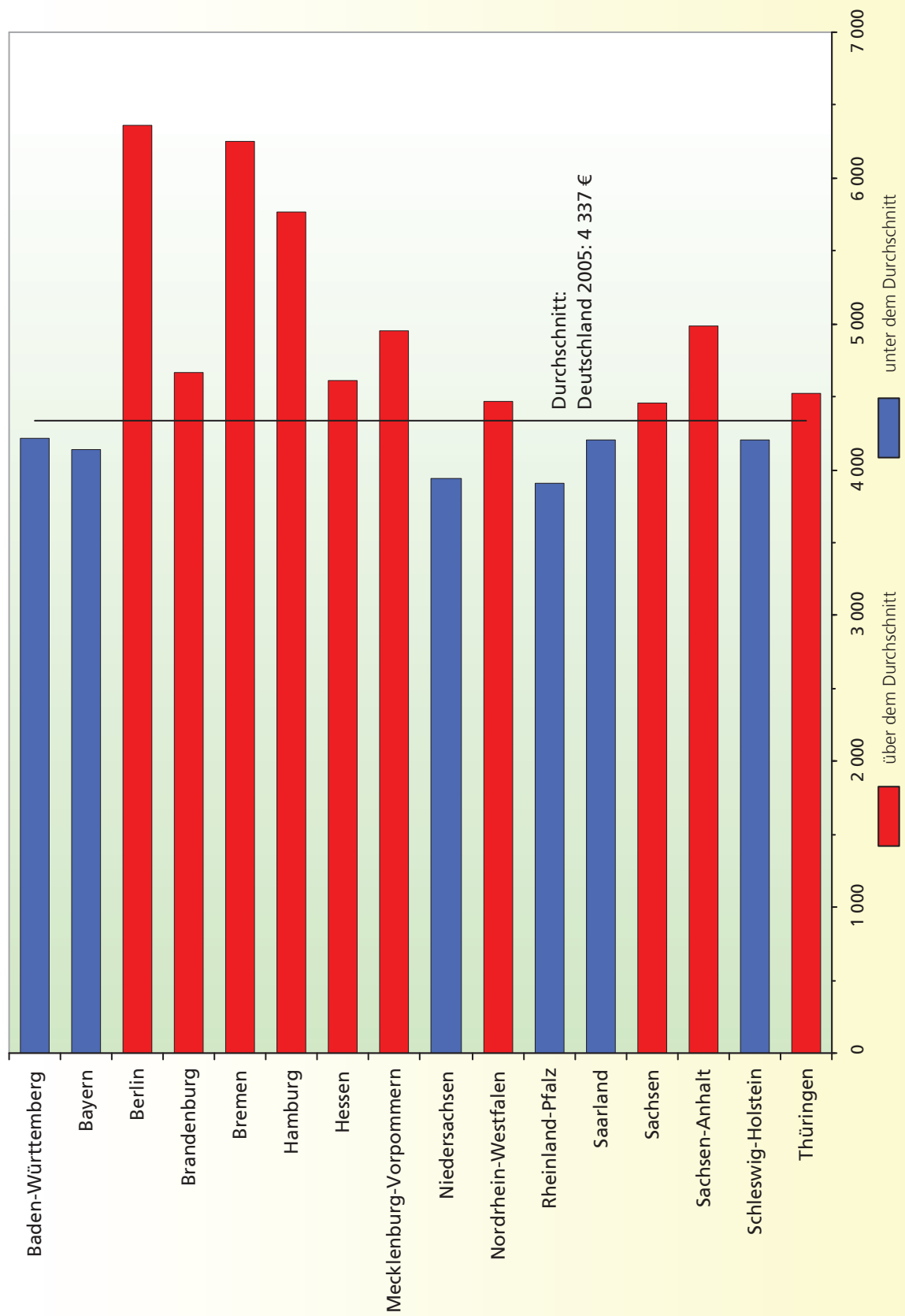
Die Steuereinnahmen legten gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % zu, was aber den Rückgang beim Länderfinanzausgleich nicht ausgleichen konnte. Bei den Steuereinnahmen je Einwohner befindet sich Niedersachsen im Mittelfeld: 8 Länder haben niedrigere, 7 Länder haben höhere. Aufgrund der höheren Steuereinnahmen werden nun 68,3 % der bereinigten Gesamteinnahmen durch Steuern erzielt, allerdings liegt Niedersachsen damit immer noch unter dem westdeutschen Durchschnitt von 69,8 %.

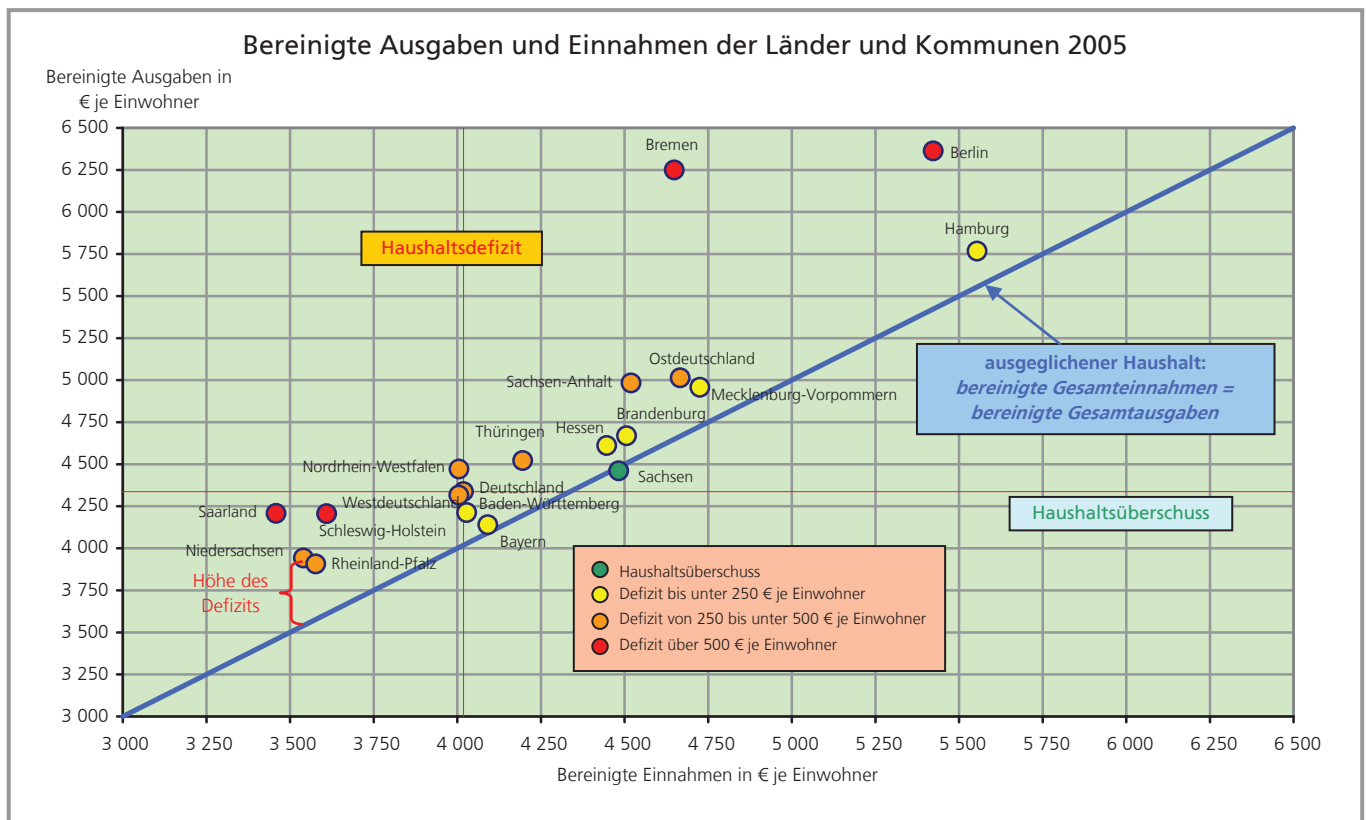
Im Vergleich zum Jahr 2000 sind die bereinigten Gesamteinnahmen in Niedersachsen um - 2,1 % gesunken, während die bereinigten Gesamtausgaben um 5,9 % gestiegen sind. Ursache des Einnahmenrückgangs sind vor allem die um - 2,3 % niedrigeren Steuereinnahmen. Trotz des deutlichen Rückgangs der Sachinvestitionen um - 34,7 % und des leichten Rückgangs der Personalausgaben ist es nicht gelungen, die Ausgaben den verringerten Einnahmen anzupassen.

Anstieg des Finanzierungsdefizits

Niedrigere Einnahmen und gestiegene Ausgaben haben ein höheres Finanzierungsdefizit zur Folge. Beim Saldo je

Gesamtausgaben der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2005





Einwohner gibt es ein weites Spektrum, das von - 1 601 Euro je Einwohner in Bremen bis zu einem Überschuss von 22 Euro in Sachsen reicht. Mit - 402 Euro hat Niedersachsen das siebthöchste Defizit.

Die Abbildung zeigt die bereinigten Gesamteinnahmen und -ausgaben je Einwohner in einem Streudiagramm. Die Hauptdiagonale stellt einen ausgeglichenen Haushalt dar. Niedersachsen hat die zweitniedrigsten Ausgaben nach Rheinland-Pfalz, aber auch die zweitniedrigsten Einnahmen nach dem Saarland. Generell zeigt sich eine hohe Korrelation zwischen Einnahmen und Ausgaben, d.h. Länder mit höheren Einnahmen haben auch höhere Ausgaben – und nicht etwa ein geringeres Defizit. Tatsächlich zeigt sich, dass hohe Defizite bei Ländern mit besonders niedrigen oder mit besonders hohen Einnahmen auftreten. Die Länder im Mittelfeld haben tendenziell niedrige Salden.

Kreditmarktschulden steigen langsamer

Die Kreditmarktschulden steigen weiter, wenn auch langsamer als im Vorjahr. In Niedersachsen beträgt die Zunahme 1,7 %, nach 6,5 % im Jahr zuvor. Damit weisen die Haushalte von Land und Kommunen in Niedersach-

sen den niedrigsten Anstieg der Kreditmarktschulden nach Sachsen auf. Auf jeden Einwohner Niedersachsens entfallen 6 928 Euro Kreditmarktschulden, das sind 110 Euro mehr als 2004. Im Ländervergleich ergibt sich der fünf-niedrigste Schuldenstand für Niedersachsen.

Seit einiger Zeit bilden die Kreditmarktschulden die Verschuldungssituation insbesondere der Kommunen nicht mehr vollständig ab: Aufgrund von Defiziten im Verwaltungshaushalt sind die Kommunen gezwungen, Kassenkredite, die eigentlich nur kurzfristig die Liquidität sicherstellen sollen, aufzunehmen. In Niedersachsen betrugen die Kassenkredite des Landes und der Kommunen am 31. Dezember 2005 rd. 4,8 Mrd. Euro, ihr Anstieg um 1,3 Mrd. Euro liegt damit über dem der Kreditmarktschulden (+ 0,9 Mrd. Euro). Dies erklärt auch, warum die Kreditmarktschulden in Niedersachsen langsamer zunehmen als 2004, obwohl der Finanzierungssaldo nun höher ist. In allen Ländern und Kommunen zusammen haben die Kassenkredite Ende 2005 eine Höhe von rd. 27,0 Mrd. Euro erreicht. Eine weitere Lücke stellen die Schulden der ausgliederten Einheiten wie Stadtwerke oder Krankenhäuser dar. Die Kreditmarktschulden aller ausgliederten Einheiten der Länder und Kommunen in Deutschland lagen Ende 2004 bei 144,7 Mrd. Euro, in Niedersachsen bei rd. 8,4 Mrd. Euro.

Soziale Probleme, Sicherheit

Hartz-IV-Reformen verändern die Datenlage tiefgreifend

Das Kapitel „Soziale Probleme, Sicherheit“ musste grundlegend neu konzipiert werden. Durch die Arbeitsmarktreformen, die Anfang 2005 wirksam wurden, insbesondere durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, entfiel die bisherige Datengrundlage von drei Tabellen des *Monitors*. Es ist nicht mehr sinnvoll, soziale Problemlagen überwiegend mit Daten der Sozialhilfestatistik zu beschreiben, wie es bisher geschah, denn die Sozialhilfe umfasst seit 2005 nur noch einen relativ kleinen Kreis von Personen. Dazu kommen noch zahlreiche datentechnische Probleme vor allem im Bereich der Daten, die von der Bundesagentur für Arbeit produziert werden. Diese veröffentlicht im Internet äußerst wertvolle fachlich und regional tiefgegliederte Daten, aber durch die komplizierten Datenübermittlungen und die neuen organisatorischen Strukturen („ARGE“, „Optionskommunen“) der Arbeitsverwaltung lassen manche Daten auf sich warten, vor allem wenn man endgültige und keine vorläufigen, noch mit starken Schätzelementen behaftete Daten benötigt.

Die sozialen Problemlagen werden jetzt sozusagen im Lebenszyklus der Menschen versucht abzubilden. Das hat auch den großen Vorteil, dass es so möglich ist, die zahlreichen Zusammenhänge dieses Themas mit demographischen Trends und Problemen darzustellen. Das Kapitel beginnt mit Daten über *Schwangerschaftsabbrüche* (Tab. 41). Nahezu alle Abtreibungen werden aufgrund einer „sozialen Indikation“ vorgenommen, und sicher ist es sinnvoll, diese als Ausdruck bzw. Ausweg aus einer sozialen Notlage zu interpretieren. Diese Notlage muss nicht rein materiell begründet sein, sondern kann z.B. so entstanden sein, dass eine Frau, die mit einem zeitlich befristeten Arbeitsvertrag tätig ist, sich oft sicher sein kann, dass dieser Vertrag nicht verlängert werden wird, wenn sie schwanger wird. Bei der Interpretation dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass es in diesem Bereich immer noch eine Dunkelzifferproblematik gibt. Im *Monitor* folgt darauf die Tabelle 42 über *Alleinerziehende*, denn bei dieser Personengruppe und ihren Kindern treten prekäre Lebenslagen sehr oft auf. Neu ist die Tabelle 43 über „Vorläufige Schutzmaßnahmen“ der Kinder und Jugendhilfe. Diese vorläufigen Schutzmaßnahmen werden dann vorgenommen, wenn nach Erkenntnissen der zuständigen Behörden konkrete Gefahren für die Kinder und Jugendlichen vorliegen. Sie bildet sehr genau ab, wo sich hochproblematische Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen ballen.

Es folgt eine Tabelle über die „*Leistungsempfänger nach Sozialgesetzbuch, Teil II*“ (= SGB II, Tab. 44). Diese Leis-

tungsempfänger teilen sich in zwei Personengruppen: Die Empfänger von Arbeitslosengeld II und die von Sozialgeld: Seit dem 1. Januar 2005 erhalten erwerbsfähige Hilfebedürftige im Zuge der Arbeitsmarktreformen anstelle von Arbeitslosen- und Sozialhilfe das *Arbeitslosengeld II*. Arbeitslosengeld II erhalten alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zwischen 15 und 65 Jahren, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in Deutschland haben. Anspruch haben außerdem Personen, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, erhalten das so genannte *Sozialgeld*. Knapp 74 % der Leistungsempfänger erhalten Arbeitslosengeld II und gut 26 % Sozialgeld.

Auf diese Tabelle folgt eine weitere, die anhand der Entwicklung der *Verbraucherinsolvenzen* (Tab. 45) Informationen über die *Überschuldung* der privaten Haushalte enthält. Schließlich ist die Tabelle 46 über die Zahl und den *Bevölkerungsanteil der Hochbetagten* im Alter von über 80 Jahren neu aufgenommen worden. Ab diesem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit, auf Hilfe und Pflege Dritter angewiesen zu sein, stark an. Es ist auf Basis der Bevölkerungsprognosen absehbar und sicher, dass diese Bevölkerungsgruppe quantitativ stark zunehmen wird, und es ist wahrscheinlich, dass Arbeitslosigkeit, sinkende Erwerbseinkünfte und Rentenkürzungen für zusätzliche Probleme der Menschen in dieser Altersgruppe sorgen werden. Diese Entwicklung muss genau beobachtet werden. Wie schon in früheren Ausgaben des *Monitors* runden die Tabelle 47 (Kriminalität) und 48 (Verkehrsunfälle) dieses Kapitel ab.

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sinkt, Abbruchquote steigt

Im Jahr 2005 ließen 10 642 niedersächsische Frauen Schwangerschaftsabbrüche (Tab. 41) vornehmen. In absoluten Zahlen waren das - 1,0 % weniger als ein Jahr zuvor (Deutschland: - 4,4 %) und - 2,7 % weniger als 2000 (Deutschland: - 8,0 %). Dieser Rückgang ist, wie der entsprechende bei den Geburtenzahlen, auch eine Folge der demographischen Entwicklung. Die Zahl der Frauen in den Altersjahren, in denen die Fertilität besonders hoch ist, hat abgenommen. Darum wurde hier der Indikator „Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene“, im Folgenden Abbruchquote genannt, entwickelt. Nähme dieser Indikator den Wert 1 000 an, käme auf jede Geburt ein Schwangerschaftsabbruch.

Diese Abbruchquote lag in Niedersachsen 2005 bei 158,9, das entspricht einer kurzfristigen Zunahme von + 4,1 %.

Trotz dieser Zunahme liegt dieser Wert wie in den vergangenen Jahren weiterhin deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 180,1 und ist nur geringfügig von dem der westdeutschen Länder entfernt (159,7). Die mittelfristige Zunahme in Niedersachsen von + 15,5 % ist die höchste aller Länder.

Im Ost-West-Vergleich ist nach wie vor eine erheblich höhere Abbruchquote in Ostdeutschland (271,1) als im Westen (159,7) festzustellen, obgleich sich die Quoten mittelfristig einander annähern. Deutlich überdurchschnittliche Abbruchquoten gibt es auch in den Stadtstaaten; am höchsten ist sie in Berlin mit 367,1, gefolgt von Bremen mit 312,8. Die niedrigsten Quoten gab es 2005 in Bayern (133,2) und Rheinland-Pfalz (138,8). Eine definitive Interpretation dieser Ergebnisse ist noch nicht möglich. Es drängt sich aber der Gedanke auf, dass die regional differierende Höhe der Quoten auf drei Ursachen zurückzuführen ist: unterschiedliche, wahrscheinlich auch konfessionell geprägte Mentalitäten; unterschiedliche Lebenssituationen der Frauen – vor allem in den Großstädten mit vielen Studentinnen und Berufsanfängerinnen sind die Quoten hoch; und schließlich die unterschiedliche wirtschaftliche Situation in den Ländern. Lässt man einmal die Stadtstaaten außer Acht, so gilt in der Tendenz, dass die Abbruchquote mit der Arbeitslosenquote steigt. Dies ist natürlich kein kausaler Bezug, sondern eine Trendaussage.

224 000 Alleinerziehende in Niedersachsen – neuer Familienbegriff des Mikrozensus

Der Mikrozensus, dem die Daten über Alleinerziehende (Tab. 42) entnommen sind, verfolgt seit dem Jahr 2005 ein begrifflich neues Familienkonzept. Früher galten auch diejenigen als Alleinerziehende, die unverheiratet waren, aber mit einem festen Partner zusammenlebten. Der Begriff machte sich nur am Familienstand des Erziehenden fest. Mit dem heutigen, moderneren Familienbegriff gelten nur noch solche Frauen und Männer als alleinerziehend, die keinen festen Lebenspartner haben. Ob ein Trauschein vorliegt oder nicht spielt keine Rolle mehr. Das ist viel trennschärfer und lebensnäher als der alte, am Familienstand orientierte Familienbegriff. Die Tabelle 42 enthält in sich völlig kompatible Daten, die nach dem neuen Familienkonzept auch für frühere Jahre Neuberechnet wurden. Nach dem alten Konzept gab es z.B. in Niedersachsen im Jahr 2004 276 000 Alleinerziehende – nach dem neuen Konzept waren es nur noch 217 000.

Im Jahr 2005 gab es in Niedersachsen 224 000 Alleinziehende. Das entsprach einer Quote von 28 auf je 1 000 Einwohner. Diese Quote liegt leicht unter dem westdeutschen Schnitt (29) und klar unter dem gesamtdeutschen

von 31. In Ostdeutschland liegt die Alleinerziehendenquote mit 39 deutlich höher. Die Quoten differieren zwischen minimal 28 und 44 (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern) als Maximum. Die niedersächsische Alleinerziehendenquote von 28 weist zwar wie fast überall in Deutschland Zuwächse auf, sie bleibt aber die niedrigste in ganz Deutschland. Das ist ein Zeichen dafür, dass in Niedersachsen der elementare „soziale Kitt“ in Gestalt des Zusammenhalts der Familie noch besser hält als anderswo.

2 060 vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche

Die Behörden der Kinder- und Jugendhilfe können sogenannte „vorläufige Schutzmaßnahmen“ ergreifen, wenn sie Gefahren für bestimmte Kinder und Jugendliche erkennen oder wenn diese selbst um Schutz bitten. Diese Maßnahmen ergehen meist in Form der „Inobhutnahme“, seltener in der Form der „Herausnahme“ z.B. aus einem Heim oder einer Pflegefamilie. Voraussetzung der Maßnahme sind immer schwerwiegende Gefahren für das körperliche oder seelische Wohl der Kinder und Jugendlichen. Diese Gefahr kann z.B. in einer Überforderung der Eltern oder auch körperlichen oder sexuellen Misshandlungen liegen. Wie auch immer: Eine „vorläufige Schutzmaßnahme“ ist ein schwerwiegender Eingriff, der eine erhebliche Notlage bzw. Gefahrensituation voraussetzt.

In Niedersachsen musste im Jahr 2005 insgesamt 2 060 mal zu solchen Maßnahmen geschritten werden. Das war eine Zunahme von 8,2 % im Vergleich zum Vorjahr und sogar um + 10,9 % im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2000. Diese erschreckenden Zuwachsraten sind deutlich überdurchschnittlich. Bundesweit war kurzfristig eine kleine Abnahme und mittelfristig sogar eine deutliche Abnahme (- 17,5 %) der Zahl solcher Schutzmaßnahmen zu beobachten.

Auch diese Daten sind von der demographischen Entwicklung, in diesem Fall von der abnehmenden Zahl der Kinder und Jugendlichen beeinflusst. Darum wurde auch die Zahl der Schutzmaßnahmen je 1 000 Kinder und Jugendliche berechnet. Hierbei ergibt sich, dass der Wert für Niedersachsen 2005 mit 1,4 Schutzmaßnahmen je 1 000 Kinder und Jugendliche zwar klar über den entsprechenden Werten früherer Jahre liegt (2000 und 2004: je 1,2), aber immer noch deutlich unter dem Bundeswert von 1,8. Dieser Bundeswert enthält einmal mehr einen klaren Ost-West-Strukturbruch: Im Osten liegt er mit 3,0 doppelt so hoch wie im Westen. Die regionalen Werte liegen zwischen 4,3 (Hamburg), 3,6 (Brandenburg) und 3,4 (Sachsen) als Maxima einerseits und Werten von 0,7 (Rheinland-Pfalz) bzw. 0,8 (Baden-Württemberg, Bayern, Saarland) als Minima andererseits.

714 000 Leistungsempfänger nach SGB II

Von April 2005 bis April 2006 stieg die Zahl der niedersächsischen Leistungsempfänger nach SGB II (Empfänger von Arbeitslosengeld II und von Sozialgeld) im Vorjahresvergleich um 12,4 % auf 713 943 Tsd. (Tab. 44). Diese Zuwachsrate liegt höher als die bundesweite Zunahme von + 11,6 % und in etwa im Schnitt der westdeutschen Länder (+ 12,3 %).

Entsprechende mittelfristige Veränderungsdaten liegen natürlich noch nicht vor – Arbeitslosengeld II und Sozialgeld gibt es durch die seinerzeitige Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe erst seit Januar 2005. Um einen ersten Zeitvergleich zu ermöglichen, wurde auf Monatsdaten zurückgegriffen, und zwar aus einem bestimmten Grund auf die des April: Die BA für Arbeit weist monatlich vorläufige Zahlen und „Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten“, die als endgültige Daten gelten, aus. Da die vorläufigen sich von den endgültigen doch sehr unterscheiden – für den April 2006 lagen z.B. für Niedersachsen die vorläufigen Daten über die Leistungsempfänger um 30 454 niedriger als die endgültigen – wird an dieser Stelle auf die endgültigen Zahlen zurückgegriffen. Hier werden darum die bei Redaktionsschluss aktuellsten vorliegenden endgültigen Monatsdaten für den Mai 2005 und 2006 miteinander verglichen.

Die Zahl der ALG II-Empfänger je 1 000 Einwohner lag in Niedersachsen im April 2006 bei 89. Das ist ein im Bundesvergleich (Deutschland: 90) durchschnittlicher Wert, der allerdings klar über der entsprechenden Quote für Westdeutschland (75) liegt. Im Bundesvergleich überdurchschnittliche Quoten gibt es vor allem in Ostdeutschland sowie in allen Stadtstaaten. Die relativ niedrigsten Werte hingegen gibt es in Süddeutschland (Baden-Württemberg 50, Bayern sogar nur 47). Insgesamt streuen die Quoten zwischen 47 (Bayern) und 177 (Berlin).

Immer mehr Haushalte sind überschuldet

Im Jahr 2005 wurden in Niedersachsen 9 599 Verbraucherinsolvenzen gezählt (Tab. 45). Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von mehr als + 38,4 %. Trotz der kräftigen Zunahme liegt dieser Wert immer noch geringfügig unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von + 40,3 %. Der mittelfristige Vergleich mit dem Jahr 2001 – ältere Werte sind nicht verfügbar – ist von geringer Aussagekraft: Die astronomische Zuwachsrate von + 419 % in Deutschland zeigt nur, dass die Menschen in Verschuldungslagen, aber auch die Schuldnerberatungsstellen, die Anwälte und die Gerichte sich mit dem seinerzeit neuen Rechtsinstitut der Verbraucherinsolvenz erst einmal vertraut machen mussten, bevor sie es anwandten.

Es ist auffällig, dass es deutlich mehr überschuldete Haushalte in Nord- als in Süddeutschland gibt. Vor allem im Nachbarland Bremen entfallen erheblich mehr Verbraucherinsolvenzen auf je 1 000 Einwohner (1,6) als im bundesweiten Vergleich insgesamt (0,8). Auch Niedersachsen und Hamburgs Werte liegen mit je 1,2 klar über dem Bundesdurchschnitt; das gleiche gilt für Schleswig-Holstein (1,0) und Mecklenburg-Vorpommern (1,1). Dagegen haben die süddeutschen Länder Baden-Württemberg und Bayern die geringsten Insolvenzanmeldungen pro 1 000 Einwohner (beide bei 0,6) zu verzeichnen. Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es demgegenüber nur sehr geringfügige Unterschiede.

Bevölkerungsanteil der Hochbetagten steigt

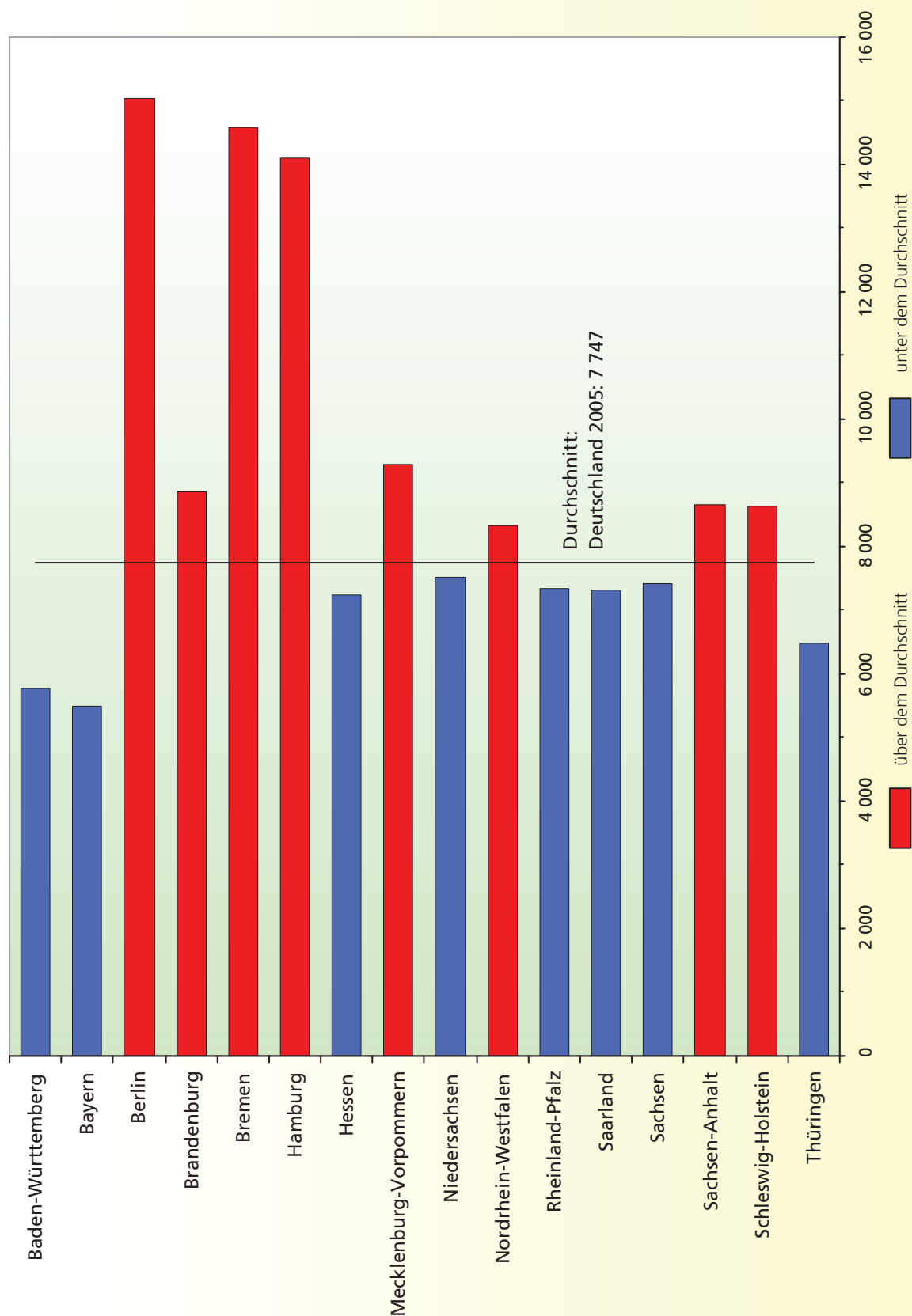
Ende des Jahres 2005 lebten in Niedersachsen 372 655 Menschen im Alter von 80 Jahren und mehr. In den letzten fünf Jahren ist der Anteil dieser Hochbetagten (Tab. 46) an der Bevölkerung in Niedersachsen von 3,9 % auf 4,7 % gestiegen – ein Zuwachs von 0,8 Prozentpunkten. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Hochbetagten nochmals um 0,2 Prozentpunkte gewachsen. Der Zuwachs liegt genau im bundesdeutschen Durchschnitt.

Die Streuung des Bevölkerungsanteils der Hochbetagten ist unter den Ländern relativ gering. Den höchsten Anteil der über 80-Jährigen weisen Bremen (5,3 %) und Sachsen (5,1 %) auf, den geringsten hat Mecklenburg Vorpommern mit 3,5 %.

Kriminalitätsbelastung aber auch Aufklärungsquote weiter steigend

Im Jahr 2005 registrierte die Polizei in Niedersachsen 601 557 Straftaten (Tab. 47), von denen 55,7 % als aufgeklärt angesehen wurden. Die Aufklärungsquote liegt dabei um knapp 1,8 Prozentpunkte höher als 2004 (53,9 %) und ist auch höher als die des Bundesgebietes insgesamt (55,0 %). Die Kriminalitätshäufigkeit, die angibt, wie viele Straftaten auf je 100 000 Einwohner entfallen, stieg in Niedersachsen 2005 gegenüber dem Vorjahr um + 2,3 %, mittelfristig entspricht dies einer Zunahme von + 5,2 %. Wichtig ist jedoch, dass die Häufigkeitszahl in Niedersachsen mit 7 519 weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 7 747 liegt. Bundesweit ging die Häufigkeitszahl im Vergleich zum Vorjahr um - 3,6 % zurück, wobei im Fünfjahresvergleich immer noch eine Zunahme von + 1,6 % besteht. Besonders wenige Straftaten und hohe Aufklärungsquoten gibt es in den süddeutschen Ländern Baden-Württemberg und Bayern, wohingegen die Stadtstaaten, trotz sinkender Kriminalitätshäufigkeit, sowohl die meisten Straftaten als auch die geringsten Aufklärungsquoten zu verzeichnen haben.

Straftaten je 100 000 Einwohner 2005



Die Straßen werden sicherer

Die Zahl der Verunglückten (Tote und Verletzte) im Straßenverkehr ging im Jahr 2005 bundesweit leicht um - 1,6 % zurück (Tab. 48). Bedauerlicherweise kam es gegen diesen Trend in Niedersachsen im vergangenen Jahr zu einer Zunahme der Zahl der Verunglückten von + 2,2 %. Einen Anstieg gab es sonst nur in Brandenburg und im Saarland (+ 0,4 % bzw. + 0,2 %). Der kurzfristige Anstieg der Zahl der Verunglückten in Niedersachsen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Sicherheitslage im Straßenverkehr auch hierzulande deutlich verbessert hat. Im Fünfjahresvergleich gab es in Niedersachsen einen überdurchschnittlichen Rückgang der Verunglücktenzahlen um - 15,4 % (Deutschland - 13,8 %).

Bezieht man, um einen besseren Vergleich zu ermöglichen, die Zahl der Verunglückten auf die Einwohnerzahl, so ergibt sich in Niedersachsen eine Unfallhäufigkeit von 574,5 Verunglückten auf je 100 000 Einwohner. Bundesweit liegt der entsprechende Wert nur bei 532,3. Nur

vier Länder weisen höhere Werte auf, und dieser Wert schwankt zwischen 642,6 (Saarland) bzw. 642,3 (Hamburg) einerseits und 465,5 (Nordrhein-Westfalen) andererseits.

Wie erklären sich diese Unterschiede? Die Beziehungszahl setzt die Verunglückten auf Niedersachsens Straßen mit der Einwohnerzahl des Landes ins Verhältnis. Zähler (Ereignisortprinzip) und Nenner (Wohnortprinzip) passen also nicht ganz zusammen, denn auf Niedersachsens Straßen verunglücken nicht nur niedersächsische Einwohner, und umgekehrt können niedersächsische Bürger auch anderswo in Unfälle verwickelt werden. Die überdurchschnittliche Unfallhäufigkeit dürfte mit der Tatsache zusammenhängen, dass Niedersachsen ein Transitland ist, das von den großen Nord-Süd- und Ost-West-Magistralen der A1, A2 und A7 durchzogen wird. Nahezu jeder skandinavische Transport nach Italien oder auch jeder polnische Transport nach Frankreich rollt zwangsläufig durch Niedersachsen – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Unfallzahlen.



Fazit

Die Entwicklungen des Jahres 2005 waren für das Land Niedersachsen alles in allem nicht günstig. Die Bevölkerungszahl nahm erstmals seit Jahren ab, die Geburten und auch die Zuwanderung nach Niedersachsen gingen kräftig zurück. Die wirtschaftlichen Entwicklungen des Jahres 2005 waren ebenfalls nicht gut. Ein im Bundesvergleich durchschnittliches Wirtschaftswachstum ging einher mit einer weiter anschwellenden Pleitenwelle; der Verdienstabstand zum Bundesdurchschnitt stieg weiter an. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen ging ebenso zurück wie die der Patentanmeldungen. Etwas besser entwickelten sich der Arbeitsmarkt und die Erwerbstätigkeit. Auch wenn die bisher für das Jahr 2006 vorliegenden Zahlen

einen wirtschaftlichen Aufschwung signalisieren, bleibt doch die Erkenntnis: Niedersachsen hat im vergangenen Jahr, ebenso wie schon 2004, im Standortwettbewerb der Länder an Boden verloren.

Besonders hervorzuheben ist eine große positive Ausnahme, und diese bezieht sich auf alle Indikatoren im Bildungsbereich. Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sank, und es stiegen die Abiturientenquote sowie der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten. Im Bereich der Qualifikation und des Humanpotenzials hat das Land tatsächlich aufgeholt. Dies mag Ansporn und Hoffnung für die Zukunft sein.

Tabellenteil

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am					Einwohner je qkm	Veränderung der Einwohnerzahl	
	in 1 000			Länderanteil				
	31.12.2000	31.12.2004	31.12.2005	2000	2005		31.12.05/00	31.12.05/04
	Anzahl (1 000)			%			%	
Baden-Württemberg	10 524	10 717	10 736	12,8	13,0	300	+ 2,0	+ 0,2
Bayern	12 230	12 444	12 469	14,9	15,1	176	+ 2,0	+ 0,2
Berlin	3 382	3 388	3 395	4,1	4,1	3 798	+ 0,4	+ 0,2
Brandenburg	2 602	2 568	2 559	3,2	3,1	87	- 1,7	- 0,3
Bremen	660	663	663	0,8	0,8	1 642	+ 0,5	- 0,0
Hamburg	1 715	1 735	1 744	2,1	2,1	2 298	+ 1,7	+ 0,5
Hessen	6 068	6 098	6 092	7,4	7,4	289	+ 0,4	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 776	1 720	1 707	2,2	2,1	74	- 3,9	- 0,7
Niedersachsen	7 926	8 001	7 994	9,6	9,7	168	+ 0,9	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	18 010	18 075	18 058	21,9	21,9	530	+ 0,3	- 0,1
Rheinland-Pfalz	4 035	4 061	4 059	4,9	4,9	205	+ 0,6	- 0,1
Saarland	1 069	1 056	1 050	1,3	1,3	411	- 1,8	- 0,6
Sachsen	4 426	4 296	4 274	5,4	5,2	233	- 3,4	- 0,5
Sachsen-Anhalt	2 615	2 494	2 470	3,2	3,0	122	- 5,5	- 1,0
Schleswig-Holstein	2 790	2 829	2 833	3,4	3,4	179	+ 1,5	+ 0,1
Thüringen	2 431	2 355	2 335	3,0	2,8	146	- 3,9	- 0,9
Deutschland	82 260	82 501	82 438	100,0	100,0	231	+ 0,2	- 0,1
Westdeutschland	65 027	65 680	65 698	79,1	79,7	264	+ 1,0	+ 0,0
Ostdeutschland	17 232	16 821	16 740	20,9	20,3	155	- 2,9	- 0,5

2. Lebendgeborene

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06)			Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	106 175	96 655	94 279	10,2	9,0	8,8	- 11,2	- 2,5
Bayern	120 765	111 164	107 308	10,0	9,0	8,6	- 11,1	- 3,5
Berlin	29 695	29 446	28 976	8,8	8,7	8,6	- 2,4	- 1,6
Brandenburg	18 446	18 148	17 910	7,1	7,0	7,0	- 2,9	- 1,3
Bremen	6 070	5 442	5 489	9,1	8,2	8,3	- 9,6	+ 0,9
Hamburg	16 159	16 103	16 179	9,5	9,3	9,3	+ 0,1	+ 0,5
Hessen	58 817	54 332	53 369	9,7	8,9	8,8	- 9,3	- 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	13 319	13 045	12 357	7,4	7,5	7,2	- 7,2	- 5,3
Niedersachsen	79 436	70 371	66 993	10,1	8,8	8,4	- 15,7	- 4,8
Nordrhein-Westfalen	175 144	158 054	153 372	9,7	8,7	8,5	- 12,4	- 3,0
Rheinland-Pfalz	37 826	33 421	32 592	9,4	8,2	8,0	- 13,8	- 2,5
Saarland	8 759	7 660	7 484	8,2	7,2	7,1	- 14,6	- 2,3
Sachsen	33 139	33 044	32 581	7,4	7,6	7,6	- 1,7	- 1,4
Sachsen-Anhalt	18 723	17 337	17 166	7,0	6,8	6,8	- 8,3	- 1,0
Schleswig-Holstein	26 920	24 090	23 027	9,7	8,6	8,1	- 14,5	- 4,4
Thüringen	17 578	17 310	16 713	7,2	7,3	7,1	- 4,9	- 3,4
Deutschland	766 971	705 622	685 795	9,3	8,6	8,3	- 10,6	- 2,8
Westdeutschland	636 071	577 292	560 092	9,8	8,8	8,5	- 11,9	- 3,0
Ostdeutschland	130 900	128 330	125 703	7,5	7,6	7,5	- 4,0	- 2,0

3. Geburten-/Sterbesaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	10 895	5 009	205	1,0	0,5	0,0	- 10 690	- 4 804
Bayern	1 919	- 5 296	- 12 018	0,2	- 0,4	- 1,0	- 13 937	- 6 722
Berlin	- 3 640	- 2 346	- 3 009	- 1,1	- 0,7	- 0,9	+ 631	- 663
Brandenburg	- 7 625	- 7 711	- 8 159	- 2,9	- 3,0	- 3,2	- 534	- 448
Bremen	- 1 568	- 1 939	- 1 930	- 2,4	- 2,9	- 2,9	- 362	+ 9
Hamburg	- 2 050	- 1 459	- 1 195	- 1,2	- 0,8	- 0,7	+ 855	+ 264
Hessen	- 1 528	- 4 175	- 5 179	- 0,3	- 0,7	- 0,9	- 3 651	- 1 004
Mecklenburg-Vorpommern	- 4 133	- 4 089	- 5 027	- 2,3	- 2,4	- 2,9	- 894	- 938
Niedersachsen	- 3 465	- 11 116	- 15 983	- 0,4	- 1,4	- 2,0	- 12 518	- 4 867
Nordrhein-Westfalen	- 12 592	- 26 395	- 33 055	- 0,7	- 1,5	- 1,8	- 20 463	- 6 660
Rheinland-Pfalz	- 4 260	- 8 142	- 10 192	- 1,1	- 2,0	- 2,5	- 5 932	- 2 050
Saarland	- 3 504	- 4 355	- 4 828	- 3,3	- 4,1	- 4,6	- 1 324	- 473
Sachsen	- 17 289	- 15 210	- 16 327	- 3,9	- 3,5	- 3,8	+ 962	- 1 117
Sachsen-Anhalt	- 11 452	- 11 671	- 12 111	- 4,3	- 4,6	- 4,8	- 659	- 440
Schleswig-Holstein	- 2 901	- 5 739	- 6 642	- 1,0	- 2,0	- 2,4	- 3 741	- 903
Thüringen	- 8 503	- 8 015	- 8 982	- 3,5	- 3,4	- 3,8	- 479	- 967
Deutschland	- 71 696	- 112 649	- 144 432	- 0,9	- 1,4	- 1,8	- 72 736	- 31 783
Westdeutschland	- 19 054	- 63 607	- 90 817	- 0,3	- 1,0	- 1,4	- 71 763	- 27 210
Ostdeutschland	- 52 642	- 49 042	- 53 615	- 3,0	- 2,9	- 3,2	- 973	- 4 573

4. Wanderungssaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	37 638	20 065	18 145	3,6	1,9	1,7	- 19 493	- 1 920
Bayern	73 369	25 752	37 506	6,1	2,1	3,0	- 35 863	+ 11 754
Berlin	- 858	1 686	10 201	-0,3	0,5	3,0	+ 11 059	+ 8 515
Brandenburg	8 375	808	- 136	3,2	0,3	-0,1	- 8 511	- 944
Bremen	- 1 272	2 442	2 181	-1,9	3,7	3,3	+ 3 453	- 261
Hamburg	12 708	2 451	10 124	7,5	1,4	5,8	- 2 584	+ 7 673
Hessen	17 691	12 335	- 3 219	2,9	2,0	-0,5	- 20 910	- 15 554
Mecklenburg-Vorpommern	- 9 478	- 8 584	- 7 352	-5,3	-4,9	-4,3	+ 2 126	+ 1 232
Niedersachsen	30 898	19 600	9 266	3,9	2,5	1,2	- 21 632	- 10 334
Nordrhein-Westfalen	22 657	21 888	15 625	1,3	1,2	0,9	- 7 032	- 6 263
Rheinland-Pfalz	8 046	10 445	7 855	2,0	2,6	1,9	- 191	- 2 590
Saarland	730	- 621	- 1 307	0,7	-0,6	-1,2	- 2 037	- 686
Sachsen	- 16 893	- 10 144	- 6 253	-3,8	-2,3	-1,5	+ 10 640	+ 3 891
Sachsen-Anhalt	- 21 910	- 16 833	- 12 610	-8,2	-6,6	-5,0	+ 9 300	+ 4 223
Schleswig-Holstein	15 387	11 153	10 748	5,6	4,0	3,8	- 4 639	- 405
Thüringen	- 9 973	- 9 899	- 11 820	-4,1	-4,2	-5,0	- 1 847	- 1 921
Deutschland	167 115	82 544	78 954	2,0	1,0	1,0	- 88 161	- 3 590
Westdeutschland	217 852	125 510	50 984	3,4	1,9	0,8	- 166 868	- 74 526
Ostdeutschland	- 50 737	- 42 966	- 27 970	-2,9	-2,5	-1,7	+ 22 767	+ 14 996

5. Eheschließungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	56 288	51 382	50 272	53,9	48,1	47,0	- 10,7	- 2,2
Bayern	63 022	60 712	59 617	52,0	49,0	48,0	- 5,4	- 1,8
Berlin	14 119	12 569	12 058	41,6	37,1	35,6	- 14,6	- 4,1
Brandenburg	9 804	11 285	11 504	37,8	43,8	44,8	+ 17,3	+ 1,9
Bremen	3 275	2 950	2 960	49,2	44,5	44,7	- 9,6	+ 0,3
Hamburg	7 866	6 793	6 976	46,2	39,2	40,2	- 11,3	+ 2,7
Hessen	32 614	29 727	28 669	54,0	48,8	47,1	- 12,1	- 3,6
Mecklenburg-Vorpommern	8 083	9 567	9 743	45,0	55,0	56,4	+ 20,5	+ 1,8
Niedersachsen	45 233	41 794	40 687	57,4	52,3	50,8	- 10,1	- 2,6
Nordrhein-Westfalen	97 508	88 105	85 528	54,2	48,7	47,3	- 12,3	- 2,9
Rheinland-Pfalz	22 129	21 039	20 265	54,9	51,9	49,9	- 8,4	- 3,7
Saarland	5 856	5 265	5 069	54,6	49,5	47,9	- 13,4	- 3,7
Sachsen	16 482	16 851	17 156	36,8	38,9	39,8	+ 4,1	+ 1,8
Sachsen-Anhalt	10 310	10 748	10 980	38,7	42,4	43,7	+ 6,5	+ 2,2
Schleswig-Holstein	17 849	17 514	17 131	64,4	62,2	60,6	- 4,0	- 2,2
Thüringen	9 067	9 691	9 836	36,9	40,7	41,6	+ 8,5	+ 1,5
Deutschland	419 505	395 992	388 451	51,1	48,0	47,1	- 7,4	- 1,9
Westdeutschland	351 640	325 281	317 174	54,3	49,6	48,3	- 9,8	- 2,5
Ostdeutschland	67 865	70 711	71 277	39,1	41,7	42,3	+ 5,0	+ 0,8

6. Ehescheidungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	22 050	25 129	23 854	21,0	23,5	22,2	+ 8,2	- 5,1
Bayern	27 250	29 748	28 470	22,4	23,9	22,9	+ 4,5	- 4,3
Berlin	9 624	10 245	9 785	28,4	30,2	28,9	+ 1,7	- 4,5
Brandenburg	6 010	5 773	5 792	23,1	22,5	22,6	- 3,6	+ 0,3
Bremen	1 814	1 954	...	27,4	29,5
Hamburg	4 637	4 892	4 994	27,1	28,2	28,7	+ 7,7	+ 2,1
Hessen	14 905	16 573	15 552	24,6	27,2	25,5	+ 4,3	- 6,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 951	3 940	3 858	22,1	22,8	22,5	- 2,4	- 2,1
Niedersachsen	18 367	21 872	20 177	23,2	27,3	25,2	+ 9,9	- 7,7
Nordrhein-Westfalen	45 201	51 139	47 480	25,1	28,3	26,3	+ 5,0	- 7,2
Rheinland-Pfalz	10 416	11 298	10 653	25,9	27,8	26,2	+ 2,3	- 5,7
Saarland	3 066	2 786	2 924	28,7	26,3	27,8	- 4,6	+ 5,0
Sachsen	8 775	8 842	8 429	19,7	20,5	19,7	- 3,9	- 4,7
Sachsen-Anhalt	5 823	5 866	5 227	22,1	23,4	21,0	- 10,2	- 10,9
Schleswig-Holstein	7 641	8 180	7 940	27,5	29,0	28,1	+ 3,9	- 2,9
Thüringen	4 878	5 454	4 834	20,0	23,1	20,6	- 0,9	- 11,4
Deutschland	194 408	213 691	...	23,7	25,9
Westdeutschland	155 347	173 571	163 998	23,9	26,4
Ostdeutschland	39 061	40 120	37 925	22,6	23,8	22,6	- 2,9	- 5,5

Erwerbstätigkeit

7. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Darunter Selbstständige			Selbstständigenquote 2005	Veränderung insgesamt	
	2000 (April)	2004 (April)	2005	2000 (April)	2004 (April)	2005		05/00	05/04
	Anzahl (1 000)							%	
Baden-Württemberg	4 909	4 945	5 093	482	507	521	10,2	+ 3,7	+ 3,0
Bayern	5 879	5 827	5 926	682	693	725	12,2	+ 0,8	+ 1,7
Berlin	1 471	1 411	1 434	180	202	220	15,3	- 2,5	+ 1,6
Brandenburg	1 145	1 102	1 129	103	110	127	11,2	- 1,4	+ 2,5
Bremen	280	258	262	25	26	27	10,3	- 6,4	+ 1,6
Hamburg	799	777	802	98	101	105	13,1	+ 0,4	+ 3,2
Hessen	2 751	2 702	2 760	292	306	327	11,8	+ 0,3	+ 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	780	701	732	58	68	74	10,1	- 6,2	+ 4,4
Niedersachsen	3 420	3 325	3 401	331	357	368	10,8	- 0,6	+ 2,3
Nordrhein-Westfalen	7 605	7 401	7 637	700	742	786	10,3	+ 0,4	+ 3,2
Rheinland-Pfalz	1 809	1 744	1 813	183	184	200	11,0	+ 0,2	+ 4,0
Saarland	450	426	435	41	40	43	9,9	- 3,3	+ 2,1
Sachsen	1 908	1 780	1 839	172	192	215	11,7	- 3,6	+ 3,3
Sachsen-Anhalt	1 064	1 018	1 035	70	86	97	9,4	- 2,7	+ 1,7
Schleswig-Holstein	1 238	1 216	1 250	136	143	147	11,8	+ 1,0	+ 2,8
Thüringen	1 095	1 027	1 019	89	95	99	9,7	- 6,9	- 0,8
Deutschland	36 604	35 659	36 567	3 643	3 852	4 080	11,2	- 0,1	+ 2,5
Westdeutschland	29 140	28 621	29 379	2 970	3 099	3 248	11,1	+ 0,8	+ 2,6
Ostdeutschland	7 463	7 039	7 188	672	753	832	11,6	- 3,7	+ 2,1

8. Erwerbstätige Frauen (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Erwerbstätigenquote der weiblichen Gesamtbevölkerung			Veränderung insgesamt	
	2000 (April)	2004 (April)	2005	2000 (April)	2004 (April)	2005	05/00	05/04
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	2 130	2 214	2 269	39,8	40,6	41,5	+ 6,5	+ 2,5
Bayern	2 571	2 600	2 633	41,2	41,0	41,4	+ 2,4	+ 1,3
Berlin	683	673	689	39,3	38,8	39,7	+ 0,9	+ 2,4
Brandenburg	517	516	526	39,2	39,7	40,7	+ 1,7	+ 1,9
Bremen	126	118	119	36,8	34,5	34,8	- 5,6	+ 0,8
Hamburg	363	354	365	41,2	39,7	40,8	+ 0,6	+ 3,1
Hessen	1 193	1 208	1 229	38,6	38,9	39,5	+ 3,0	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	345	322	340	38,2	37,0	39,5	- 1,4	+ 5,6
Niedersachsen	1 459	1 458	1 506	36,1	35,7	36,9	+ 3,2	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	3 209	3 249	3 390	34,7	35,0	36,6	+ 5,6	+ 4,3
Rheinland-Pfalz	769	759	803	37,4	36,7	38,8	+ 4,4	+ 5,8
Saarland	190	185	193	34,5	34,0	35,7	+ 1,6	+ 4,3
Sachsen	865	837	862	37,7	37,9	39,4	- 0,3	+ 3,0
Sachsen-Anhalt	474	470	479	35,0	36,6	37,9	+ 1,1	+ 1,9
Schleswig-Holstein	538	545	563	37,8	37,7	38,9	+ 4,6	+ 3,3
Thüringen	492	471	466	39,4	39,2	39,3	- 5,3	- 1,1
Deutschland	15 924	15 978	16 432	37,9	37,9	39,0	+ 3,2	+ 2,8
Westdeutschland	12 548	12 690	13 070	37,8	37,8	38,9	+ 4,2	+ 3,0
Ostdeutschland	3 376	3 289	3 362	38,1	38,2	39,4	- 0,4	+ 2,2

9. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Insgesamt (30.6.)			Darunter Teilzeitkräfte			Insgesamt je 1 000 Einw.	Veränderung insgesamt	
	2000	2004	2005	2004	2005			05/00	05/04
	Anzahl (1 000)					%	Anzahl	%	
Baden-Württemberg	3 802	3 738	3 716	591	596	16,0	346,3	- 2,3	- 0,6
Bayern	4 365	4 288	4 271	697	712	16,7	342,9	- 2,2	- 0,4
Berlin	1 139	1 042	1 014	193	193	19,0	299,0	- 11,0	- 2,7
Brandenburg	811	716	699	103	103	14,7	272,8	- 13,8	- 2,4
Bremen	284	273	270	51	51	18,9	407,4	- 4,9	- 1,1
Hamburg	762	739	738	125	126	17,1	424,5	- 3,1	- 0,1
Hessen	2 175	2 113	2 090	357	364	17,4	343,0	- 3,9	- 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	591	512	499	70	73	14,6	291,3	- 15,6	- 2,5
Niedersachsen	2 436	2 341	2 305	419	424	18,4	287,9	- 5,4	- 1,5
Nordrhein-Westfalen	5 907	5 631	5 556	886	896	16,1	307,6	- 5,9	- 1,3
Rheinland-Pfalz	1 191	1 164	1 149	207	210	18,3	283,0	- 3,5	- 1,3
Saarland	356	345	341	51	52	15,2	324,0	- 4,2	- 1,2
Sachsen	1 527	1 369	1 332	207	211	15,8	311,0	- 12,8	- 2,7
Sachsen-Anhalt	837	745	720	104	106	14,7	289,9	- 14,0	- 3,4
Schleswig-Holstein	820	779	771	146	147	19,1	272,5	- 6,0	- 1,0
Thüringen	823	729	708	103	101	14,3	301,9	- 14,0	- 2,9
Deutschland	27 826	26 524	26 178	4 311	4 365	16,7	317,4	- 5,9	- 1,3
Westdeutschland	22 098	21 411	21 207	3 530	3 578	16,9	322,8	- 4,0	- 1,0
Ostdeutschland	5 728	5 113	4 972	780	787	15,8	296,3	- 13,2	- 2,8

10. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2001	2005	2006	30.06.2001	30.06.2005	30.06.2006	06/01	06/05
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	249 477	375 567	346 330	5,2	7,6	7,0	+ 38,8	- 7,8
Bayern	295 779	475 526	418 330	5,3	8,4	7,3	+ 41,4	- 12,0
Berlin	265 618	323 538	289 945	17,4	21,9	19,9	+ 9,2	- 10,4
Brandenburg	227 690	238 020	219 509	18,3	19,5	18,3	- 3,6	- 7,8
Bremen	39 229	52 729	48 070	13,3	18,3	16,3	+ 22,5	- 8,8
Hamburg	68 264	102 071	97 197	9,0	13,4	12,7	+ 42,4	- 4,8
Hessen	198 138	267 284	283 291	7,2	9,8	10,3	+ 43,0	+ 6,0
Mecklenburg-Vorpommern	159 929	176 728	159 577	18,7	21,8	19,9	- 0,2	- 9,7
Niedersachsen	336 704	428 561	405 839	9,5	12,2	11,4	+ 20,5	- 5,3
Nordrhein-Westfalen	747 475	1 032 620	1 022 450	9,3	12,9	12,7	+ 36,8	- 1,0
Rheinland-Pfalz	130 024	173 033	157 992	7,2	9,5	8,7	+ 21,5	- 8,7
Saarland	44 755	53 871	50 178	9,7	11,8	10,9	+ 12,1	- 6,9
Sachsen	380 248	392 461	355 506	18,1	19,7	18,1	- 6,5	- 9,4
Sachsen-Anhalt	257 050	253 982	226 388	20,4	21,5	19,6	- 11,9	- 10,9
Schleswig-Holstein	107 946	156 206	134 794	8,7	12,6	10,8	+ 24,9	- 13,7
Thüringen	186 037	202 101	181 762	15,9	18,0	16,5	- 2,3	- 10,1
Deutschland	3 694 363	4 704 298	4 397 158	9,9	12,6	11,8	+ 19,0	- 6,5
Westdeutschland	2 380 195	3 117 468	2 964 471	+ 24,5	- 4,9
Ostdeutschland	1 314 168	1 586 830	1 432 687	+ 9,0	- 9,7

11. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren			Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
	2001	2005	30.06.2006	2001	2005	30.06.2006	06/01	06/05
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	28 821	49 524	35 400	4,4	7,1	5,2	+ 22,8	- 28,5
Bayern	40 081	71 524	49 762	5,1	8,7	6,2	+ 24,2	- 30,4
Berlin	32 195	38 560	30 645	18,7	22,2	18,4	- 4,8	- 20,5
Brandenburg	27 685	31 681	27 376	16,4	18,8	17,5	- 1,1	- 13,6
Bremen	4 221	5 826	4 817	12,5	16,6	14,1	+ 14,1	- 17,3
Hamburg	7 412	10 239	8 784	8,5	11,5	10,1	+ 18,5	- 14,2
Hessen	22 034	40 004	32 288	6,5	11,7	9,7	+ 46,5	- 19,3
Mecklenburg-Vorpommern	20 067	23 681	16 934	15,5	19,2	14,5	- 15,6	- 28,5
Niedersachsen	43 642	62 031	46 288	9,9	14,0	10,6	+ 6,1	- 25,4
Nordrhein-Westfalen	83 956	118 349	110 665	8,5	11,9	11,4	+ 31,8	- 6,5
Rheinland-Pfalz	17 306	26 835	20 302	7,3	10,8	8,3	+ 17,3	- 24,3
Saarland	5 305	6 805	5 515	9,5	11,8	9,8	+ 4,0	- 19,0
Sachsen	44 875	52 226	40 656	15,2	18,5	15,2	- 9,4	- 22,2
Sachsen-Anhalt	28 701	32 704	25 011	17,1	20,3	16,4	- 12,9	- 23,5
Schleswig-Holstein	14 763	21 067	15 585	9,8	13,5	10,2	+ 5,6	- 26,0
Thüringen	23 010	27 812	19 479	13,9	17,2	12,9	- 15,3	- 30,0
Deutschland	444 074	618 867	489 507	9,1	12,5	10,2	+ 10,2	- 20,9
Westdeutschland	267 541	412 205	329 406	+ 23,1	- 20,1
Ostdeutschland	176 533	206 663	160 101	- 9,3	- 22,5

12. Arbeitslose Frauen und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2001	2005	2006	30.06.2001	30.06.2005	30.06.2006	06/01	06/05
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	121 636	180 024	173 374	5,3	7,7	7,3	+ 42,5	- 3,7
Bayern	145 694	233 920	216 412	5,5	8,6	7,8	+ 48,5	- 7,5
Berlin	111 695	140 315	125 478	15,1	19,4	17,4	+ 12,3	- 10,6
Brandenburg	114 511	110 486	104 861	18,9	18,4	17,8	- 8,4	- 5,1
Bremen	15 899	22 840	21 229	11,6	16,7	15,0	+ 33,5	- 7,1
Hamburg	26 775	45 184	43 297	7,3	12,2	11,5	+ 61,7	- 4,2
Hessen	90 106	120 177	135 453	7,0	9,3	10,3	+ 50,3	+ 12,7
Mecklenburg-Vorpommern	78 838	80 282	75 724	19,0	20,3	19,4	- 3,9	- 5,7
Niedersachsen	153 582	192 158	195 998	9,4	11,6	11,5	+ 27,6	+ 2,0
Nordrhein-Westfalen	323 447	455 693	477 903	8,8	12,2	12,5	+ 47,8	+ 4,9
Rheinland-Pfalz	60 851	80 510	76 996	7,4	9,4	8,9	+ 26,5	- 4,4
Saarland	18 972	24 997	24 231	9,2	11,9	11,3	+ 27,7	- 3,1
Sachsen	195 817	191 294	179 144	19,2	19,5	18,7	- 8,5	- 6,4
Sachsen-Anhalt	133 935	123 320	113 109	21,9	21,4	20,1	- 15,5	- 8,3
Schleswig-Holstein	44 411	69 481	63 931	7,6	11,6	10,4	+ 44,0	- 8,0
Thüringen	100 326	100 452	94 664	17,6	18,4	17,7	- 5,6	- 5,8
Deutschland	1 736 495	2 171 133	2 121 804	9,9	12,2	11,8	+ 22,2	- 2,3
Westdeutschland	1 069 288	1 424 984	1 428 824	+ 33,6	+ 0,3
Ostdeutschland	667 207	746 149	692 980	+ 3,9	- 7,1

¹⁾ Die Arbeitslosenquoten beziehen sich auf das Bundesgebiet West (= früheres Bundesgebiet) bzw. Ost (= Beitrittsgebiet). Sie sind mit der sonstigen Aufteilung (Ostdeutschland = 5 ostdeutsche Länder plus Berlin) nicht kompatibel, da von der Bundesagentur für Arbeit Westberlin zum Bundesgebiet West gerechnet wird.

Wirtschaft und Einkommen

13. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Land	Insgesamt			Je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	297 393	323 735	330 715	55 567	60 054	61 236	+ 11,2	+ 1,6
Bayern	359 376	397 441	403 709	56 826	62 707	63 512	+ 12,3	+ 1,3
Berlin	78 382	79 473	79 597	49 753	51 678	51 736	+ 1,5	- 0,2
Brandenburg	44 985	48 526	48 052	42 282	47 809	47 772	+ 6,8	- 1,5
Bremen	22 110	23 960	24 473	57 062	62 624	64 231	+ 10,7	+ 1,1
Hamburg	72 554	78 494	79 956	69 615	75 277	76 084	+ 10,2	+ 1,2
Hessen	183 100	195 992	197 739	60 205	64 556	65 270	+ 8,0	+ 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	30 061	31 440	31 289	40 098	44 249	44 520	+ 4,1	- 0,1
Niedersachsen	180 117	185 803	188 413	51 092	52 428	53 464	+ 4,6	+ 0,9
Nordrhein-Westfalen	454 250	482 009	489 068	53 620	57 202	58 163	+ 7,7	+ 0,7
Rheinland-Pfalz	91 036	96 256	97 458	51 604	54 045	54 770	+ 7,1	+ 0,6
Saarland	24 737	26 585	27 460	48 802	52 529	54 230	+ 11,0	+ 2,5
Sachsen	75 666	85 807	85 811	38 377	44 873	45 521	+ 13,4	+ 0,1
Sachsen-Anhalt	43 279	47 308	48 120	40 892	47 031	48 701	+ 11,2	+ 0,9
Schleswig-Holstein	64 853	68 192	68 973	52 049	55 597	56 296	+ 6,4	+ 1,3
Thüringen	40 602	44 631	44 667	38 171	44 087	44 649	+ 10,0	+ 0,1
Deutschland	2 062 500	2 215 650	2 245 500	52 690	57 004	57 899	+ 8,9	+ 0,9
Westdeutschland	1 749 525	1 878 466	1 907 965	55 258	59 306	60 260	+ 9,1	+ 1,1
Ostdeutschland	312 975	337 184	337 535	41 826	46 871	47 402	+ 7,8	- 0,1

14. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
	2000	2004	2005	Landwirtschaft	Prod. Gew.	Dienstleistungen	05/00	05/04
	1 000			2005			%	
Baden-Württemberg	5 352,0	5 390,7	5 400,7	1,9	33,3	64,8	+ 0,9	+ 0,2
Bayern	6 324,2	6 338,0	6 356,5	3,0	29,0	68,0	+ 0,5	+ 0,3
Berlin	1 575,4	1 537,8	1 538,5	0,4	14,1	85,5	- 2,3	+ 0,0
Brandenburg	1 063,9	1 015,0	1 005,9	3,7	22,2	74,1	- 5,5	- 0,9
Bremen	387,5	382,6	381,0	0,3	21,8	77,8	- 1,7	- 0,4
Hamburg	1 042,2	1 042,7	1 050,9	0,5	15,3	84,2	+ 0,8	+ 0,8
Hessen	3 041,3	3 036,0	3 029,5	1,5	23,1	75,3	- 0,4	- 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	749,7	710,5	702,8	4,1	18,4	77,5	- 6,3	- 1,1
Niedersachsen	3 525,4	3 544,0	3 524,1	3,3	24,8	71,8	- 0,0	- 0,6
Nordrhein-Westfalen	8 471,7	8 426,4	8 408,6	1,5	25,1	73,5	- 0,7	- 0,2
Rheinland-Pfalz	1 764,1	1 781,0	1 779,4	2,8	26,3	70,9	+ 0,9	- 0,1
Saarland	506,9	506,1	506,4	0,8	29,1	70,1	- 0,1	+ 0,1
Sachsen	1 971,6	1 912,2	1 885,1	2,3	26,8	70,9	- 4,4	- 1,4
Sachsen-Anhalt	1 058,4	1 005,9	988,1	3,1	23,6	73,3	- 6,6	- 1,8
Schleswig-Holstein	1 246,0	1 226,5	1 225,2	3,2	19,9	76,9	- 1,7	- 0,1
Thüringen	1 063,7	1 012,3	1 000,4	2,7	29,1	68,2	- 5,9	- 1,2
Deutschland	39 144,0	38 868,0	38 783,0	2,2	25,9	71,9	- 0,9	- 0,2
Westdeutschland	31 661,3	31 674,2	31 662,3	2,2	26,6	71,2	+ 0,0	- 0,0
Ostdeutschland	7 482,7	7 193,8	7 120,7	2,4	22,5	75,1	- 4,8	- 1,0

15. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei in jeweiligen Preisen

Land	Landwirtschaft			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2000	2004	2005	2000	2005	2005		05/00	05/04
	Mio. €			%		€		%	
Baden-Württemberg	3 158	2 392	1 957	1,2	0,7	11,0	18 744	- 16,9	- 6,0
Bayern	4 338	4 397	3 596	1,3	1,0	20,2	18 847	+ 12,4	- 5,9
Berlin	139	134	105	0,2	0,1	0,6	19 091	+ 3,2	- 5,6
Brandenburg	986	1 071	846	2,4	1,9	4,7	22 681	+ 20,5	- 5,5
Bremen	48	62	59	0,2	0,3	0,3	45 385	+ 10,1	- 2,5
Hamburg	142	139	109	0,2	0,2	0,6	20 566	+ 8,1	- 5,6
Hessen	1 072	1 050	824	0,7	0,5	4,6	18 031	+ 8,0	- 8,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 189	1 095	830	4,4	2,9	4,7	28 823	+ 2,4	- 6,5
Niedersachsen	3 635	3 416	2 786	2,2	1,6	15,6	23 711	+ 8,3	- 3,8
Nordrhein-Westfalen	3 082	3 025	2 490	0,8	0,6	14,0	20 310	+ 14,4	- 2,5
Rheinland-Pfalz	1 358	1 291	1 044	1,7	1,2	5,9	20 925	+ 9,4	- 5,6
Saarland	81	80	62	0,4	0,3	0,3	15 897	+ 9,5	- 7,9
Sachsen	972	1 004	785	1,4	1,0	4,4	18 341	+ 15,6	- 5,3
Sachsen-Anhalt	1 036	961	736	2,7	1,7	4,1	24 211	+ 4,2	- 5,2
Schleswig-Holstein	1 405	1 219	991	2,4	1,6	5,6	24 899	- 1,3	- 3,4
Thüringen	820	773	619	2,2	1,5	3,5	22 832	+ 10,2	- 2,5
Deutschland	23 460	22 110	17 840	1,3	0,9	100,0	20 914	+ 6,3	- 4,9
Westdeutschland	18 318	17 071	13 918	1,2	0,8	78,0	20 438	+ 5,3	- 4,9
Ostdeutschland	5 142	5 039	3 922	1,8	1,3	22,0	22 802	+ 10,0	- 5,2

16. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen

Land	Produzierendes Gewerbe			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2000	2004	2005	2000	2005			05/00	05/04
	Mio. €			%			€		%
Baden-Württemberg	103 653	110 669	115 169	38,7	38,6	19,1	64 097	+ 7,2	+ 2,8
Bayern	102 895	109 921	113 056	31,8	31,0	18,8	61 360	+ 8,4	+ 2,0
Berlin	14 087	13 466	13 343	20,0	18,6	2,2	61 376	- 7,5	- 1,8
Brandenburg	11 226	10 829	10 789	27,7	24,9	1,8	48 232	- 10,6	- 2,7
Bremen	5 590	5 870	5 966	28,1	27,0	1,0	71 788	- 1,2	- 0,4
Hamburg	12 163	12 466	12 681	18,6	17,6	2,1	78 814	- 2,3	- 0,3
Hessen	43 569	43 754	44 780	26,4	25,1	7,4	63 862	- 1,5	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	5 563	5 324	5 466	20,6	19,3	0,9	42 275	- 5,6	+ 2,2
Niedersachsen	51 709	49 604	51 980	31,9	30,6	8,6	59 358	- 6,0	+ 2,6
Nordrhein-Westfalen	121 808	125 091	129 732	29,8	29,4	21,6	61 493	+ 1,9	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	27 110	27 810	28 573	33,1	32,5	4,7	61 118	+ 2,4	+ 0,7
Saarland	7 006	7 926	8 604	31,5	34,7	1,4	58 369	+ 18,1	+ 5,9
Sachsen	19 655	22 255	22 500	28,9	29,0	3,7	44 528	+ 14,4	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	10 786	11 705	12 367	27,7	28,5	2,1	53 011	+ 7,5	+ 3,3
Schleswig-Holstein	13 696	13 602	13 792	23,5	22,1	2,3	56 641	- 3,6	+ 0,4
Thüringen	11 035	12 550	12 894	30,2	32,0	2,1	44 355	+ 17,4	+ 2,3
Deutschland	561 550	582 840	601 690	30,3	29,7	100,0	60 001	+ 3,3	+ 1,7
Westdeutschland	489 198	506 713	524 331	31,1	30,4	87,1	62 211	+ 3,2	+ 1,9
Ostdeutschland	72 352	76 127	77 359	25,7	25,4	12,9	48 356	+ 4,1	+ 0,7

17. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen

Land	Dienstleistende Wirtschaftsbereiche			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2000	2004	2005	2000	2005			05/00	05/04
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	160 835	179 630	181 482	60,1	60,8	12,9	51 860	+ 6,5	+ 1,2
Bayern	216 197	245 011	247 865	66,8	68,0	17,6	57 334	+ 11,7	+ 1,3
Berlin	56 315	58 251	58 420	79,8	81,3	4,1	44 407	- 2,1	+ 0,4
Brandenburg	28 273	31 974	31 752	69,8	73,2	2,3	42 626	+ 6,7	- 0,7
Bremen	14 259	15 730	16 073	71,7	72,7	1,1	54 212	+ 7,6	+ 1,9
Hamburg	52 992	58 361	59 403	81,2	82,3	4,2	67 139	+ 4,8	+ 1,8
Hessen	120 145	132 393	132 938	72,9	74,5	9,4	58 240	+ 3,9	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	20 302	22 006	21 956	75,0	77,7	1,6	40 310	+ 3,8	- 0,2
Niedersachsen	106 757	114 964	115 356	65,9	67,8	8,2	45 578	+ 4,8	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	283 924	307 672	309 367	69,5	70,1	22,0	50 089	+ 3,8	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	53 463	57 925	58 380	65,3	66,3	4,1	46 258	+ 4,1	+ 1,0
Saarland	15 176	16 029	16 128	68,2	65,0	1,1	45 425	+ 2,0	+ 1,1
Sachsen	47 471	54 320	54 195	69,7	69,9	3,8	40 536	+ 8,4	- 0,0
Sachsen-Anhalt	27 129	30 106	30 345	69,6	69,8	2,2	41 888	+ 5,1	+ 0,3
Schleswig-Holstein	43 265	46 832	47 494	74,1	76,3	3,4	50 424	+ 6,2	+ 1,8
Thüringen	24 686	27 029	26 817	67,6	66,5	1,9	39 287	+ 3,3	- 0,6
Deutschland	1 271 190	1 398 230	1 407 970	68,5	69,4	100,0	50 461	+ 5,7	+ 0,9
Westdeutschland	1 067 015	1 174 546	1 184 484	67,8	68,8	84,1	52 520	+ 6,1	+ 1,0
Ostdeutschland	204 175	223 684	223 486	72,5	73,3	15,9	41 781	+ 3,7	- 0,1

18. Unternehmensinsolvenzen

Land	Insolvenzen			Je 10 000 Unternehmen		Veränderung der Zahl der Insolvenzen	
	2000	2004	2005	2000	2005 ¹⁾	05/00	05/04
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 329	3 190	2 893	57,1	70,2	+ 24,2	- 9,3
Bayern	3 073	4 564	4 289	60,8	81,5	+ 39,6	- 6,0
Berlin	2 126	1 902	1 722	191,9	151,2	- 19,0	- 9,5
Brandenburg	1 511	1 259	1 242	195,3	157,5	- 17,8	- 1,4
Bremen	177	324	306	82,5	140,0	+ 72,9	- 5,6
Hamburg	526	896	818	68,3	103,8	+ 55,5	- 8,7
Hessen	1 835	2 383	2 214	80,0	94,2	+ 20,7	- 7,1
Mecklenburg-Vorpommern	998	1 029	948	197,5	188,5	- 5,0	- 5,0
Niedersachsen	2 345	3 166	3 290	94,4	129,9	+ 40,3	+ 3,9
Nordrhein-Westfalen	5 511	12 012	10 758	88,5	171,2	+ 95,2	- 10,4
Rheinland-Pfalz	1 087	1 557	1 659	72,9	109,8	+ 52,6	+ 6,6
Saarland	253	407	403	74,3	118,1	+ 59,3	- 1,0
Sachsen	2 541	2 344	2 465	187,0	181,3	- 3,0	+ 5,2
Sachsen-Anhalt	1 644	1 675	1 420	245,5	217,5	- 13,6	- 15,2
Schleswig-Holstein	926	1 516	1 387	93,1	139,9	+ 49,8	- 8,5
Thüringen	1 353	989	1 029	184,0	141,4	- 23,9	+ 4,0
Deutschland	28 235	39 213	36 843	97,1	124,6	+ 30,5	- 6,0
Westdeutschland	18 062	30 015	28 017	75,4	114,8	+ 55,1	- 6,7
Ostdeutschland	10 173	9 198	8 826	197,5	170,7	- 13,2	- 4,0

¹⁾ Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2004.

19. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Anzahl der Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Zahl der Unternehmen insgesamt	
	2000	2003	2004	2000	2003	2004	04/00	04/03
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	407 807	405 797	412 020	406 542	404 439	410 565	+ 1,0	+ 1,5
Bayern	505 068	514 871	526 174	503 760	513 542	524 787	+ 4,2	+ 2,2
Berlin	110 806	111 301	113 917	110 604	111 111	113 726	+ 2,8	+ 2,4
Brandenburg	77 379	77 705	78 836	77 314	77 637	78 758	+ 1,9	+ 1,5
Bremen	21 463	21 650	21 858	21 345	21 515	21 723	+ 1,8	+ 1,0
Hamburg	77 007	77 408	78 801	76 610	76 999	78 395	+ 2,3	+ 1,8
Hessen	229 419	231 692	235 001	228 690	230 970	234 287	+ 2,4	+ 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	50 524	50 044	50 305	50 481	50 000	50 256	- 0,4	+ 0,5
Niedersachsen	248 340	248 860	253 250	247 691	248 146	252 512	+ 2,0	+ 1,8
Nordrhein-Westfalen	622 428	620 065	628 567	620 326	617 919	626 302	+ 1,0	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	149 039	149 398	151 108	148 735	149 103	150 797	+ 1,4	+ 1,1
Saarland	34 042	33 780	34 138	33 943	33 690	34 040	+ 0,3	+ 1,1
Sachsen	135 869	135 082	135 984	135 784	134 969	135 858	+ 0,1	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	66 962	65 240	65 294	66 906	65 174	65 218	- 2,5	+ 0,1
Schleswig-Holstein	99 467	100 214	99 157	99 221	99 951	98 899	- 0,3	- 1,1
Thüringen	73 530	72 375	72 763	73 487	72 320	72 706	- 1,0	+ 0,5
Deutschland	2 909 150	2 915 482	2 957 173	2 901 439	2 907 485	2 948 829	+ 1,7	+ 1,4
Westdeutschland	2 394 080	2 403 735	2 440 074	2 386 863	2 396 274	2 432 307	+ 1,9	+ 1,5
Ostdeutschland	515 070	511 747	517 099	514 576	511 211	516 522	+ 0,4	+ 1,0

20. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a.d. Lieferungen u. Leistungen
	2000	2003	2004	2000	2003	2004	04/00	04/03	2004
	Mio. €						%		
Baden-Württemberg	661 039	693 126	712 485	274 553	264 327	266 543	+ 7,8	+ 2,8	37,4
Bayern	671 956	709 965	716 150	301 909	294 475	295 711	+ 6,6	+ 0,9	41,3
Berlin	103 275	110 502	115 205	49 812	46 880	46 282	+ 11,6	+ 4,3	40,2
Brandenburg	49 953	50 486	52 814	35 733	35 238	34 226	+ 5,7	+ 4,6	64,8
Bremen	49 363	51 584	51 379	19 711	18 816	18 991	+ 4,1	- 0,4	37,0
Hamburg	245 417	272 460	281 668	57 765	54 970	55 913	+ 14,8	+ 3,4	19,9
Hessen	381 419	371 698	372 082	143 179	135 714	134 445	- 2,4	+ 0,1	36,1
Mecklenburg-Vorpommern	32 252	31 556	31 422	26 168	24 917	24 325	- 2,6	- 0,4	77,4
Niedersachsen	356 301	378 467	391 423	164 214	160 197	158 907	+ 9,9	+ 3,4	40,6
Nordrhein-Westfalen	1 144 553	1 105 156	1 138 528	429 032	411 423	410 861	- 0,5	+ 3,0	36,1
Rheinland-Pfalz	147 765	151 554	155 320	80 614	79 573	79 012	+ 5,1	+ 2,5	50,9
Saarland	39 086	41 372	44 639	19 166	19 276	18 981	+ 14,2	+ 7,9	42,5
Sachsen	79 184	86 034	88 510	63 518	62 746	60 980	+ 11,8	+ 2,9	68,9
Sachsen-Anhalt	41 569	42 521	43 576	33 867	33 182	32 510	+ 4,8	+ 2,5	74,6
Schleswig-Holstein	106 027	107 942	108 331	59 210	57 810	57 258	+ 2,2	+ 0,4	52,9
Thüringen	43 770	43 652	43 975	37 218	35 494	35 422	+ 0,5	+ 0,7	80,6
Deutschland	4 152 927	4 248 074	4 347 506	1 795 667	1 735 037	1 730 366	+ 4,7	+ 2,3	39,8
Westdeutschland	3 802 926	3 883 323	3 972 005	1 549 352	1 496 580	1 496 621	+ 4,4	+ 2,3	37,7
Ostdeutschland	350 003	364 751	375 501	246 316	238 457	233 745	+ 7,3	+ 2,9	62,2

21. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz						Veränderung des Gesamtumsatzes	
	insgesamt			darunter Ausland			05/00	05/04
	2000	2004	2005	2000	2004	2005		
	Mio. €							
Baden-Württemberg	236 671	251 442	261 848	98 356	113 081	122 919	+10,6	+4,1
Bayern	246 619	280 844	291 310	99 456	126 142	132 346	+18,1	+3,7
Berlin	30 589	30 556	30 452	7 208	8 919	9 254	-0,4	-0,3
Brandenburg	15 853	17 889	18 717	2 845	3 704	4 072	+18,1	+4,6
Bremen	19 213	20 898	18 833	9 514	11 190	10 150	-2,0	-9,9
Hamburg	56 015	64 266	65 972	9 569	11 852	12 667	+17,8	+2,7
Hessen	82 374	86 586	90 001	30 776	36 397	38 899	+9,3	+3,9
Mecklenburg-Vorpommern	7 538	8 925	9 763	1 627	1 754	1 934	+29,5	+9,4
Niedersachsen	134 612	146 626	157 380	54 167	59 905	63 111	+ 16,9	+ 7,3
Nordrhein-Westfalen	299 285	308 303	322 292	103 842	116 095	124 802	+7,7	+4,5
Rheinland-Pfalz	61 277	66 090	68 559	24 869	30 254	32 404	+11,9	+3,7
Saarland	18 643	20 636	22 760	7 432	8 759	10 130	+22,1	+10,3
Sachsen	31 240	40 721	44 410	7 996	12 284	13 588	+42,2	+9,1
Sachsen-Anhalt	19 552	25 964	29 652	3 076	5 547	6 948	+51,7	+14,2
Schleswig-Holstein	28 121	30 278	32 059	8 926	11 681	13 203	+14,0	+5,9
Thüringen	19 063	23 345	24 638	4 339	6 401	7 200	+29,2	+5,5
Deutschland	1 306 664	1 423 369	1 488 647	473 999	563 965	603 626	+ 13,9	+ 4,6
Westdeutschland	1 182 830	1 275 969	1 331 014	446 907	525 356	560 631	+12,5	+4,3
Ostdeutschland	123 835	147 400	147 400	27 091	38 609	42 996	+19,0	+0,0

22. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Umsatz			Anteil am Bundesgebiet			Veränderung	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	11 608	9 154	9 168	11,6	11,5	12,2	-21,0	+0,2
Bayern	18 234	15 251	14 278	18,2	19,1	18,9	-21,7	-6,4
Berlin	3 769	2 246	2 255	3,8	2,8	3,0	-40,2	+0,4
Brandenburg	4 642	3 433	3 005	4,6	4,3	4,0	-35,3	-12,5
Bremen	829	583	541	0,8	0,7	0,7	-34,7	-7,1
Hamburg	1 862	1 506	1 521	1,9	1,9	2,0	-18,3	+1,0
Hessen	6 453	5 313	5 100	6,4	6,6	6,8	-21,0	-4,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 673	1 841	1 817	2,7	2,3	2,4	-32,0	-1,3
Niedersachsen	9 432	7 939	7 695	9,4	9,9	10,2	- 18,4	- 3,1
Nordrhein-Westfalen	16 530	13 564	12 854	16,5	17,0	17,0	-22,2	-5,2
Rheinland-Pfalz	4 479	4 158	3 711	4,5	5,2	4,9	-17,2	-10,8
Saarland	1 123	988	986	1,1	1,2	1,3	-12,2	-0,2
Sachsen	7 408	5 865	4 933	7,4	7,3	6,5	-33,4	-15,9
Sachsen-Anhalt	4 462	3 037	2 888	4,5	3,8	3,8	-35,3	-4,9
Schleswig-Holstein	2 909	2 278	2 025	2,9	2,9	2,7	-30,4	-11,1
Thüringen	3 737	2 769	2 629	3,7	3,5	3,5	-29,7	-5,1
Deutschland	100 148	79 923	75 405	100,0	100,0	100,0	- 24,7	- 5,7
Westdeutschland	73 458	60 734	57 878	73,3	76,0	76,8	-21,2	-4,7
Ostdeutschland	26 691	19 191	17 526	26,7	24,0	23,2	-34,3	-8,7

23. Gästeübernachtungen (einschl. Campingplätze)

Land	Übernachtungen						Veränderung der Über-	
	insgesamt			darunter von Auslandsgästen			nachtungen insgesamt	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	41 827	40 023	40 501	5 689	6 298	6 572	-3,2	+1,2
Bayern	78 195	73 661	74 574	10 168	10 426	11 015	-4,6	+1,2
Berlin	11 546	13 260	14 620	3 167	4 225	5 026	+26,6	+10,2
Brandenburg	9 096	9 257	9 380	515	552	593	+3,1	+1,3
Bremen	1 352	1 422	1 376	315	304	305	+1,9	-3,3
Hamburg	4 943	5 946	6 435	1 162	1 231	1 310	+30,2	+8,2
Hessen	26 652	24 853	25 174	5 070	5 030	5 091	-5,5	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	21 342	24 395	24 494	451	625	645	+14,8	+0,4
Niedersachsen	38 701	34 489	34 285	2 532	2 187	2 462	- 11,4	- 0,6
Nordrhein-Westfalen	37 466	37 690	38 439	6 034	6 737	7 104	+2,6	+2,0
Rheinland-Pfalz	20 964	19 827	19 918	4 676	4 508	4 732	-5,0	+0,5
Saarland	2 217	2 167	2 152	228	250	266	-2,9	-0,8
Sachsen	14 991	15 233	15 404	919	1 088	1 169	+2,7	+1,1
Sachsen-Anhalt	5 689	5 874	6 009	329	353	337	+5,6	+2,3
Schleswig-Holstein	23 197	22 133	22 362	905	1 038	1 102	-3,6	+1,0
Thüringen	9 247	8 538	8 858	472	523	506	-4,2	+3,7
Deutschland	347 423	338 769	343 981	42 641	45 374	48 245	- 1,0	+ 1,5
Westdeutschland	275 514	262 212	265 214	36 785	38 008	39 967	-3,7	+1,1
Ostdeutschland	71 910	76 557	78 767	5 856	7 366	8 276	+9,5	+2,9

24. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2005	Veränderung der Ausfuhr insgesamt	
	2000	2004	2005		05/00	05/04
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	100 988	114 323	123 488	15,7	+22,3	+8,0
Bayern	92 878	118 035	127 806	16,3	+37,6	+8,3
Berlin	8 170	9 993	9 931	1,3	+21,6	-0,6
Brandenburg	4 280	5 465	6 554	0,8	+53,1	+19,9
Bremen	9 277	11 930	12 790	1,6	+37,9	+7,2
Hamburg	20 359	20 995	22 729	2,9	+11,6	+8,3
Hessen	31 418	37 185	39 403	5,0	+25,4	+6,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 396	2 994	2 792	0,4	+16,5	-6,7
Niedersachsen	46 964	56 488	60 114	7,6	+ 28,0	+ 6,4
Nordrhein-Westfalen	112 013	131 941	142 960	18,2	+27,6	+8,4
Rheinland-Pfalz	24 526	31 661	34 100	4,3	+39,0	+7,7
Saarland	8 834	10 493	11 821	1,5	+33,8	+12,7
Sachsen	10 425	16 215	17 525	2,2	+68,1	+8,1
Sachsen-Anhalt	3 867	6 143	7 595	1,0	+96,4	+23,6
Schleswig-Holstein	10 716	14 543	16 323	2,1	+52,3	+12,2
Thüringen	4 507	7 382	7 780	1,0	+72,6	+5,4
Deutschland ¹⁾	597 455	733 392	786 120	100,0	+ 31,6	+ 7,2
Westdeutschland	457 973	547 594	591 534	75,2	+29,2	+8,0
Ostdeutschland	33 645	48 192	52 177	6,6	+55,1	+8,3

¹⁾ Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

25. Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	Je Arbeitnehmer(in) im Januar			Veränderung	
	2001	2005	2006	06/01	06/05
	€			%	
Baden-Württemberg	2 843	3 165	3 210	+ 12,9	+ 1,4
Bayern	2 757	3 104	3 150	+ 14,3	+ 1,5
Berlin	2 765	3 083	3 102	+ 12,2	+ 0,6
Brandenburg	2 029	2 292	2 357	+ 16,1	+ 2,8
Bremen	2 917	3 176	3 191	+ 9,4	+ 0,5
Hamburg	3 081	3 511	3 597	+ 16,8	+ 2,4
Hessen	2 894	3 256	3 311	+ 14,4	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 942	2 133	2 187	+ 12,6	+ 2,5
Niedersachsen	2 654	2 894	2 914	+ 9,8	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	2 750	3 039	3 071	+ 11,7	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	2 666	2 948	3 008	+ 12,8	+ 2,0
Saarland	2 597	2 894	2 900	+ 11,7	+ 0,2
Sachsen	1 976	2 190	2 229	+ 12,8	+ 1,8
Sachsen-Anhalt	1 964	2 241	2 273	+ 15,7	+ 1,4
Schleswig-Holstein	2 567	2 892	2 942	+ 14,6	+ 1,7
Thüringen	1 893	2 123	2 136	+ 12,8	+ 0,6
Deutschland	2 687	2 995	3 037	+ 13,0	+ 1,4
Westdeutschland ¹⁾	2 773	3 087	3 128	+ 12,8	+ 1,3
Ostdeutschland ²⁾	1 987	2 236	2 274	+ 14,4	+ 1,7

26. Bruttomonatsverdienste der weiblichen Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	Je Arbeitnehmerin im Januar			Veränderung		Abstand zu den männlichen Arbeitnehmern		
	2001	2005	2006	05/00	05/04	2001	2005	2006
	€					%		
Baden-Württemberg	2 299	2 561	2 615	+ 13,8	+ 2,1	- 24,4	- 23,9	- 23,2
Bayern	2 253	2 566	2 625	+ 16,5	+ 2,3	- 23,5	- 21,8	- 21,0
Berlin	2 488	2 773	2 792	+ 12,2	+ 0,7	- 14,2	- 14,7	- 14,6
Brandenburg	1 911	2 173	2 209	+ 15,6	+ 1,7	- 8,1	- 7,4	- 8,9
Bremen	2 361	2 538	2 586	+ 9,5	+ 1,9	- 22,9	- 21,2	- 22,3
Hamburg	2 641	3 005	3 080	+ 16,6	+ 2,5	- 19,6	- 19,4	- 19,1
Hessen	2 492	2 852	2 918	+ 17,1	+ 2,3	- 18,1	- 15,9	- 15,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 854	1 983	2 009	+ 8,3	+ 1,3	- 6,2	- 10,0	- 11,7
Niedersachsen	2 168	2 398	2 422	+ 11,7	+ 1,0	- 22,5	- 20,9	- 20,6
Nordrhein-Westfalen	2 331	2 580	2 624	+ 12,6	+ 1,7	- 18,8	- 18,7	- 18,0
Rheinland-Pfalz	2 248	2 533	2 579	+ 14,7	+ 1,8	- 19,8	- 17,4	- 17,7
Saarland	2 080	2 317	2 373	+ 14,1	+ 2,4	- 23,7	- 23,4	- 21,4
Sachsen	1 788	1 969	1 996	+ 11,6	+ 1,4	- 13,2	- 13,9	- 14,3
Sachsen-Anhalt	1 862	2 078	2 120	+ 13,8	+ 2,0	- 6,9	- 9,9	- 9,2
Schleswig-Holstein	2 148	2 462	2 508	+ 16,7	+ 1,9	- 21,3	- 19,4	- 19,3
Thüringen	1 684	1 897	1 917	+ 13,8	+ 1,1	- 15,1	- 14,9	- 14,4
Deutschland	2 250	2 518	2 565	+ 14,0	+ 1,9	- 20,8	- 20,1	- 19,6
Westdeutschland ¹⁾	2 310	2 591	2 640	+ 14,3	+ 1,9	- 21,2	- 20,1	- 19,5
Ostdeutschland ²⁾	1 836	2 056	2 088	+ 13,7	+ 1,6	- 10,5	- 11,3	- 11,5

¹⁾ Einschl. Berlin-West. – ²⁾ Einschl. Berlin-Ost.

Innovation

27. Gewerbeanmeldungen

Land	Anmeldungen				Darunter Neuerrichtung		Veränderung der Zahl der Anmeldungen	
	2000	2004	2005		2000	2005		
	Anzahl			je 1 000 Einw.	Anzahl		05/00	05/04
Baden-Württemberg	94 109	116 463	111 044	10,4	71 954	91 794	+ 18,0	- 4,7
Bayern	124 351	158 844	149 257	12,0	94 523	123 285	+ 20,0	- 6,0
Berlin	34 155	47 158	44 015	13,0	28 344	39 070	+ 28,9	- 6,7
Brandenburg	22 407	30 163	26 310	10,2	18 964	21 914	+ 17,4	- 12,8
Bremen	5 482	6 912	6 197	9,4	4 466	5 632	+ 13,0	- 10,3
Hamburg	18 705	21 914	21 931	12,6	15 016	19 307	+ 17,2	+ 0,1
Hessen	64 330	79 629	78 532	12,9	50 756	65 607	+ 22,1	- 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	14 813	20 407	17 200	10,0	12 595	15 194	+ 16,1	- 15,7
Niedersachsen	64 700	84 472	77 461	9,7	51 656	64 701	+ 19,7	- 8,3
Nordrhein-Westfalen	157 819	201 935	188 613	10,4	127 556	160 865	+ 19,5	- 6,6
Rheinland-Pfalz	37 795	46 550	43 558	10,7	30 585	36 645	+ 15,2	- 6,4
Saarland	8 252	10 209	9 582	9,0	6 671	8 127	+ 16,1	- 6,1
Sachsen	39 433	49 171	45 386	10,5	32 355	39 738	+ 15,1	- 7,7
Sachsen-Anhalt	19 892	25 071	21 615	8,6	15 851	19 232	+ 8,7	- 13,8
Schleswig-Holstein	28 024	36 359	32 219	11,4	22 620	26 006	+ 15,0	- 11,4
Thüringen	20 905	25 276	22 224	9,4	16 783	18 918	+ 6,3	- 12,1
Deutschland	755 172	960 533	895 144	10,9	600 695	756 035	+ 18,5	- 6,8
Westdeutschland	603 567	763 287	718 394	10,9	475 803	601 969	+ 19,0	- 5,9
Ostdeutschland	151 605	197 246	176 750	10,5	124 892	154 066	+ 16,6	- 10,4

28. Gewerbeabmeldungen

Land	Abmeldungen				Darunter vollständige Aufgabe		Veränderung der Zahl der Abmeldungen	
	2000	2004	2005		2000	2005		
	Anzahl			je 1 000 Einw.	Anzahl		05/00	05/04
Baden-Württemberg	84 972	88 298	89 277	8,3	62 261	67 643	+ 5,1	+ 1,1
Bayern	104 628	107 010	112 183	9,0	69 356	85 078	+ 7,2	+ 4,8
Berlin	30 789	30 404	32 833	9,7	24 177	27 920	+ 6,6	+ 8,0
Brandenburg	19 882	18 245	20 755	8,1	16 126	16 212	+ 4,4	+ 13,8
Bremen	4 616	5 164	5 316	8,0	3 805	4 531	+ 15,2	+ 2,9
Hamburg	14 287	13 540	14 936	8,6	10 853	12 623	+ 4,5	+ 10,3
Hessen	57 398	59 454	61 902	10,2	44 482	48 566	+ 7,8	+ 4,1
Mecklenburg-Vorpommern	15 220	14 169	14 185	8,2	12 864	12 084	- 6,8	+ 0,1
Niedersachsen	55 376	59 758	60 153	7,5	42 221	47 327	+ 8,6	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	134 605	147 225	154 507	8,6	102 493	126 789	+ 14,8	+ 4,9
Rheinland-Pfalz	31 832	33 579	34 593	8,5	24 090	27 456	+ 8,7	+ 3,0
Saarland	7 385	7 800	8 390	7,9	5 644	6 881	+ 13,6	+ 7,6
Sachsen	36 981	32 630	35 776	8,3	30 319	30 084	- 3,3	+ 9,6
Sachsen-Anhalt	20 866	17 688	18 913	7,5	17 134	16 754	- 9,4	+ 6,9
Schleswig-Holstein	23 924	24 336	25 984	9,2	17 980	19 897	+ 8,6	+ 6,8
Thüringen	19 982	18 346	18 550	7,8	15 834	14 991	- 7,2	+ 1,1
Deutschland	662 743	677 646	708 253	8,6	499 639	564 836	+ 6,9	+ 4,5
Westdeutschland	519 023	546 164	567 241	8,6	383 185	446 791	+ 9,3	+ 3,9
Ostdeutschland	143 720	131 482	141 012	8,4	116 454	118 045	- 1,9	+ 7,2

29. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt		je Beschäft.		Investitionen insgesamt	
	1999	2003	2004		04/99	04/03
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	8 821,0	9 181,3	9 015,1	7 328	+2,2	-1,8
Bayern	9 301,4	9 178,5	9 095,0	7 703	-2,2	-0,9
Berlin	930,2	870,7	831,8	7 786	-10,6	-4,5
Brandenburg	1 045,3	686,6	1 171,8	13 491	+12,1	+70,7
Bremen	717,5	506,7	527,3	8 470	-26,5	+4,1
Hamburg	708,7	1 040,7	1 042,2	10 704	+47,1	+0,1
Hessen	3 326,1	2 686,2	2 623,6	6 019	-21,1	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	339,1	368,4	386,0	7 932	+13,8	+4,8
Niedersachsen	4 336,7	5 062,4	4 446,5	8 245	+ 2,5	- 12,2
Nordrhein-Westfalen	11 338,7	8 835,9	8 823,9	6 559	-22,2	-0,1
Rheinland-Pfalz	2 579,5	2 126,5	2 105,8	7 298	-18,4	-1,0
Saarland	814,2	1 417,6	874,6	8 601	+7,4	-38,3
Sachsen	2 636,9	2 697,3	3 603,9	16 087	+36,7	+33,6
Sachsen-Anhalt	1 440,4	1 392,3	1 588,3	14 514	+10,3	+14,1
Schleswig-Holstein	985,2	691,8	764,3	5 801	-22,4	+10,5
Thüringen	1 355,8	994,4	1 110,5	7 716	-18,1	+11,7
Deutschland	50 676,7	47 737,3	48 010,6	7 829	- 5,3	+ 0,6
Westdeutschland	42 928,9	40 727,6	39 318,3	7 264	-8,4	-3,5
Ostdeutschland	7 747,8	7 009,7	8 692,3	12 077	+12,2	+24,0

30. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand (31.12.)			Veränderung	
	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Mio. €			%	
Baden-Württemberg	34 836	67 605	67 179	+ 92,8	- 0,6
Bayern	32 868	70 459	64 806	+ 97,2	- 8,0
Berlin	6 950	13 997	15 987	+ 130,0	+ 14,2
Brandenburg	1 126	1 020	947	- 15,9	- 7,2
Bremen	1 685	4 448	4 024	+ 138,8	- 9,5
Hamburg	26 578	49 946	55 913	+ 110,4	+ 11,9
Hessen	73 271	108 078	100 402	+ 37,0	- 7,1
Mecklenburg-Vorpommern	623	1 182	2 370	+ 280,4	+ 100,5
Niedersachsen	10 788	13 549	24 176	+ 124,1	+ 78,4
Nordrhein-Westfalen	93 133	184 107	160 429	+ 72,3	- 12,9
Rheinland-Pfalz	5 609	11 399	11 413	+ 103,5	+ 0,1
Saarland	1 100	1 877	1 976	+ 79,6	+ 5,3
Sachsen	1 155	1 481	2 005	+ 73,6	+ 35,4
Sachsen-Anhalt	3 250	4 083	4 190	+ 28,9	+ 2,6
Schleswig-Holstein	4 721	9 342	9 403	+ 99,2	+ 0,7
Thüringen	633	1 147	1 951	+ 208,2	70,1
Deutschland	298 326	543 719	527 172	+ 76,7	- 3,0
Westdeutschland	284 589	520 809	499 722	+ 75,6	- 4,0
Ostdeutschland	13 737	22 910	27 450	+ 99,8	+ 19,8

31. Patentanmeldungen

Land	Insgesamt			Anmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Anmeldungen	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	12 486	12 856	12 828	119	120	120	+ 2,7	- 0,2
Bayern	13 301	13 449	13 688	110	108	110	+ 2,9	+ 1,8
Berlin	1 265	905	866	37	27	26	- 31,5	- 4,3
Brandenburg	396	347	311	15	13	12	- 21,5	- 10,4
Bremen	166	172	173	25	26	26	+ 4,2	+ 0,6
Hamburg	1 222	994	919	72	57	53	- 24,8	- 7,5
Hessen	4 818	3 783	3 402	80	62	56	- 29,4	- 10,1
Mecklenburg-Vorpommern	212	205	197	12	12	11	- 7,1	- 3,9
Niedersachsen	3 529	2 813	2 738	45	35	34	- 22,4	- 2,7
Nordrhein-Westfalen	10 330	7 830	8 151	57	43	45	- 21,1	+ 4,1
Rheinland-Pfalz	2 504	2 139	2 218	62	53	55	- 11,4	+ 3,7
Saarland	363	347	360	34	33	34	- 0,8	+ 3,7
Sachsen	1 021	834	847	23	19	20	- 17,0	+ 1,6
Sachsen-Anhalt	466	398	366	17	16	15	- 21,5	- 8,0
Schleswig-Holstein	680	624	600	25	22	21	- 11,8	- 3,8
Thüringen	762	752	703	31	32	30	- 7,7	- 6,5
Deutschland	53 521	48 448	48 367	65	59	59	- 9,6	- 0,2
Westdeutschland	49 399	45 007	45 077	76	69	69	- 8,7	+ 0,2
Ostdeutschland	4 122	3 441	3 290	24	20	20	- 20,2	- 4,4

Humanpotenzial

32. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss und Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	9 182	8 738	8 419	7,9	6,9	6,7	- 8,3	- 3,7
Bayern	12 152	11 800	10 878	9,3	8,2	7,5	- 10,5	- 7,8
Berlin	4 612	4 019	3 576	13,0	11,7	11,6	- 22,5	- 11,0
Brandenburg	3 348	3 268	3 397	8,8	9,8	13,0	+ 1,5	+ 3,9
Bremen	657	786	690	10,8	12,2	10,7	+ 5,0	- 12,2
Hamburg	1 884	1 785	1 771	12,9	11,2	11,1	- 6,0	- 0,8
Hessen	6 468	5 639	5 280	10,6	8,5	8,0	- 18,4	- 6,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 123	2 453	2 548	11,4	10,7	14,4	- 18,4	+ 3,9
Niedersachsen	8 447	8 776	8 345	9,8	9,3	8,8	- 1,2	- 4,9
Nordrhein-Westfalen	11 906	14 408	14 741	6,1	6,8	6,9	+ 23,8	+ 2,3
Rheinland-Pfalz	4 284	3 709	3 487	9,6	7,6	7,2	- 18,6	- 6,0
Saarland	1 108	998	939	9,8	8,4	7,9	- 15,3	- 5,9
Sachsen	7 329	5 152	4 830	12,7	10,4	12,2	- 34,1	- 6,3
Sachsen-Anhalt	4 704	4 864	3 845	13,2	15,8	15,8	- 18,3	- 20,9
Schleswig-Holstein	2 916	3 030	3 098	10,1	9,2	9,4	+ 6,2	+ 2,2
Thüringen	4 543	2 787	2 308	13,5	9,8	10,3	- 49,2	- 17,2
Deutschland	86 601	82 212	78 152	9,4	8,6	8,5	- 9,8	- 4,9
Westdeutschland	58 942	59 669	57 648	8,5	7,8	7,6	- 2,2	- 3,4
Ostdeutschland	27 659	22 543	20 504	12,1	11,3	12,7	- 25,9	- 9,0

¹⁾ Durchschnitt der 14- bis unter 16-Jährigen am 31.12.

33. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife				Veränderung der	
	Absolventen	Abiturientenquote ¹⁾			Quoten	
	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl	%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	38 949	29,8	30,8	31,5	+ 0,9	+ 0,7
Bayern	28 932	19,9	20,7	20,8	+ 0,3	+ 0,1
Berlin	13 429	31,3	34,4	35,5	+ 3,5	+ 1,1
Brandenburg	11 263	30,5	32,8	31,1	+ 0,3	- 1,7
Bremen	2 407	31,0	30,5	32,8	+ 1,3	+ 2,3
Hamburg	5 712	31,3	32,5	32,9	+ 0,8	+ 0,4
Hessen	18 605	29,9	30,8	28,8	- 1,7	- 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	6 757	26,2	25,3	26,1	+ 0,7	+ 0,8
Niedersachsen	24 335	23,9	26,4	27,2	+ 2,8	+ 0,8
Nordrhein-Westfalen	61 159	28,9	30,3	29,9	+ 0,4	- 0,4
Rheinland-Pfalz	12 130	25,1	26,0	25,4	- 0,0	- 0,6
Saarland	2 713	22,1	22,9	23,2	+ 0,7	+ 0,3
Sachsen	16 631	28,9	29,4	30,0	+ 1,7	+ 0,6
Sachsen-Anhalt	9 280	28,1	27,3	27,3	+ 0,1	+ 0,0
Schleswig-Holstein	8 426	25,3	28,1	28,0	+ 2,1	- 0,1
Thüringen	9 934	30,6	30,4	31,1	+ 1,1	+ 0,7
Deutschland	270 662	27,1	28,3	28,3	+ 0,8	- 0,0
Westdeutschland	203 368	26,4	27,7	27,6	+ 0,7	- 0,1
Ostdeutschland	67 294	29,4	30,1	30,4	+ 1,4	+ 0,3

¹⁾ Prozentanteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung.

34. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss

Land	Insgesamt (30.6.)			Anteil an allen Beschäftigten (30.6.)			Veränderung insgesamt	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	331 115	362 927	371 261	8,7	9,7	10,0	+ 12,1	+ 2,3
Bayern	354 671	388 811	399 114	8,1	9,1	9,3	+ 12,5	+ 2,6
Berlin	138 494	136 177	135 623	12,2	13,1	13,4	- 2,1	- 0,4
Brandenburg	74 472	69 526	68 941	9,2	9,7	9,9	- 7,4	- 0,8
Bremen	26 413	28 520	28 796	9,3	10,4	10,7	+ 9,0	+ 1,0
Hamburg	80 256	86 839	89 035	10,5	11,8	12,1	+ 10,9	+ 2,5
Hessen	219 799	229 967	233 091	10,1	10,9	11,2	+ 6,0	+ 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	49 594	45 106	45 173	8,4	8,8	9,1	- 8,9	+ 0,1
Niedersachsen	148 140	165 597	169 000	6,1	7,1	7,3	+ 14,1	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	457 902	492 419	499 527	7,8	8,7	9,0	+ 9,1	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	75 168	79 504	80 331	6,3	6,8	7,0	+ 6,9	+ 1,0
Saarland	23 162	25 003	25 262	6,5	7,2	7,4	+ 9,1	+ 1,0
Sachsen	181 815	174 170	173 050	11,9	12,7	13,0	- 4,8	- 0,6
Sachsen-Anhalt	67 873	62 999	62 631	8,1	8,5	8,7	- 7,7	- 0,6
Schleswig-Holstein	43 902	45 266	46 361	5,4	5,8	6,0	+ 5,6	+ 2,4
Thüringen	85 683	73 705	72 679	10,4	10,1	10,3	- 15,2	- 1,4
Deutschland	2 358 459	2 466 536	2 499 875	8,5	9,3	9,5	+ 6,0	+ 1,4
Westdeutschland	1 760 528	1 904 853	1 941 778	8,0	8,9	9,2	+ 10,3	+ 1,9
Ostdeutschland	597 931	561 683	558 097	10,4	11,0	11,2	- 6,7	- 0,6

Finanzen

35. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹⁾			Bereinigte Ausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuerein./ber. Ausgaben 2005
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	42 216	43 916	45 205	4 021	4 102	4 212	+7,1	+2,9	69,2
Bayern	49 202	51 176	51 576	4 038	4 118	4 140	+4,8	+0,8	69,9
Berlin	20 895	20 526	21 580	6 176	6 060	6 363	+3,3	+5,1	38,0
Brandenburg	11 927	11 906	11 962	4 586	4 635	4 669	+0,3	+0,5	44,6
Bremen	4 123	4 228	4 142	6 232	6 382	6 250	+0,5	-2,0	43,8
Hamburg	9 713	10 505	10 027	5 686	6 048	5 768	+3,2	-4,6	74,1
Hessen	27 293	28 128	28 094	4 506	4 620	4 611	+2,9	-0,1	66,5
Mecklenburg-Vorpommern	8 539	8 409	8 493	4 786	4 872	4 958	-0,5	+1,0	40,5
Niedersachsen	29 792	31 298	31 559	3 765	3 911	3 942	+5,9	+0,8	61,3
Nordrhein-Westfalen	73 068	76 652	80 748	4 060	4 242	4 471	+10,5	+5,3	61,7
Rheinland-Pfalz	15 285	15 946	15 859	3 794	3 930	3 907	+3,8	-0,5	61,4
Saarland	4 313	4 395	4 428	4 033	4 151	4 207	+2,7	+0,8	57,4
Sachsen	19 673	19 194	19 107	4 427	4 457	4 461	-2,9	-0,5	47,0
Sachsen-Anhalt	12 411	12 340	12 375	4 711	4 915	4 983	-0,3	+0,3	42,2
Schleswig-Holstein	10 678	11 376	11 899	3 840	4 026	4 206	+11,4	+4,6	58,2
Thüringen	11 244	10 691	10 604	4 606	4 521	4 522	-5,7	-0,8	44,6
Deutschland	341 895	353 387	357 692	4 160	4 284	4 337	+4,6	+1,2	61,4
Westdeutschland	265 683	277 620	283 537	4 094	4 230	4 316	+6,7	+2,1	64,8
Ostdeutschland	84 689	83 066	84 121	4 899	4 926	5 014	-0,7	+1,3	42,7

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

36. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Personalausgaben insgesamt			Personalausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Personalausgabenquote 2005
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	17 132	18 741	18 988	1 632	1 750	1 769	+10,8	+1,3	42,0
Bayern	19 200	20 911	21 177	1 576	1 683	1 700	+10,3	+1,3	41,1
Berlin	7 147	6 765	6 642	2 112	1 997	1 958	-7,1	-1,8	30,8
Brandenburg	3 941	3 723	3 570	1 515	1 449	1 393	-9,4	-4,1	29,8
Bremen	1 315	1 295	1 279	1 988	1 955	1 930	-2,7	-1,2	30,9
Hamburg	3 205	3 374	3 372	1 876	1 942	1 940	+5,2	-0,1	33,6
Hessen	10 176	10 321	10 302	1 680	1 695	1 691	+1,2	-0,2	36,7
Mecklenburg-Vorpommern	2 834	2 754	2 649	1 588	1 596	1 546	-6,5	-3,8	31,2
Niedersachsen	12 369	12 639	12 263	1 563	1 580	1 532	-0,9	-3,0	38,9
Nordrhein-Westfalen	29 140	29 806	30 355	1 619	1 650	1 681	+4,2	+1,8	37,6
Rheinland-Pfalz	6 369	6 770	6 693	1 581	1 668	1 649	+5,1	-1,1	42,2
Saarland	1 779	1 783	1 801	1 663	1 684	1 711	+1,2	+1,0	40,7
Sachsen	6 314	6 253	6 153	1 421	1 452	1 436	-2,5	-1,6	32,2
Sachsen-Anhalt	4 390	4 374	3 807	1 666	1 742	1 533	-13,3	-13,0	30,8
Schleswig-Holstein	4 338	4 656	4 673	1 560	1 648	1 652	+7,7	+0,4	39,3
Thüringen	3 662	3 625	3 550	1 500	1 533	1 514	-3,1	-2,1	33,5
Deutschland	133 310	137 791	137 273	1 622	1 670	1 665	+3,0	-0,4	38,4
Westdeutschland	105 023	110 296	110 903	1 618	1 680	1 688	+5,6	+0,6	39,1
Ostdeutschland	28 288	27 494	26 371	1 636	1 630	1 572	-6,8	-4,1	31,3

37. Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Sachinvestitionen insgesamt			Sachinvestitionen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Sachinvestitions- quote 2005
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	4 856	3 643	3 569	463	340	333	-26,5	-2,0	7,9
Bayern	6 381	5 090	4 907	524	410	394	-23,1	-3,6	9,5
Berlin	434	305	351	128	90	104	-19,1	+15,1	1,6
Brandenburg	1 606	1 171	1 020	617	456	398	-36,5	-12,9	8,5
Bremen	235	197	144	355	297	217	-38,7	-26,9	3,5
Hamburg	585	533	519	342	307	299	-11,3	-2,6	5,2
Hessen	2 203	2 148	2 127	364	353	349	-3,4	-1,0	7,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 032	774	710	578	448	414	-31,2	-8,3	8,4
Niedersachsen	2 584	1 804	1 688	327	225	211	-34,7	-6,4	5,3
Nordrhein-Westfalen	4 846	3 953	3 704	269	219	205	-23,6	-6,3	4,6
Rheinland-Pfalz	1 604	1 168	1 086	398	288	268	-32,3	-7,0	6,8
Saarland	267	272	267	250	257	254	+0,0	-1,8	6,0
Sachsen	2 355	2 410	2 122	530	560	495	-9,9	-12,0	11,1
Sachsen-Anhalt	1 416	1 069	860	538	426	346	-39,3	-19,6	6,9
Schleswig-Holstein	985	827	842	354	293	298	-14,5	+1,8	7,1
Thüringen	1 363	1 071	948	558	453	404	-30,4	-11,5	8,9
Deutschland	32 754	26 436	24 865	399	320	302	-24,1	-5,9	7,0
Westdeutschland	24 546	19 635	18 853	378	299	287	-23,2	-4,0	6,6
Ostdeutschland	8 206	6 800	6 011	475	403	358	-26,7	-11,6	7,1

38. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹⁾			Bereinigte Einnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Fin.-Saldo je Einwohner 2005
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	42 340	42 035	43 230	4 033	3 926	4 028	+2,1	+2,8	- 184
Bayern	50 288	49 832	50 966	4 128	4 010	4 091	+1,3	+2,3	- 49
Berlin	18 343	17 566	18 392	5 422	5 186	5 423	+0,3	+4,7	- 940
Brandenburg	11 452	11 176	11 545	4 403	4 351	4 506	+0,8	+3,3	- 163
Bremen	3 977	3 339	3 081	6 011	5 040	4 649	-22,5	-7,7	-1 601
Hamburg	9 027	9 390	9 656	5 284	5 406	5 554	+7,0	+2,8	- 213
Hessen	27 517	25 271	27 095	4 543	4 151	4 447	-1,5	+7,2	- 164
Mecklenburg-Vorpommern	7 947	7 830	8 095	4 454	4 536	4 725	+1,9	+3,4	- 232
Niedersachsen	28 965	28 860	28 344	3 661	3 607	3 540	-2,1	-1,8	- 402
Nordrhein-Westfalen	71 168	68 323	72 333	3 955	3 781	4 005	+1,6	+5,9	- 466
Rheinland-Pfalz	14 637	14 291	14 522	3 633	3 522	3 577	-0,8	+1,6	- 329
Saarland	4 317	3 840	3 640	4 037	3 627	3 459	-15,7	-5,2	- 749
Sachsen	19 500	19 127	19 202	4 388	4 441	4 483	-1,5	+0,4	22
Sachsen-Anhalt	11 557	11 023	11 225	4 387	4 391	4 520	-2,9	+1,8	- 463
Schleswig-Holstein	10 350	10 256	10 211	3 722	3 630	3 609	-1,3	-0,4	- 597
Thüringen	10 557	9 551	9 839	4 324	4 039	4 196	-6,8	+3,0	- 326
Deutschland	333 464	324 410	331 409	4 058	3 932	4 019	-0,6	+2,2	- 319
Westdeutschland	262 586	255 437	263 078	4 046	3 892	4 005	+0,2	+3,0	- 311
Ostdeutschland	79 356	76 273	78 298	4 590	4 523	4 666	-1,3	+2,7	- 347

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

39. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Steuereinnahmen insgesamt			Steuereinnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahme-
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04	quote 2005
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	31 659	31 182	31 261	3 016	2 912	2 913	-1,3	+0,3	72,3
Bayern	36 128	35 464	36 069	2 965	2 854	2 895	-0,2	+1,7	70,8
Berlin	8 689	8 083	8 190	2 568	2 387	2 415	-5,7	+1,3	44,5
Brandenburg	5 684	5 409	5 334	2 185	2 106	2 082	-6,2	-1,4	46,2
Bremen	1 859	1 866	1 815	2 810	2 817	2 739	-2,4	-2,7	58,9
Hamburg	7 519	7 240	7 434	4 401	4 168	4 276	-1,1	+2,7	77,0
Hessen	20 960	18 276	18 696	3 461	3 002	3 068	-10,8	+2,3	69,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 824	3 519	3 439	2 143	2 039	2 007	-10,1	-2,3	42,5
Niedersachsen	19 821	18 966	19 357	2 505	2 370	2 418	-2,3	+2,1	68,3
Nordrhein-Westfalen	52 394	48 018	49 810	2 911	2 657	2 758	-4,9	+3,7	68,9
Rheinland-Pfalz	9 920	9 644	9 732	2 462	2 377	2 397	-1,9	+0,9	67,0
Saarland	2 590	2 396	2 540	2 422	2 263	2 413	-1,9	+6,0	69,8
Sachsen	9 598	8 998	8 974	2 160	2 089	2 095	-6,5	-0,3	46,7
Sachsen-Anhalt	5 544	5 262	5 220	2 104	2 096	2 102	-5,8	-0,8	46,5
Schleswig-Holstein	6 896	6 592	6 920	2 480	2 333	2 446	+0,3	+5,0	67,8
Thüringen	5 137	4 743	4 729	2 104	2 006	2 017	-7,9	-0,3	48,1
Deutschland	228 223	215 658	219 522	2 777	2 614	2 662	-3,8	+1,8	66,2
Westdeutschland	189 746	179 644	183 634	2 924	2 737	2 796	-3,2	+2,2	69,8
Ostdeutschland	38 476	36 014	35 886	2 226	2 136	2 139	-6,7	-0,4	45,8

40. Kreditmarktschulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Schulden insgesamt (31.12.)			Schulden je Einwohner (31.12.)			Veränderung insgesamt		Schulden/
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04	Steuerrein. 2005
	Mio. €			€			%		Jahre
Baden-Württemberg	36 459	44 017	46 027	3 473	4 111	4 289	+26,2	+4,6	1,5
Bayern	30 291	36 119	37 743	2 486	2 906	3 030	+24,6	+4,5	1,0
Berlin	33 453	53 876	57 380	9 888	15 907	16 919	+71,5	+6,5	7,0
Brandenburg	14 598	18 208	18 602	5 613	7 089	7 260	+27,4	+2,2	3,5
Bremen	8 522	11 270	12 303	12 881	17 013	18 564	+44,4	+9,2	6,8
Hamburg	16 626	20 359	21 162	9 732	11 721	12 173	+27,3	+3,9	2,8
Hessen	29 314	36 490	38 201	4 840	5 994	6 270	+30,3	+4,7	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	9 575	12 328	12 766	5 367	7 143	7 452	+33,3	+3,6	3,7
Niedersachsen	42 137	54 561	55 469	5 326	6 819	6 928	+31,6	+1,7	2,9
Nordrhein-Westfalen	101 418	126 562	133 218	5 636	7 004	7 376	+31,4	+5,3	2,7
Rheinland-Pfalz	22 571	27 888	29 351	5 603	6 872	7 230	+30,0	+5,2	3,0
Saarland	7 156	8 262	8 991	6 691	7 803	8 543	+25,6	+8,8	3,5
Sachsen	15 612	17 005	17 100	3 513	3 949	3 992	+9,5	+0,6	1,9
Sachsen-Anhalt	16 798	21 363	22 513	6 376	8 509	9 065	+34,0	+5,4	4,3
Schleswig-Holstein	17 754	21 930	23 332	6 384	7 761	8 247	+31,4	+6,4	3,4
Thüringen	13 891	16 943	17 859	5 690	7 164	7 615	+28,6	+5,4	3,8
Deutschland	416 178	527 179	552 018	5 064	6 390	6 694	+32,6	+4,7	2,5
Westdeutschland	312 248	387 458	405 797	4 812	5 903	6 178	+30,0	+4,7	2,2
Ostdeutschland	103 927	139 723	146 220	6 012	8 285	8 715	+40,7	+4,6	4,1

Soziale Probleme, Sicherheit

41. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Quote je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Quoten	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 373	14 300	13 455	135,4	148,0	142,7	+ 5,4	- 3,6
Bayern	16 603	16 155	14 294	137,5	145,3	133,2	- 3,1	- 8,3
Berlin	11 955	10 994	10 637	402,6	373,4	367,1	- 8,8	- 1,7
Brandenburg	5 072	4 580	4 356	275,0	252,3	243,2	- 11,6	- 3,6
Bremen	1 757	1 861	1 717	289,5	342,0	312,8	+ 8,0	- 8,5
Hamburg	4 238	4 269	3 824	262,3	365,1	236,4	- 9,9	- 35,3
Hessen	10 796	10 773	10 613	183,6	198,3	198,9	+ 8,3	+ 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 818	3 358	3 460	286,7	257,4	280,0	- 2,3	+ 8,8
Niedersachsen	10 933	10 745	10 642	137,6	152,7	158,9	+ 15,5	+ 4,1
Nordrhein-Westfalen	27 481	26 072	25 271	156,9	165,0	164,8	+ 5,0	- 0,1
Rheinland-Pfalz	4 773	4 647	4 525	126,2	139,0	138,8	+ 10,0	- 0,1
Saarland	1 477	1 428	1 400	168,6	186,4	187,1	+ 11,0	+ 0,4
Sachsen	6 584	6 642	6 624	198,7	201,0	203,3	+ 2,3	+ 1,1
Sachsen-Anhalt	5 370	4 935	4 777	286,8	284,7	278,3	- 3,0	- 2,2
Schleswig-Holstein	3 949	3 855	3 693	146,7	160,0	160,4	+ 9,3	+ 0,3
Thüringen	5 061	4 553	4 218	287,9	263,0	252,4	- 12,3	- 4,0
Deutschland	134 240	129 167	123 506	175,0	183,1	180,1	+ 2,9	- 1,6
Westdeutschland	96 380	94 105	89 434	151,5	163,0	159,7	+ 5,4	- 2,0
Ostdeutschland	37 860	35 062	34 072	289,2	273,2	271,1	- 6,3	- 0,8

42. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2000 (April)	2004 (April)	2005	2000 (April)	2004 (April)	2005	05/00	05/04
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	271	296	308	26	28	29	+ 13,7	+ 4,1
Bayern	329	354	361	27	28	29	+ 9,7	+ 2,0
Berlin	133	152	149	39	45	44	+ 12,0	- 2,0
Brandenburg	94	100	100	36	39	39	+ 6,4	+ 0,0
Bremen	25	26	25	38	39	38	+ 0,0	- 3,8
Hamburg	55	63	63	32	36	36	+ 14,5	+ 0,0
Hessen	160	169	175	26	28	29	+ 9,4	+ 3,6
Mecklenburg-Vorpommern	70	72	75	39	42	44	+ 7,1	+ 4,2
Niedersachsen	199	217	224	25	27	28	+ 12,6	+ 3,2
Nordrhein-Westfalen	445	492	524	25	27	29	+ 17,8	+ 6,5
Rheinland-Pfalz	113	114	121	28	28	30	+ 7,1	+ 6,1
Saarland	29	33	37	27	31	35	+ 27,6	+ 12,1
Sachsen	147	150	144	33	35	34	- 2,0	- 4,0
Sachsen-Anhalt	86	93	90	33	37	36	+ 4,7	- 3,2
Schleswig-Holstein	72	86	88	26	30	31	+ 22,2	+ 2,3
Thüringen	81	86	88	33	37	38	+ 8,6	+ 2,3
Deutschland	2 311	2 502	2 572	28	30	31	+ 11,3	+ 2,8
Westdeutschland	1 700	1 849	1 926	26	28	29	+ 13,3	+ 4,2
Ostdeutschland	612	653	646	36	39	39	+ 5,6	- 1,1

43. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 1 000 Kinder und Jugendliche			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1 976	1 672	1 658	0,9	0,8	0,8	- 16,1	- 0,8
Bayern	1 935	1 796	1 882	0,8	0,8	0,8	- 2,7	+ 4,8
Berlin	3 901	1 375	1 273	7,0	2,6	2,5	- 67,4	- 7,4
Brandenburg	1 764	1 393	1 344	3,8	3,5	3,6	- 23,8	- 3,5
Bremen	303	298	217	2,7	2,8	2,0	- 28,4	- 27,2
Hamburg	1 433	1 008	1 161	5,2	3,7	4,2	- 19,0	+ 15,2
Hessen	2 247	2 272	2 056	2,0	2,1	1,9	- 8,5	- 9,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 056	841	861	3,2	3,2	3,4	- 18,5	+ 2,4
Niedersachsen	1 857	1 904	2 060	1,2	1,2	1,4	+10,9	+8,2
Nordrhein-Westfalen	7 759	7 627	7 941	2,2	2,2	2,4	+ 2,3	+ 4,1
Rheinland-Pfalz	498	523	530	0,6	0,7	0,7	+ 6,4	+ 1,3
Saarland	185	166	144	1,0	0,9	0,8	- 22,2	- 13,3
Sachsen	2 817	2 216	1 996	3,9	3,6	3,4	- 29,1	- 9,9
Sachsen-Anhalt	1 424	939	934	3,2	2,6	2,7	- 34,4	- 0,5
Schleswig-Holstein	1 187	896	847	2,2	1,7	1,6	- 28,6	- 5,5
Thüringen	782	990	760	1,9	2,9	2,3	- 2,8	- 23,2
Deutschland	31 124	25 916	25 664	2,0	1,7	1,8	- 17,5	- 1,0
Westdeutschland	19 380	18 162	18 496	1,5	1,5	1,5	- 4,6	+ 1,8
Ostdeutschland	11 744	7 754	7 168	4,0	3,1	3,0	- 39,0	- 7,6

44. Leistungsempfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger nach SGB II (April)		Leistungsempfänger je 1 000 Einwohner		Veränd. der Zahl d. Leistgs.empf.
	2005	2006	2005	2006	06/05
	Anzahl				%
Baden-Württemberg	467 141	531 815	44	50	+ 13,8
Bayern	514 521	584 249	41	47	+ 13,6
Berlin	530 705	602 148	156	177	+ 13,5
Brandenburg	321 578	353 737	126	138	+ 10,0
Bremen	93 616	102 671	141	155	+ 9,7
Hamburg	186 049	205 359	107	118	+ 10,4
Hessen	417 721	461 776	69	76	+ 10,5
Mecklenburg-Vorpommern	272 009	288 935	159	169	+ 6,2
Niedersachsen	635 024	713 943	79	89	+12,4
Nordrhein-Westfalen	1 509 875	1 694 146	84	94	+ 12,2
Rheinland-Pfalz	233 231	268 661	57	66	+ 15,2
Saarland	79 776	89 040	76	85	+ 11,6
Sachsen	529 684	590 295	124	138	+ 11,4
Sachsen-Anhalt	372 178	398 890	151	162	+ 7,2
Schleswig-Holstein	239 093	264 091	84	93	+ 10,5
Thüringen	262 011	288 402	112	124	+ 10,1
Deutschland	6 664 212	7 438 158	81	90	+11,6
Westdeutschland	4 376 047	4 915 751	67	75	+ 12,3
Ostdeutschland	2 288 165	2 522 407	137	151	+ 10,2

45. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Insolvenzen je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2001	2004	2005	2001	2004	2005	05/01	05/04
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1 704	4 540	6 498	0,2	0,4	0,6	+ 281,3	+ 43,1
Bayern	1 809	4 986	7 241	0,1	0,4	0,6	+ 300,3	+ 45,2
Berlin	439	2 216	3 149	0,1	0,7	0,9	+ 617,3	+ 42,1
Brandenburg	485	1 656	2 427	0,2	0,6	0,9	+ 400,4	+ 46,6
Bremen	174	819	1 035	0,3	1,2	1,6	+ 494,8	+ 26,4
Hamburg	411	1 542	2 119	0,2	0,9	1,2	+ 415,6	+ 37,4
Hessen	873	2 745	3 767	0,1	0,5	0,6	+ 331,5	+ 37,2
Mecklenburg-Vorpommern	210	1 243	1 889	0,1	0,7	1,1	+ 799,5	+ 52,0
Niedersachsen	1 903	6 935	9 599	0,2	0,9	1,2	+404,4	+38,4
Nordrhein-Westfalen	2 726	12 719	16 213	0,2	0,7	0,9	+ 494,8	+ 27,5
Rheinland-Pfalz	741	2 408	3 166	0,2	0,6	0,8	+ 327,3	+ 31,5
Saarland	297	1 161	1 494	0,3	1,1	1,4	+ 403,0	+ 28,7
Sachsen	426	1 860	3 241	0,1	0,4	0,8	+ 660,8	+ 74,2
Sachsen-Anhalt	374	1 534	2 565	0,1	0,6	1,0	+ 585,8	+ 67,2
Schleswig-Holstein	425	1 761	2 788	0,2	0,6	1,0	+ 556,0	+ 58,3
Thüringen	280	998	1 707	0,1	0,4	0,7	+ 509,6	+ 71,0
Deutschland	13 277	49 123	68 898	0,2	0,6	0,8	+418,9	+40,3
Westdeutschland	11 063	39 616	53 920	0,2	0,6	0,8	+ 387,4	+ 36,1
Ostdeutschland	2 214	9 507	14 978	0,1	0,6	0,9	+ 576,5	+ 57,5

46. Bevölkerungsanteil der Hochbetagten

Land	Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren			Anteil der Hochbetagten an der Bevölkerung			Veränderung der Zahl der Hochbetagten	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	385 284	447 514	464 598	3,7	4,2	4,3	+ 0,6	+ 0,1
Bayern	457 985	535 863	551 492	3,7	4,3	4,4	+ 0,7	+ 0,1
Berlin	130 199	130 554	132 763	3,8	3,9	3,9	+ 0,1	+ 0,0
Brandenburg	79 820	91 168	94 998	3,1	3,6	3,7	+ 0,6	+ 0,1
Bremen	31 425	34 318	35 012	4,8	5,2	5,3	+ 0,5	+ 0,1
Hamburg	76 641	81 552	83 022	4,5	4,7	4,8	+ 0,3	+ 0,1
Hessen	232 613	270 058	280 184	3,8	4,4	4,6	+ 0,8	+ 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	48 870	57 645	60 268	2,8	3,4	3,5	+ 0,7	+ 0,1
Niedersachsen	312 503	360 099	372 655	3,9	4,5	4,7	+ 0,8	+ 0,2
Nordrhein-Westfalen	662 788	768 902	798 205	3,7	4,3	4,4	+ 0,7	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	155 718	184 167	191 600	3,9	4,5	4,7	+ 0,8	+ 0,2
Saarland	39 842	48 787	50 474	3,7	4,6	4,8	+ 1,1	+ 0,2
Sachsen	183 307	210 783	217 881	4,1	4,9	5,1	+ 1,0	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	92 348	107 413	111 496	3,5	4,3	4,5	+ 1,0	+ 0,2
Schleswig-Holstein	115 464	130 407	134 533	4,1	4,6	4,7	+ 0,6	+ 0,1
Thüringen	81 851	97 752	101 639	3,4	4,2	4,4	+ 1,0	+ 0,2
Deutschland	3086 658	3556 982	3680 820	3,8	4,3	4,5	+ 0,7	+ 0,2
Westdeutschland	2470 263	2861 667	2961 775	3,8	4,4	4,5	+ 0,7	+ 0,1
Ostdeutschland	616 395	695 315	719 045	3,6	4,1	4,3	+ 0,7	+ 0,2

47. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Straftaten insgesamt	Häufigkeitszahl (Straftaten je 100 000 Einwohner)			Aufklärungsquote		Veränderung der Häufigkeitszahl	
		2000	2004	2005	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl				%			
Baden-Württemberg	618 764	5 389	6 111	5 773	60,6	60,1	+ 7,1	- 5,5
Bayern	682 266	5 620	5 753	5 483	65,6	65,9	- 2,4	- 4,7
Berlin	509 175	16 447	15 927	15 030	48,5	47,8	- 8,6	- 5,6
Brandenburg	227 714	9 849	9 303	8 868	58,6	58,8	- 10,0	- 4,7
Bremen	96 648	13 996	15 278	14 573	44,9	43,5	+ 4,1	- 4,6
Hamburg	244 807	16 675	15 006	14 111	44,6	46,2	- 15,4	- 6,0
Hessen	441 830	6 936	7 590	7 246	52,5	54,5	+ 4,5	- 4,5
Mecklenburg-Vorpommern	159 885	10 200	10 306	9 298	57,7	59,2	- 8,8	- 9,8
Niedersachsen	601 557	7 146	7 347	7 519	53,9	55,7	+ 5,2	+ 2,3
Nordrhein-Westfalen	1 503 451	7 377	8 472	8 318	47,8	49,3	+ 12,8	- 1,8
Rheinland-Pfalz	297 780	6 703	7 405	7 332	59,8	61,3	+ 9,4	- 1,0
Saarland	77 183	6 000	7 312	7 306	55,8	55,1	+ 21,8	- 0,1
Sachsen	318 166	7 815	7 770	7 406	57,9	58,6	- 5,2	- 4,7
Sachsen-Anhalt	216 186	9 327	9 063	8 667	57,4	58,5	- 7,1	- 4,4
Schleswig-Holstein	243 917	8 864	9 095	8 623	47,5	48,0	- 2,7	- 5,2
Thüringen	152 386	6 367	6 922	6 470	62,2	63,7	+ 1,6	- 6,5
Deutschland	6 391 715	7 625	8 037	7 747	54,2	55,0	+ 1,6	- 3,6
Westdeutschland	4 808 203	6 968	7 538	7 321	53,9	54,8	+ 5,1	- 2,9
Ostdeutschland	1 583 512	10 079	9 971	9 414	55,3	55,7	- 6,6	- 5,6

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

48. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränd. d. Zahl d. Verunglückten	
	2000	2004	2005	2000	2004	2005	05/00	05/04
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	59 550	54 675	54 049	565,8	510,2	503,4	- 9,2	- 1,1
Bayern	87 864	78 453	75 240	718,4	630,5	603,4	- 14,4	- 4,1
Berlin	19 550	16 599	16 474	578,1	490,0	485,4	- 15,7	- 0,8
Brandenburg	18 132	13 135	13 186	696,8	511,5	515,5	- 27,3	+ 0,4
Bremen	4 167	3 751	3 599	631,4	565,6	543,7	- 13,6	- 4,1
Hamburg	12 338	11 260	11 201	719,4	649,1	642,3	- 9,2	- 0,5
Hessen	36 840	34 093	33 563	607,1	559,1	551,0	- 8,9	- 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	12 993	9 820	9 567	731,6	571,0	560,8	- 26,4	- 2,6
Niedersachsen	54 282	44 945	45 922	684,9	561,7	574,5	- 15,4	+ 2,2
Nordrhein-Westfalen	95 076	86 438	84 049	527,9	478,2	465,5	- 11,6	- 2,8
Rheinland-Pfalz	25 513	22 860	22 774	632,3	562,9	561,1	- 10,7	- 0,4
Saarland	6 506	6 729	6 741	608,6	637,0	642,6	+ 3,6	+ 0,2
Sachsen	25 827	20 603	20 551	583,5	479,6	480,8	- 20,4	- 0,3
Sachsen-Anhalt	16 462	13 425	13 350	629,5	538,2	540,5	- 18,9	- 0,6
Schleswig-Holstein	18 522	16 731	16 722	663,9	591,5	590,3	- 9,7	- 0,1
Thüringen	15 674	12 451	11 816	644,8	528,6	506,0	- 24,6	- 5,1
Deutschland	509 296	445 968	438 804	619,1	540,6	532,3	- 13,8	- 1,6
Westdeutschland	400 658	359 935	353 860	616,1	548,0	538,6	- 11,7	- 1,5
Ostdeutschland	108 638	86 033	84 944	630,4	511,5	507,5	- 21,8	- 2,0

Textteil II

Senioren in Niedersachsen

1. Einleitung ¹⁾

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Bevölkerungsstruktur grundlegend anders als heute. Die damalige Bevölkerungspyramide des Deutschen Reichs, die anhand der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 ²⁾ angefertigt wurde, war von idealtypischer Gestalt („Tannenbaum“). In dem damals dem heutigen Niedersachsen in etwa entsprechenden Gebiet, das sich aus der Provinz Hannover und den Ländern Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe zusammensetzte, waren knapp 45 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, aber nur 8 % 60 Jahre und älter. Die Senioren ³⁾ von damals wurden somit „von einer breiten Basis getragen“.

In den darauffolgenden gut 100 Jahren hat sich diese Struktur grundlegend geändert. Zu den Volkszählungen 1939 und 1950 standen 33 % jüngere Menschen 13 % älteren gegenüber. 1970 waren noch 31 % der niedersächsischen Bevölkerung jünger als 20 Jahre und nur 20 % älter als 59 Jahre. Seit Ende der 1980-er Jahre ist der Anteil der ab 60-jährigen Niedersachsen etwa gleich hoch oder höher als der der unter 20-jährigen. Dabei pendelte sich der Anteil der unter 20-Jährigen zwischen 21 und 22 % ein, während der der mindestens 60-Jährigen mittlerweile (2005) bei 25 % liegt.

Im Jahr 2020 wird sich diese Entwicklung verstärkt haben. Nach der jüngsten Bevölkerungsvorausschätzung ⁴⁾ werden dann nur noch 18 % der Niedersachsen jünger als

1) Dieser Beitrag wurde unter redaktioneller Verantwortung von Gabriele Zufall und unter Mitarbeit von Sascha Ebigt, Prof. Lothar Eichhorn, Uwe Rode, Matthias Rohe, Irina Sagel, Markus Steinmetz, Alexander Stief, Katja Tanneberger, Dr. Margot Thomsen und Dr. Wolfgang Vorwig erstellt.

2) Siehe S. 86/87 in: Die Volkszählung am 1. Dezember 1900 im Deutschen Reich, bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt, Statistik des Deutschen Reichs, Band 150, Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin 1903

3) Der Begriff Senioren wird in verschiedenen Zusammenhängen für verschiedene – etwa im sportlichen Bereich durchaus jüngere – Altersgruppen verwendet. Im allgemeinen Sprachgebrauch versteht man darunter meistens ältere Menschen ab etwa 60 bis 65 Jahren, die eher nicht mehr erwerbstätig sind, sondern eine Altersversorgung beziehen, und deutlich mehr Freizeit als früher haben. Bedingt durch die verschiedenen gesetzlichen Grundlagen der einzelnen statistischen Erhebungen kann auch in diesem Beitrag keine einheitliche Altersgrenze verwendet werden. Die Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe ist hier ferner das alleinige Auswahlkriterium.

4) Regionale Bevölkerungsvorausschätzung für Niedersachsen bis zum 1.1.2021 – Basis 2004

20, aber 28 %, d.h. mehr als jeder Vierte, älter als 60 sein. Im Jahr 2050 ⁵⁾ wird das Verhältnis von 1970 sogar mehr als umgekehrt sein: Dann wird etwa jeder sechste Niedersachsen unter 20, aber bereits jeder Dritte voraussichtlich mindestens 60 Jahre alt sein. Mitte dieses Jahrhunderts wird es also ungefähr doppelt so viele Senioren wie junge Menschen in unserem Bundesland geben.

In den folgenden Kapiteln soll die Lebenssituation der niedersächsischen Senioren von heute aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Nach der Darstellung der demographischen Grundlagen (Kapitel 2) werden Aspekte der sozialen Lage und der Partizipation am gesellschaftlichen Leben (Kapitel 3) sowie die Senioren als wirtschaftliche Zielgruppe (Kapitel 4) behandelt. Ein Ausblick auf die Situation in den Jahren 2020 und 2050 (Kapitel 5) schließt die Darstellung ab.

Natürlich kann diese Veröffentlichung nur einen Einblick in bzw. einen Überblick über die einzelnen Themenfelder geben, da detailliertere Untersuchungen ihren Rahmen sprengen würden. Das Bild, das sich aus diesen Bruchstücken ergibt, macht allerdings dennoch bereits deutlich, wie wichtig das Thema Senioren bereits jetzt ist bzw. zukünftig sein wird.

2. Die aktuelle demographische Situation

Die Deutschen werden immer älter. Dieser Satz bezieht sich nicht nur auf die durchschnittliche Lebenserwartung, die ein Neugeborenes mit in die Wiege gelegt bekommt. Er sagt auch etwas über die Zusammensetzung unserer Bevölkerung aus Menschen verschiedenen Alters aus.

In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Todesfälle relativ zur Bevölkerungszahl in Niedersachsen nicht erhöht, obwohl sich die Zahl der älteren Menschen vergrößerte ⁶⁾. Dies lässt sich auf den medizinischen Fortschritt zurückführen, der die Lebenserwartung steigen ließ.

5) Landesergebnis der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5

6) Vgl. Thomsen, Dr. Margot: Regionale Bevölkerungsvorausschätzung: Im Süden Niedersachsens die höchsten Abnahmen, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 2/2005

Tab. 1. Bevölkerungsentwicklung 1900 bis 2050 *

Personen im Alter von ... bis unter ... Jahren	01.12. 1900	17.05. 1939	13.09. 1950	31.12. 1970	31.12. 2000	31.12. 2005	31.12. 2020	31.12. 2050
0 bis 20	1 558 691	1 524 502	2 228 510	2 210 899	1 742 090	1 703 114	1 462 121	1 334 100
60 und älter	285 422	568 424	910 384	1 408 033	1 892 469	2 000 689	2 251 892	2 568 800
Insgesamt	3 497 584	4 583 636	6 797 379	7 121 235	7 926 193	7 993 946	7 947 970	7 691 600
Anteil unter 20-Jährige	44,6	33,3	32,8	31,0	22,0	21,3	18,4	17,3
Anteil über 60-Jährige	8,2	12,4	13,4	19,8	23,9	25,0	28,3	33,4

* Die Daten für die Jahre 1900 bis 1950 stammen aus seinerzeit veröffentlichten Volkszählungsergebnissen. Zwischenzeitliche Gebietsstandsänderungen sind nicht berücksichtigt.

Während Anfang des 20. Jahrhunderts die Deutschen im Schnitt 27 Jahre alt waren ⁷⁾ und ein neugeborenes Mädchen eine durchschnittliche Lebenserwartung ⁸⁾ von 48 Jahren (Junge 45 Jahre) hatte, betrugen das durchschnittliche Alter um 1950 bereits knapp 35 Jahre und die Lebenserwartung eines Neugeborenen 69 bzw. 65 Jahre. In den letzten drei Jahren geborene Mädchen (Jungen) haben inzwischen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 82 (76) Jahren und das Durchschnittsalter der Deutschen wie auch speziell der niedersächsischen Bevölkerung liegt bei etwa 42 Jahren.

2.1. Einwohner nach Alter

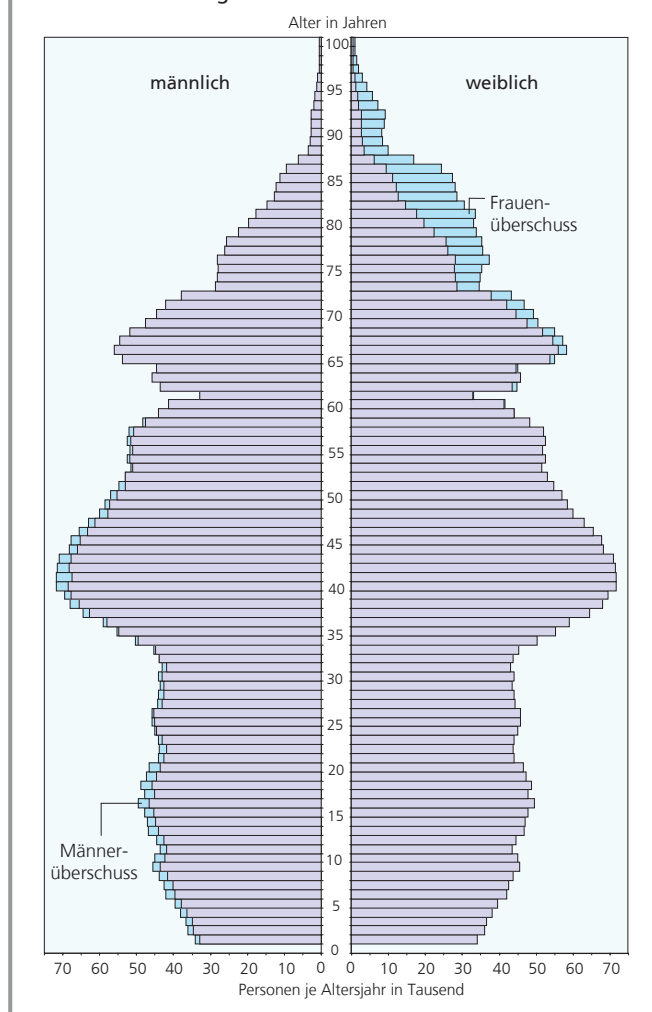
Die Altersstruktur der Bevölkerung in Niedersachsen ist, wie auch in den übrigen Bundesländern, hauptsächlich infolge der beiden Weltkriege und des veränderten generativen Verhaltens sehr uneinheitlich geworden ⁹⁾. Dies lässt sich besonders gut anhand der sogenannten Alterspyramide erkennen (vgl. Abbildung 1). Sie bildet die männliche (links) und weibliche Bevölkerung (rechts) nach Altersjahren von Null (unten) bis 100 (oben) zahlenmäßig ab. Der erste Einschnitt von oben weist auf den durch den Ersten Weltkrieg bedingten Geburtenausfall hin. Der zweite – kleinere – Einschnitt ist auf den Geburtenausfall während der Wirtschaftskrise 1930/32 zurückzuführen. Der dritte Einschnitt erstreckt sich auf den Geburtenausfall zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Für die Altersjahre Mitte Dreißig bis Mitte Vierzig zeichnet sich zudem eine starke Verdickung ab: der sogenannte Babyboom der 1960-er Jahre. Ihm schließt sich der „Pillenknicke“ mit den weitgehend konstanten Beständen der jüngeren Altersjahre an. Abgesehen davon fielen viele Soldaten in den beiden Weltkriegen. Diese Verluste verteilen sich auf die Altersjahre oberhalb des auf die Wirtschaftskrise 1930/32 zurückzuführenden Einschnittes. Ab dieser Höhe sind die Alterspyramiden auf der linken Seite abgeflacht.

7) Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

8) Vgl. Periodensterbetafeln für Deutschland – Allgemeine und abgekürzte Sterbetafeln 1871/1881 bis 2003/2005, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

9) Vgl. Thomsen, Dr. Margot: Auch für Niedersachsen sind erhebliche Veränderungen der Altersstruktur zu erwarten, in Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/2004

Abb. 1. Bevölkerung am 31.12.2005 nach Alter und Geschlecht



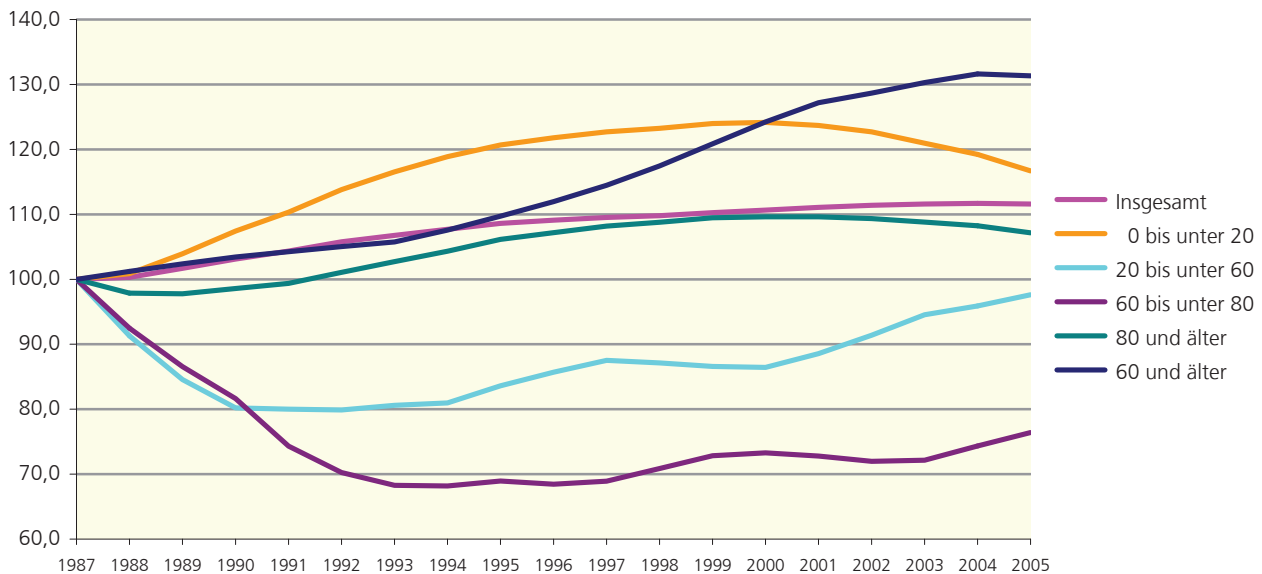
Am 31.12.2005 waren rund zwei Millionen oder 25 % der knapp acht Millionen Niedersachsen 60 Jahre und älter. Die hochbetagten ab 80-Jährigen stellten 4,7 % der Bevölkerung. Bedingt durch die oben beschriebenen Einflüsse u.a. der beiden Weltkriege und die unterschiedliche Lebenserwartung ergibt sich in den hohen Altersgruppen jeweils ein deutlicher Frauenüberschuss, der bei den Hochbetagten über 40 Prozentpunkte beträgt. Die genauen Zah-

Tab. 2. Bevölkerung am 31.12.2005 nach ausgewählten Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Anteil	Männlich	Weiblich	Frauenüberschuss
	Anzahl	%	Anzahl		Prozentpunkte
Insgesamt	7 993 946	100,0	3 917 958	4 075 988	2,0
0 - 20	1 703 114	21,3	874 164	828 950	-2,7
20 - 60	4 290 143	53,7	2 172 460	2 117 683	-1,3
60 und älter	2 000 689	25,0	871 334	1 129 355	12,9
60 - 65	445 042	5,6	220 939	224 103	0,7
65 und älter	1 555 647	19,5	650 395	905 252	16,4
65 - 70	525 399	6,6	254 756	270 643	3,0
70 - 75	360 033	4,5	164 650	195 383	8,5
75 - 80	297 560	3,7	122 233	175 327	17,8
80 und älter	372 655	4,7	108 756	263 899	41,6
80 - 85	217 061	2,7	68 605	148 456	36,8
85 - 90	92 591	1,2	24 614	67 977	46,8
90 - 95	45 642	0,6	10 336	35 306	54,7
95 und älter	17 361	0,2	5 201	12 160	40,1

Abb. 2. Bevölkerung 1987 bis 2005 nach Altersgruppen

- 31.12.1987 = 100 -



len für die einzelnen Senioren-Altersgruppen sind der Tabelle 2 zu entnehmen.

Betrachtet man die absolute Bevölkerungsentwicklung der jüngeren und älteren Altersgruppen seit der letzten Volkszählung 1987, so ergeben sich die in Abbildung 2 graphisch dargestellten Verläufe. Hier sticht insbesondere der deutliche Anstieg der ab 60-Jährigen in den letzten 18 Jahren ins Auge. Für das Jahr 2005 ergibt sich ein Indexwert von 131,3 bezogen auf 1987 = 100, d.h. ein Zuwachs dieser Bevölkerungsgruppe von über 30 %.

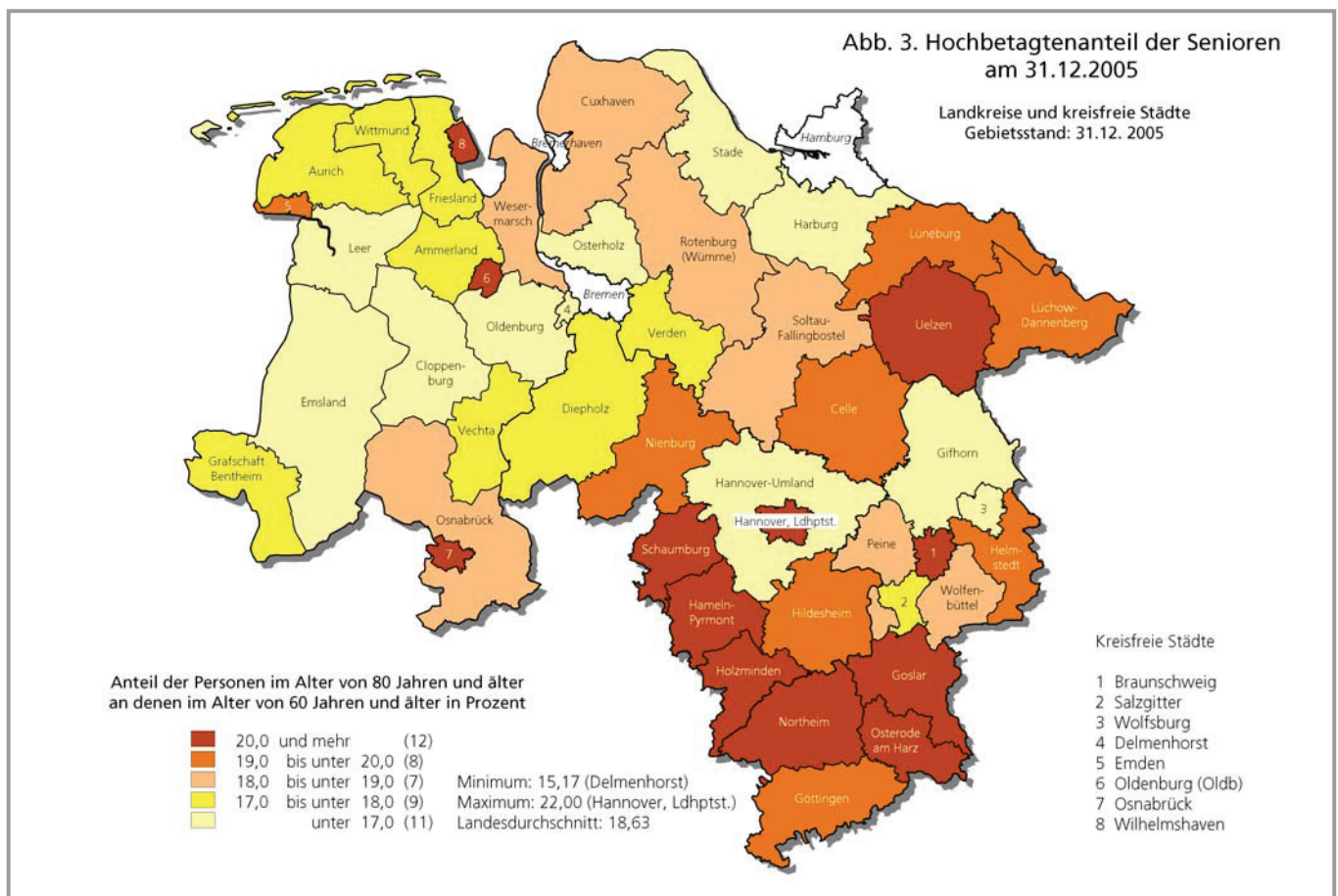
2.2. Regionale Verteilung der älteren Bevölkerung

Neben der zeitlichen Entwicklung des Senioren-Anteils an der Bevölkerung ist es interessant zu beobachten, wie sich die ältere Bevölkerung innerhalb der Regionen Niedersachsens verteilt. Hier gibt es deutliche Unterschiede. Sie werden in der Abbildung 27 (S. 88) dargestellt, die den Anteil der Personen ab 60 Jahren an der Gesamtbevölkerung in den niedersächsischen Kreisen und kreisfreien Städten Ende 2005 zeigt.

Auffällig hohe Anteile mit mehr als zwei Prozentpunkten über dem Landesdurchschnitt von 25 % finden sich vorwiegend im südniedersächsischen Berg- und Hügelland. Spitzenreiter ist der Landkreis Osterode am Harz mit einem Seniorenanteil von 31,1 %, gefolgt von Goslar (31,0), Lüchow-Dannenberg (30,4) und Holzminden (29,4). Sehr hohe Werte findet man auch in Hameln-Pyrmont (28,9), Cuxhaven (27,4) und Wilhelmshaven (29,2) sowie im Landkreis Uelzen (28,7). Alle diese Regionen sind touristisch

reizvoll – und damit als „Alterssitz“ interessant – oder strukturschwach und damit der Abwanderung jüngerer Menschen unterworfen. Dies führt in doppelter Hinsicht zu einer „Unterjüngung“, da durch die geringere Anzahl potentieller Mütter und Väter zusätzlich auch die Geburtenraten in diesen Regionen sinken. Der Hochbetagtenanteil der Bevölkerung (Personen ab 80 Jahre an der Gesamtbevölkerung) beträgt im Landesdurchschnitt 4,7 %. Sein Spitzenwert ist im Landkreis Goslar mit 6,7 % zu finden. Die räumliche Verteilung deckt sich weitgehend mit denjenigen der Anteile der (weiblichen) ab 60-Jährigen an der (weiblichen) Gesamtbevölkerung.

Die Abbildung 3 zeigt abschließend die Verteilung des Hochbetagtenanteils (ab 80-Jährige) an den ab 60-Jährigen, der ebenfalls regional variiert. Auffallend ist hierbei, dass in vielen der Landkreise und kreisfreien Städte mit einem ohnehin hohen Anteil an Senioren (südniedersächsisches Berg- und Hügelland, Uelzen) insbesondere viele Hochbetagte leben. Dies verstärkt den Bedarf an Pflegeplätzen und anderen sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen, die von den „jungen Alten“ weniger in Anspruch genommen werden. Parallel zu den professionellen Anbietern müssen auch die familiären Netzwerke verstärkt in Anspruch genommen werden. Dabei sind es oft die jüngeren Senioren selbst, die sich um die Betreuung und Pflege noch älterer Familienangehöriger kümmern. Spitzenwerte haben die Landeshauptstadt Hannover (22,0), Goslar (21,7), die kreisfreie Stadt Oldenburg (21,5), Hameln-Pyrmont (21,3) und Osterode am Harz (21,2). Speziell die kreisfreien Städte zeichnen sich bis auf Wolfsburg, Salzgitter und Delmenhorst durch überdurchschnittliche bis sehr hohe Werte aus.



2.3. Die ausländische Bevölkerung 1985 und 2005

Die Zahl der ausländischen Einwohner Niedersachsens hat sich in den letzten zwanzig Jahren um 68 % auf rund 461 500 Ende 2005 erhöht ¹⁰⁾. Darunter waren 49 Tsd. im Alter von 60 Jahren und älter, 45 % davon Frauen. Während sich das Geschlechterverhältnis der älteren Personen gegenüber 1985 nicht geändert hat, ist ihre Anzahl um 266 % gestiegen. Damit leben heute deutlich mehr ältere ausländische Mitbürger in Niedersachsen als vor 20 Jahren. Der Anteil der ab 60-Jährigen an der ausländischen Bevölkerung insgesamt ist in diesem Zeitraum von 4,9 auf 10,7 % gestiegen. Er liegt damit aber immer noch deutlich niedriger als in der niedersächsischen Bevölkerung insgesamt (25 %), was auch in einem höherem Kinder- und Jugendanteil begründet liegt ¹¹⁾.

Einer der Hauptgründe für diesen Zuwachs liegt sicherlich in der inzwischen gealterten Zuwanderungsgeneration aus den 1960-er Jahren („Gastarbeiter“). Durch den seit 1950 einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung konnte der Arbeitskräftebedarf in der Bundesrepublik ab etwa 1961 nicht mehr ohne zusätzliche ausländische Arbeits-

kräfte abgedeckt werden ¹¹⁾. In Niedersachsen konzentrierte sich der Bedarf auf die wachsende Industrie in den Regionen Hannover, Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg. Der 1973 erlassene Anwerbestopp beendete diese Phase der Zuwanderung.

Die damals zugewanderten tendenziell jüngeren Arbeitskräfte haben, sofern sie Niedersachsen nicht wieder verlassen haben, inzwischen vielfach hier das Rentenalter erreicht. 1985 waren 46 % der ab 60-jährigen Ausländer seit mindestens 30 Jahren in Deutschland ¹²⁾. 2005 waren es bereits 66 %.

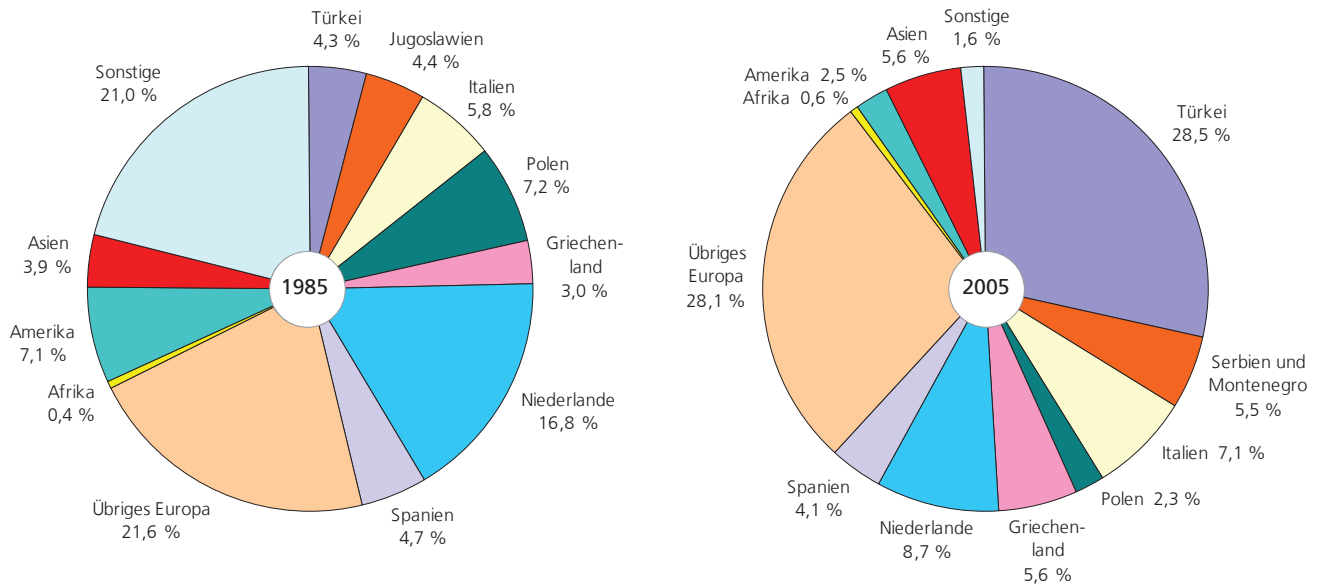
Die Abbildung 4 zeigt die Zusammensetzung der älteren ausländischen Bevölkerung nach den wichtigsten Staatsangehörigkeiten. Während 1985 noch die Niederlande mit 16,8 % den Spitzenplatz unter den einzelnen Nationalitäten einnahmen, waren es 2005 die Türken mit einem Anteil von 28,5 %, was einem Zuwachs von rund 24 Prozentpunkten entspricht.

11) Vgl. Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1995

12) Die Aufenthaltsdauer wird ohne Berücksichtigung von Unterbrechungen als Differenz zwischen Auszählungstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet ermittelt. Die Aufenthaltsdauer kann daher keinen Aufschluss darüber geben, wie viele Ausländerinnen und Ausländer sich seit ihrer ersten Einreise ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

10) Die hier dargestellten Angaben zur ausländischen Bevölkerung stammen aus dem Ausländerzentralregister (AZR), das vom Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln geführt wird.

Abb. 4. Ausländer im Alter von 60 und mehr Jahren am 31.12.
nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten



2.4. Haushalte von Senioren und Familienstand

Im Jahr 2005 gab es laut Mikrozensus, der jährlichen repräsentativen 1%-Stichprobe, durchschnittlich 3 762 700 Privathaushalte in Niedersachsen. In 30 % von ihnen war mindestens eines der Haushaltsmitglieder 65 Jahre oder älter, in knapp 24 % sogar alle. Fast 100 000 Haushalte beherbergten wenigstens eine ab 85-jährige Person,

ausschließlich Menschen dieser hochbetagten Altersgruppe wohnten in immerhin 2 % der niedersächsischen Haushalte.

Zum Vergleich: In ebenfalls rund 1,2 Millionen oder 31,5 % Privathaushalten lebten zur selben Zeit Familien oder andere Lebensgemeinschaften mit Kindern ¹³⁾.

13) ledig und ohne Altersbegrenzung

Abb. 5. Anteil der Haushalte mit älteren Personen an allen Haushalten 2005

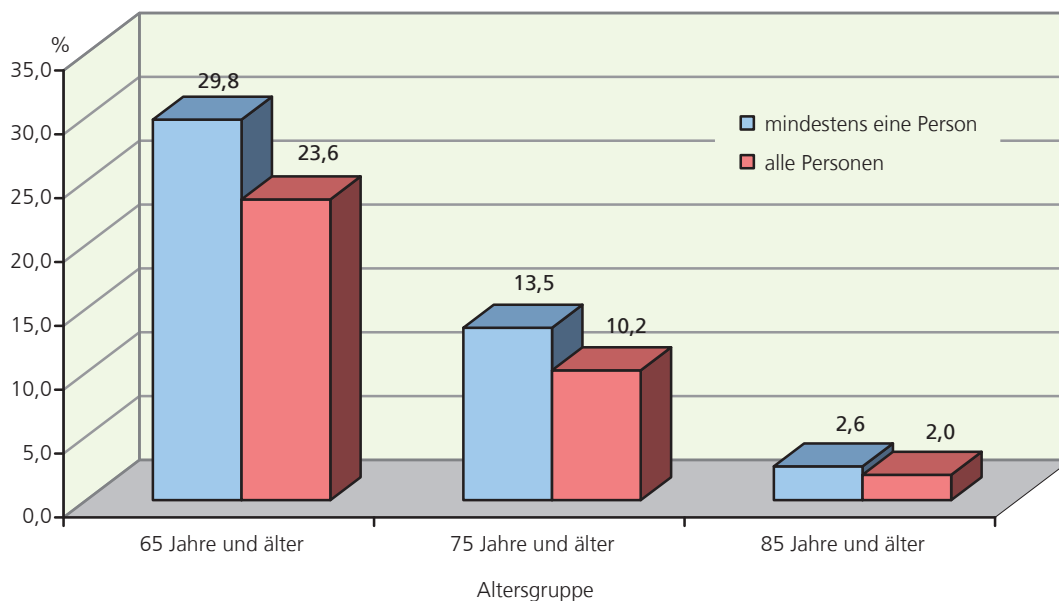
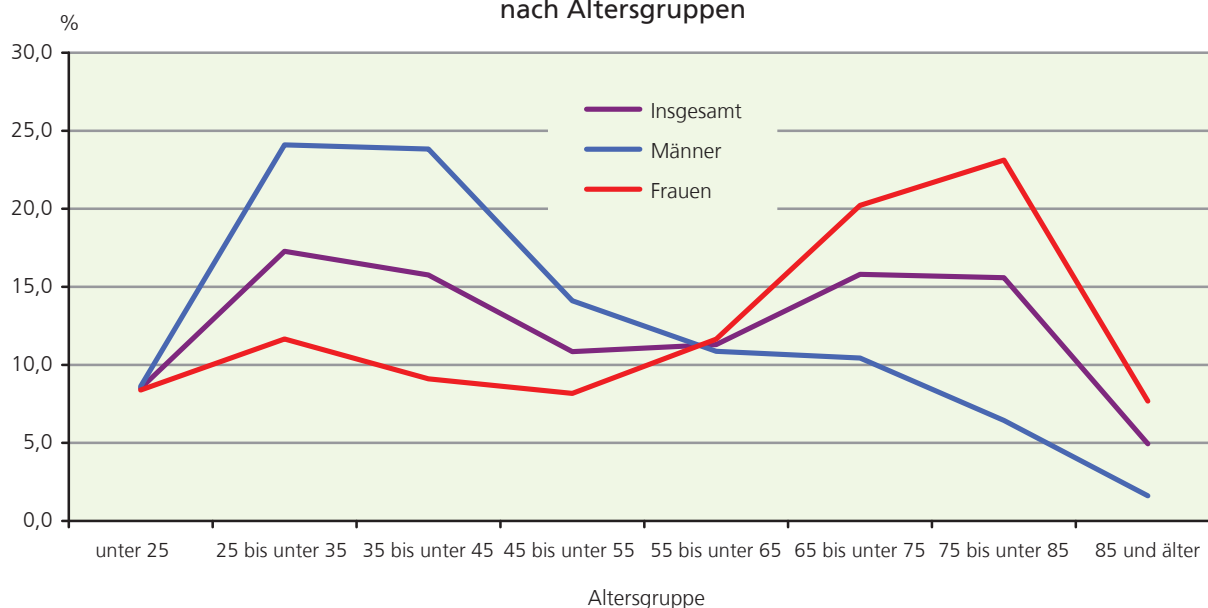


Abb. 6. Anteile der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten 2005
nach Altersgruppen



Betrachtet man speziell die Einpersonenhaushalte, deren Anteil an allen Haushalten inzwischen 38 % beträgt, so entfällt ein gutes Drittel auf die Haushalte der älteren Menschen ab 65 Jahren. Hierbei gibt es deutliche geschlechterspezifische Unterschiede. Während die Zahl der alleinlebenden Männer ab dem mittleren Lebensalter stetig abnimmt, steigt die Zahl der alleinlebenden Frauen bis zum Alter von 84 Jahren an. Bei den mindestens 85-Jährigen kommt ein männlicher Einpersonenhaushalt auf fast sechs weibliche. Die Gründe hierfür liegen neben der traditionelleren Lebensweise der älteren Generationen, die die Haushaltsführung der Frau überlässt, natürlich auch in der höheren Lebenserwartung sowie dem größeren Bevölkerungsanteil der Frauen in diesen Altersgruppen.

Die Aussagen über die alleinstehenden Personen decken sich mit denen über die Alleinlebenden ¹⁴⁾. Die über 64-Jährigen stellen knapp 37 % der Alleinstehenden in Niedersachsen, gut Dreiviertel von ihnen sind Frauen. Die gleichen Anteile findet man bei den Alleinstehenden in Einpersonenhaushalten. Nur etwa acht Prozent der alleinstehenden älteren Menschen leben nicht allein.

14) Alleinlebende sind ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die in einem Einpersonenhaushalt leben. Die Alleinlebenden sind eine Untergruppe der Alleinstehenden.

Alleinstehende sind ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die im Ein- oder Mehrpersonenhaushalt ohne Ehe- oder Lebenspartner/in und ohne ledige Kinder leben. Sie können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen (Nichtverwandten) teilen, beispielsweise in einer Studenten-Wohngemeinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit (nicht geradlinig bzw. seiten-) verwandten Haushaltsmitgliedern leben, beispielsweise als Onkel, Tante, Bruder, Schwester, Cousin oder Cousine. Unbedeutend ist hierbei der Familienstand der allein stehenden Person. Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden als Alleinlebende bezeichnet.

Familienstand

76 % der Männer und 45 % der Frauen ab 65 Jahren sind verheiratet, während mit 45 bis unter 55 Jahren jeweils knapp 74 % Teil eines Ehepaares sind. Damit vollzieht sich bei den Senioren ein geschlechtsspezifischer Wandel, der aber durch den deutlichen Frauenüberschuss und die höhere Lebenserwartung der Frauen dieses Bevölkerungsteils erklärbar ist.

2.5. Wanderungen: Zu- und Fortzüge von Senioren

Ältere Menschen über 65 Jahre sind in der Regel im Ruhestand und unterliegen daher nicht mehr den Zwängen des Erwerbslebens. Vor allem müssen sie nicht mehr ihren Wohnsitz in der räumlichen bzw. zeitlichen Nähe des Arbeitsortes ansiedeln, sondern sind freier in ihrer Wahl. Man kann – die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten vorausgesetzt – also dorthin ziehen, wo es landschaftlich und kulturell interessant ist, wo man seine eigenen biographischen Wurzeln hat oder auch dorthin, wo die Kinder und Enkel wohnen. Von hoher Bedeutung ist auch das Vorhandensein einer seniorengerechten Infrastruktur am Zielort. Andererseits gibt es auch Faktoren, die ältere Menschen zum Fortzug drängen. Dazu gehören – vor allem in städtischen Gebieten – hohe Mieten und die Ballung von sozialen Problemlagen mit unschönen Begleiterscheinungen wie Verwahrlosung des öffentlichen Raumes und Kriminalität in manchen Quartieren.

Die genannten „Push“- und „Pull“-Faktoren führen insgesamt dazu, dass viele Senioren die Großstädte verlassen

und sich im oft großstadtnahen, aber eher ländlich geprägten Raum niederlassen. In den Jahren 2004 und 2005 zusammen wurden in Niedersachsen insgesamt 38 641 Zuzüge von Senioren über 65 Jahre über die Kreisgrenzen registriert. Diesen standen 35 449 Fortzüge gegenüber, so dass sich landesweit ein positiver Wanderungssaldo von 3 192 ergibt.

In der regionalen Struktur ist auffällig, dass alle kreisfreien Städte und auch die Landeshauptstadt Hannover einen negativen Saldo der Seniorenwanderung aufweisen. In der Summe der beiden Jahre verlieren z.B. die Städte Hannover im Saldo 786 Personen, Braunschweig 504 Personen und Osnabrück 385 Personen. Gewinne weisen gar nicht mal so sehr die touristisch interessanten Regionen von Harz, Solling und Weserbergland auf, im Gegenteil: Die Landkreise Goslar (- 127), Holzminden (- 99) und Hameln-Pyrmont (- 5) haben sogar Verluste und Osterode am Harz ist mit + 9 nur knapp im positiven Bereich.

Erhebliche Gewinne in der Seniorenwanderung wiesen in der Summe der Jahre 2004 und 2005 vor allem Landkreise auf, die im großstadtnahen Bereich liegen. An der Spitze liegen Cuxhaven (+ 424), Harburg (+ 393) und Stade (+ 321) im Hamburger Umland. Hohe Werte erreichen aber auch Kreise im Bremer Umland (Diepholz + 263, Osterholz + 231, Verden + 290) sowie im Umfeld von Hannover. So erreicht der LK Schaumburg einen Wert von + 308, und der LK Peine, der Zuzug aus Braunschweig und Hannover erfährt, ist mit + 252 der einzige Kreis im südöstlichen Niedersachsen mit nennenswertem Positivsaldo der Seniorenwanderung.

Insgesamt ergibt sich: Die Seniorenwanderung geht im Trend von den Großstädten weg in den großstadtnahen Raum. Die oft beschworene „Rückbesinnung“ der Senioren auf die Großstadt lässt sich empirisch nicht belegen.

2.6. Sterbefälle: Krankheiten des Kreislaufsystems sind im höheren Alter die Todesursache Nummer Eins

In der Todesursachenstatistik werden alle Sterbefälle der Wohnbevölkerung Niedersachsens nach der zugrunde liegenden Todesursache ausgewiesen. Diese Statistik dient zum einen der Abbildung der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung und zum anderen als Grundlage für gesundheitspolitische Weichenstellungen. Unter anderem ältere Menschen und ihre speziellen Risiken stehen hier im Fokus. Die Anzahl der Verstorbenen, die 60 Jahre oder älter geworden sind, werden im Folgenden in 5-er Altersgruppen dargestellt. Personen ab 85 Jahre werden dabei zu einer Altersgruppe zusammengefasst.

Im Jahr 2005 starben 82 976 Niedersachsen. Davon entfielen 73 115 Verstorbene auf die Altersgruppen der Personen ab 60 Jahre. Das entspricht etwa 88,1 %. Das mittlere Sterbealter lag bei 76,2 Jahren.

Zu den häufigsten Todesursachen zählten mit 36 896 Sterbefällen die Krankheiten des Kreislaufsystems. Von diesen entfielen mit 34 910 Sterbefällen 94,6 % in die Altersgruppe der Personen ab 60 Jahre. In der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen starben mit 1 264 Personen 27,2 % an Krankheiten des Kreislaufsystems. Mit steigen-

Abb. 7. Sterbefälle der ab 60-Jährigen 2005 nach ausgewählten Todesursachen

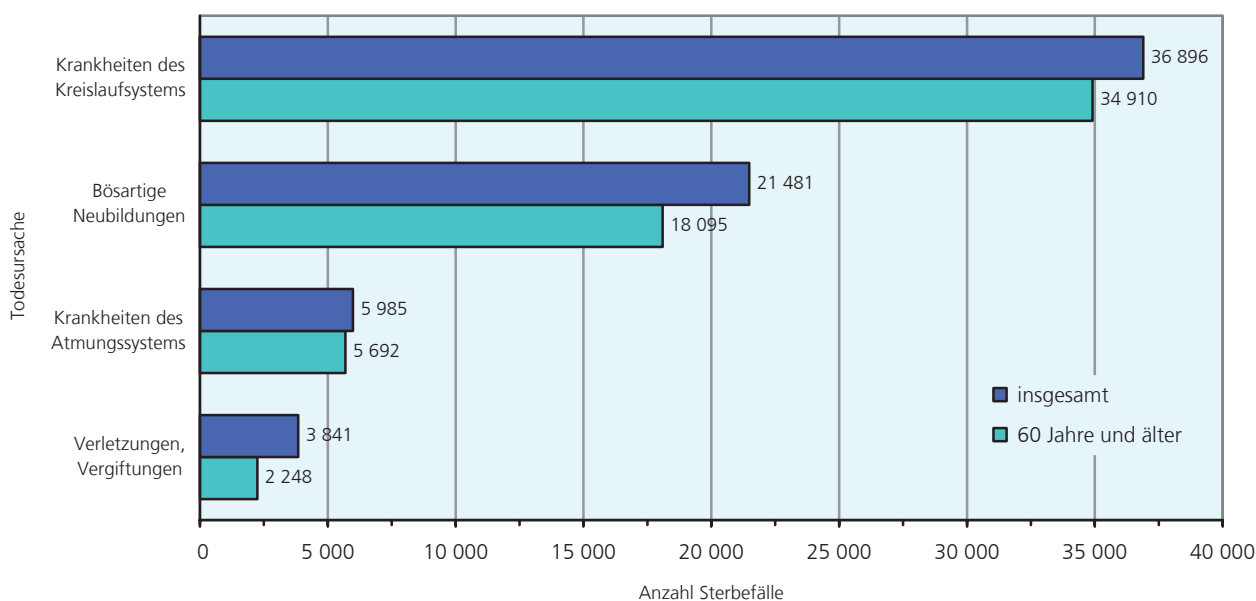
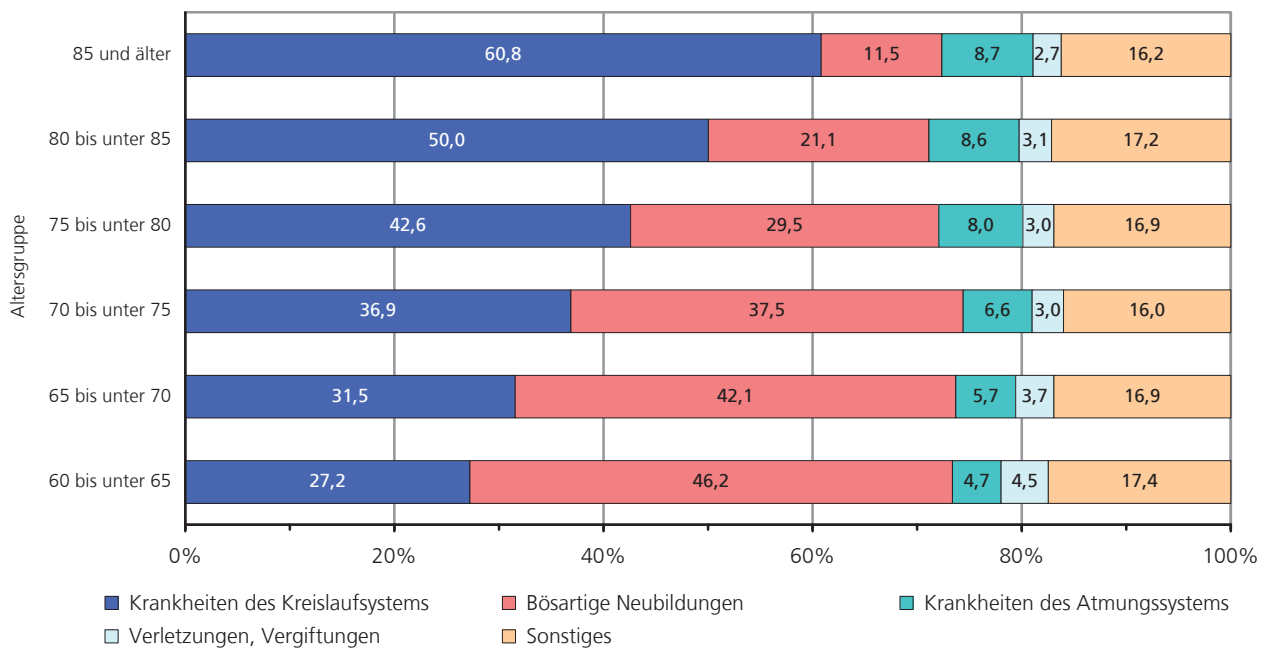


Abb. 8. Sterbefälle 2005 nach ausgewählten Todesursachen und Altersgruppen



dem Alter tritt diese Todesursache häufiger in Erscheinung. Ab einem Alter von 85 Jahren erlagen 15 538 Personen (60,8 %) den Krankheiten des Kreislaufsystems.

Die zweithäufigste Anzahl an Sterbefällen ist mit 21 481 Personen auf bösartige Neubildungen zurückzuführen. 18 095 Personen bzw. 84,2 % waren 60 Jahre und älter. In der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen starben 2 143 Personen (46,2 %) an dieser Todesursache. In den Altersgruppen von 60 bis unter 75 Jahren sind bösartige Neubildungen die häufigste Todesursache. In den höheren Altersgruppen nimmt diese Todesursache anteilmäßig kontinuierlich ab.

Bei 5 985 Personen waren Krankheiten des Atmungssystems die Ursache für den Tod. 5 692 Personen bzw. 95,1 % waren älter als 60 Jahre. Mit 216 Personen bzw. einem Anteil von 4,7 % hatte diese Todesursache einen eher geringen Anteil an allen Sterbefällen in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen. Die Anzahl der Sterbefälle dieser Todesursache nimmt in den höheren Altersgruppen stetig zu. Bei Personen ab 85 Jahre erlagen 2 228 Personen (8,7 %) Krankheiten des Atmungssystems.

An Verletzungen, Vergiftungen und bestimmten Folgen äußerer Ursachen sind insgesamt 3 841 Personen gestorben. 2 248 Verstorbene bzw. 58,5 % aller Sterbefälle dieser Todesursache betrafen Personen ab 60 Jahre. In der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen sind 210 Personen daran gestorben (4,5 %). Obwohl die Sterbehäu-

figkeit durch Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte Folgen äußerer Ursachen in den höheren Altersgruppen zunimmt, ist der Anteil dieser Todesursache an allen Sterbefällen in den höheren Altersgruppen rückläufig.

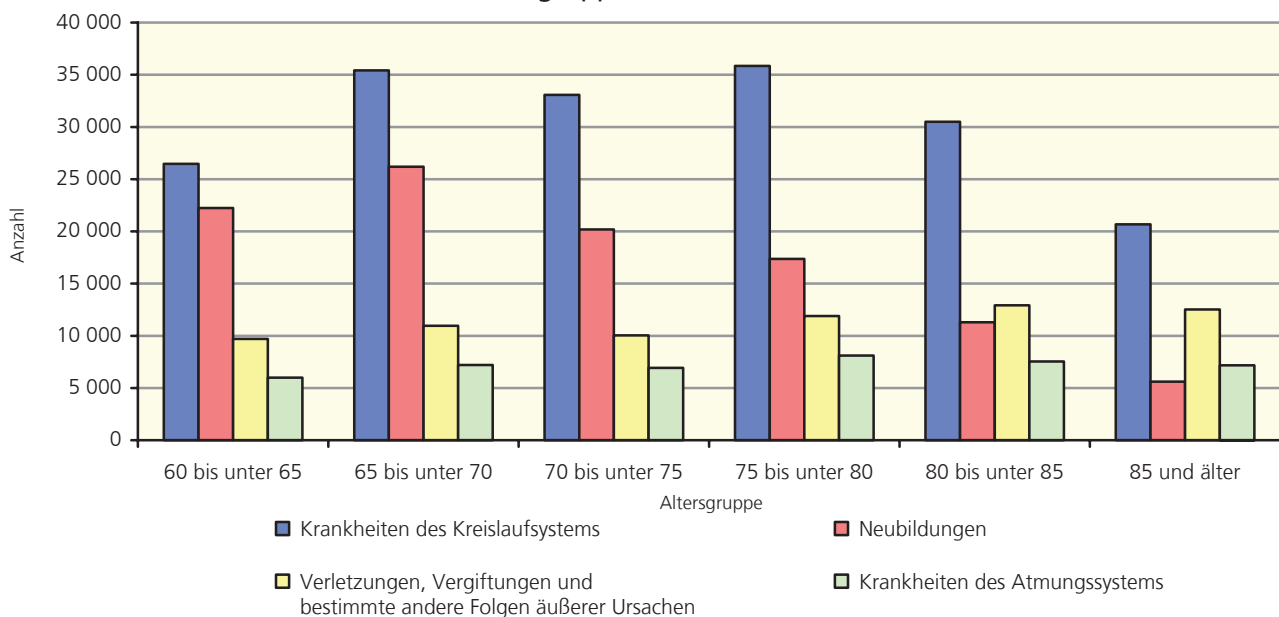
3. Soziale Lage und Partizipation am gesellschaftlichen Leben

Im fortgeschrittenen Alter erhöht sich das Krankheitsrisiko, immer mehr Menschen sind bei der Bewältigung ihres Alltags auf fremde Hilfe angewiesen. Der Wechsel in den Ruhestand führt zu einer Neugestaltung des Alltags. Die Erwerbsarbeit spielt nur noch teilweise eine Rolle. Kapitel 3 beleuchtet diese Veränderungsprozesse mit Beginn des Seniorenalters aus statistischer Sicht.

3.1 Gesundheit und altersbedingte Risiken

Ältere Menschen sind häufiger als jüngere von Krankheiten und gesundheitlichen Einschränkungen betroffen. Wie der Mikrozensus 2005 im Rahmen seines freiwilligen Erhebungsteiles ermittelte, hängt der Krankenstand stark mit dem Alter zusammen. Insgesamt fühlten sich im Jahr 2005 12,5 % der Niedersachsen krank. Junge Menschen fühlen sich meistens gesund, doch schon ab dem 35. Lebensjahr steigen die durchschnittlichen Krankenstände. Bei den 65- bis unter 70-Jährigen lag der Anteil der Kranken bei 15,6 %, bei den 70- bis unter 75-Jährigen bei 21,5 % und bei den über 75-Jährigen sogar bei 27,5 %.

Abb. 9. Vollstationäre Behandlungsfälle nach ausgewählten Diagnosekapiteln und Altersgruppen 2004 (nach Wohnort)



3.1.1. Krankheiten des Kreislaufsystems sind bei Personen ab 60 Jahren die häufigste Erkrankungsform

Im Rahmen der Krankenhausstatistik gab es im Jahr 2004 insgesamt 1 627 847 Fälle, in denen Bürger aus Niedersachsen vollstationär behandelt worden sind. Dabei hatten Personen ab 60 Jahren mit 757 661 Behandlungsfällen einen Anteil von 46,5 %.

Die Anzahl der Behandlungsfälle von Personen, die 60 Jahre oder älter waren, wird im Folgenden in 5-er Altersgruppen dargestellt. Personen ab 85 Jahre werden dabei zu einer Altersgruppe zusammengefasst. Es ist anzumerken, dass die unterschiedliche Besetzung der Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen nicht berücksichtigt worden ist (siehe dazu das Kapitel über die Bevölkerung). Lediglich die Anzahl der Behandlungsfälle je Altersgruppe wird beschrieben.

Krankheiten des Kreislaufsystems bilden mit 238 371 Behandlungsfällen die häufigste Form der Erkrankungen. 181 971 vollstationäre Behandlungen – also etwa drei Viertel der Fälle – betraf Personen ab 60 Jahren. Insbesondere in den Altersgruppen zwischen 65 und 85 Jahren wurden viele Personen aufgrund dieser Form der Erkrankung behandelt. Hier ist die Anzahl der Behandlungsfälle in den einzelnen Altersgruppen mit jeweils über 30 000 Fällen besonders hoch.

102 860 der 164 953 Behandlungsfälle von bösartigen und gutartigen Neubildungen (62,3 %) lassen sich bei

Personen ab 60 Jahren beobachten. In der Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen ist die Anzahl mit 26 190 Fällen am höchsten. In den Altersgruppen ab 70 Jahren gehen die Behandlungsfälle kontinuierlich zurück.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen. 68 054 der 160 108 Behandlungsfälle betraf die Altersgruppe der Personen ab 60 Jahren (42,5 %). Die Anzahl der Behandlungsfälle nimmt bei dieser Erkrankungsform von 9 706 Personen in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen auf 12 922 Personen in der Altersgruppe ab 85 Jahren sukzessiv zu.

Krankheiten des Atmungssystems wurden 104 955 mal behandelt. Mit einer Anzahl von 42 935 Behandlungsfällen haben Personen ab 60 Jahren einen Anteil von 40,9 % an dieser Erkrankungsform. Die Anzahl der Behandlungsfälle schwankt in allen Altersgruppen zwischen 5 990 und 8 100 Fällen.

3.1.2. Schwerbehinderte Menschen

In Deutschland wird seit 1979 in zweijährlichem Turnus zum Erhebungsstichtag 31. Dezember eine Bundesstatistik über schwerbehinderte Menschen durchgeführt. Das Behinderten- und Rehabilitationsrecht wurde 2001 in das Neunte Buch des Sozialgesetzbuches – Rehabilitation und Teilhabe schwerbehinderter Menschen – eingeordnet. Die Rechtsgrundlage der Schwerbehindertenstatistik ist § 131 SGB IX. Seit 1987 werden Daten über schwerbehinderte

Tab. 3. Schwerbehinderte Menschen nach Altersgruppen und Anteil an der Bevölkerung

Jahr Schwerbehinderte Bevölkerung am 31.12. Anteil Schwerbehinderter	Schwer- behinderte insgesamt	Darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren					Schwerbehinderte im Alter von 65 Jahren und älter insgesamt
		65 - 80	80 - 85	85 - 90	90 - 95	95 und älter	
1995							
Schwerbehinderte	616 964	228 068	47 802	26 492	8 763	1 806	312 931
Bevölkerung		920 475	188 091	103 875	33 414	6 490	1 252 345
Anteil der Schwerbehinderten in %		24,8	25,4	25,5	26,2	27,8	25,0
2005							
Schwerbehinderte	649 037	242 317	67 250	31 513	17 188	5 367	363 635
Bevölkerung		1 182 992	217 061	92 591	45 642	17 361	1 555 647
Anteil der Schwerbehinderten in %		20,5	31,0	34,0	37,7	30,9	23,4

Tab. 4. Schwerbehinderte Menschen nach Altersgruppen und dem Grad der Behinderung

Jahr dar. im Alter von ... bis unter ... Jahren	Schwerbehinderte						
	Insgesamt	Grad der Behinderung					
		50	60	70	80	90	100
1995							
Insgesamt	616 964	180 971	107 622	80 381	86 533	37 501	123 956
65 - 80	228 068	63 607	44 875	35 732	34 463	15 914	33 477
80 - 85	47 802	6 374	6 617	7 476	9 509	5 436	12 390
85 - 90	26 492	2 407	2 750	3 386	5 595	3 316	9 038
90 - 95	8 763	498	645	864	1 777	1 113	3 866
95 und älter	1 806	81	84	137	295	241	968
2005							
Insgesamt	649 037	194 449	107 076	75 509	79 327	35 359	157 317
65 - 80	242 317	76 008	45 936	31 816	28 691	14 159	45 707
80 - 85	67 250	13 269	11 024	10 075	9 986	5 577	17 319
85 - 90	31 513	4 600	4 277	4 266	4 945	2 937	10 488
90 - 95	17 188	1 670	1 752	1 979	2 633	1 647	7 507
95 und älter	5 367	323	394	495	724	510	2 921

Menschen mit einem gültigen Ausweis erfasst, bis dahin wurden schwerbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 30 einbezogen. Neben persönlichen Merkmalen der schwerbehinderten Menschen wie Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnort werden auch Art, Ursache und der Grad der Behinderung erfasst.

Tabelle 3 stellt die Zahl der schwerbehinderten Menschen nach Altersgruppen und ihrem Anteil an der Bevölkerung für 1995 und 2005 dar. Nach der Schwerbehindertenstatistik zum 31. Dezember 2005 lebten in Niedersachsen insgesamt 649 037 schwerbehinderte Menschen. Dies entspricht einem Anteil von 8,1 % an der Bevölkerung. Von diesen schwerbehinderten Menschen ist mehr als jeder zweite über 65 Jahre alt.

Tabelle 4 stellt die Zahl der schwerbehinderten Menschen nach Altersgruppen und ihrem Grad der Behinderung dar. Im Sinne des Neunten Buches des Sozialgesetzbuches ist ein Mensch behindert, wenn seine körperlichen Funktionen, geistigen Fähigkeiten oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher seine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beein-

trächtigt ist. Die Schwere seiner Behinderung wird durch den Grad der Behinderung (GdB) nach Zehnergraden bestimmt. Danach liegt eine Behinderung vor bei einem GdB von mindestens 20 und eine Schwerbehinderung ab einem GdB von 50.

Erwartungsgemäß haben Personen fortgeschrittenen Alters aufgrund ihrer multimorbiden Erkrankungen einen hohen GdB. Von Multimorbidität spricht man, wenn bei einer einzelnen Person gleichzeitig mehrere Krankheiten vorliegen. Während beispielsweise 2005 in der Altersgruppe der 65- bis unter 80-Jährigen nur 18,9 % (45 707 Personen) einen GdB 100 besaßen, waren dies im Alter von 95 Jahren und älter schon 54,4 % (2 921 Personen), beide Male gemessen an der Gesamtzahl der schwerbehinderten Menschen dieser Altersgruppe.

Im Zusammenhang mit Tabelle 5 wird diese Aussage noch deutlicher. Häufigste Behinderungsart bei den 65- bis unter 80-Jährigen war 2005 mit 30,7 % die Beeinträchtigung von inneren Organen. Am zweithäufigsten treten Fälle mit Funktionseinschränkungen auf. Und zwar sind zu 18,9 % Wirbelsäule und Rumpf und zu 16,8 % Gliedmaßen betroffen. Dagegen waren unter allen 95-jährigen und älteren schwerbehinderten Menschen 24,8 %

Tab. 5. Schwerbehinderte Menschen nach Altersgruppen und Art der Behinderung

Jahr	Schwerbehinder-te Men-schen am 31.12.	Davon nach Art der Behinderung								
		Verlust oder Teilverlust von Glied-maßen	Funktionseinschränkung		Blindheit und Seh-bein-derung	Sprech-, Sprach-, Gleichgew.-störung, Taubheit, Schwerhörigk.	Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellun-gen u.a.	Beein-trächti-gung von inneren Organen	Querschnitt-lähmung, geistig-seelische Behinderung, Suchterkrank.	Sonstige und un-genügend bezeichnete Behinde-rungen
			von Glied-maßen	der Wirbelsäule, des Rumpfes						
1995										
Insgesamt	616 964	13 923	90 399	112 737	33 830	24 100	16 101	175 769	91 375	58 730
65 - 80	228 068	7 152	37 561	47 858	10 785	7 833	5 092	73 695	17 579	20 513
80 - 85	47 802	1 447	8 373	9 100	4 952	1 980	877	14 097	4 192	2 784
85 - 90	26 492	502	4 178	4 880	4 115	1 287	299	7 522	2 544	1 165
90 - 95	8 763	95	1 124	1 645	1 796	412	74	2 350	923	344
95 und älter	1 806	13	207	242	498	69	13	475	207	82
2005										
Insgesamt	649 037	7 516	95 633	94 857	37 075	26 796	13 043	174 158	117 208	82 751
65 - 80	242 317	2 738	40 639	45 702	11 560	9 639	4 798	74 290	26 831	26 120
80 - 85	67 250	1 381	12 643	11 803	6 060	2 789	976	17 215	6 965	7 418
85 - 90	31 513	556	5 701	5 161	4 316	1 431	387	7 175	3 477	3 309
90 - 95	17 188	207	2 606	2 663	3 472	939	175	3 226	2 233	1 667
95 und älter	5 367	44	618	782	1 331	319	39	942	775	517

Blinde und Sehbehinderte. Danach folgen 17,6 % Schwerbehinderte, die an der Beeinträchtigung der inneren Organe leiden, und 14,6 %, die mit einer Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes leben.

3.1.3. Pflegegeldempfänger, Pflegebedürftige und Pflegepersonal

Die Pflegestatistik setzt sich aus zwei getrennt durchgeführten Teilstatistiken zusammen. Den Berichtskreis der Statistik der Pflegeeinrichtungen bilden die ambulanten Pflegedienste und stationäre Pflegeheime mit einem Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI. Erhoben werden Daten über die Pflegeeinrichtungen und deren Personal sowie über die von den Einrichtungen betreuten Pflegebedürftigen. Ziel ist es, Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig zu erkennen und angemessen reagieren zu können. Erhebungstichtag ist der 15. Dezember eines Berichtsjahres.

Die zweite Teilstatistik basiert auf den Dateien der Pflegekassen über die Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeld nach SGB XI. Erhoben werden Daten über die Empfänger von Pflegegeld (§ 37 SGB XI) einschließlich der Empfänger von Kombinationsleistungen (§ 38 SGB XI). Mit der Erhebung sollen umfassende und zuverlässige statistische Daten über die häusliche Pflege bereitgestellt werden. Da der weit überwiegende Teil der Pflegebedürftigen Pflegegeldleistungen in Anspruch nimmt, wird diese Erhebung als Ergänzung zur Erhebung der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen durchgeführt. Somit kann ein statistisches Gesamtbild über den Bereich der häuslichen Pflege sichergestellt werden. Erhebungstichtag ist der 31. Dezember eines Berichtsjahres.

Beide Teilstatistiken werden 2-jährlich durchgeführt.

In Tabelle 6 sind die Leistungsempfängerinnen und -empfänger für 1999 bis 2003 nach Art der Leistung abgebildet. In Niedersachsen gab es demnach 1999 insgesamt 209 257 pflegebedürftige Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten haben. Davon erhielten 107 578 Personen (51,4 %) ausschließlich Pflegegeld, 40 421 Personen (19,3 %) wurden durch ambulante Pflegedienste betreut und 61 258 Personen (29,3 %) waren in stationären Pflegeheimen untergebracht. Die Zahl der Leistungsempfänger stieg 2001 um 1,8 % (3 847) auf insgesamt 213 104 Personen und 2003 nochmals um 2,5 % (5 259).

Tab. 6. Leistungsempfängerinnen und -empfänger 1999 bis 2003 nach Art der Leistung

Jahr	Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger	Betreuung durch Pflegedienste	Betreuung in Pflegeheimen	Leistungsempfängerinnen und -empfänger zusammen
1999				
Pflegebedürftige insgesamt	107 578	40 421	61 258	209 257
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner	14	5	8	26
2001				
Pflegebedürftige insgesamt	103 918	43 121	66 065	213 104
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner	13	5	8	27
2003				
Pflegebedürftige insgesamt	100 028	47 398	70 937	218 363
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner	13	6	9	27

Tab. 7. Leistungsempfängerinnen und -empfänger 2003 nach Art der Leistung und regionaler Gliederung

Schl.-Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Bezirk Land	Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger		Betreuung durch Pflegedienste		Betreuung in Pflegeheimen		Leistungsempfängerinnen und -empfänger zusammen	
		Pflege- bedürftige	je 1 000 Einwohner	Pflege- bedürftige	je 1 000 Einwohner	Pflege- bedürftige	je 1 000 Einwohner	Pflege- bedürftige	je 1 000 Einwohner
101	Braunschweig, Stadt	2 824	12	1 475	6	2 397	10	6 696	27
102	Salzgitter, Stadt	2 053	19	715	7	1 108	7	3 876	35
103	Wolfsburg, Stadt	1 668	14	654	5	819	7	3 141	26
151	Gifhorn	2 266	13	836	5	1 047	6	4 149	24
152	Göttingen	2 829	11	1 389	5	2 571	10	6 789	26
153	Goslar	2 067	13	1 259	8	2 163	14	5 489	36
154	Helmstedt	1 252	13	664	7	1 136	12	3 052	31
155	Northeim	2 591	17	1 203	8	1 567	11	5 361	36
156	Osterode am Harz	1 420	17	448	5	1 571	19	3 439	41
157	Peine	1 888	14	624	5	1 464	11	3 976	30
158	Wolfenbüttel	1 494	12	637	5	1 164	9	3 295	26
1	Braunschweig	22 352	13	9 904	6	17 007	10	49 263	30
241	Region Hannover	11 757	10	5 783	5	10 074	9	27 614	25
241001	dar. Landeshauptstadt Hannover	4 942	10	2 903	6	5 176	10	13 021	25
251	Diepholz	2 608	12	1 224	6	1 901	9	5 733	27
252	Hamelnd-Pyrmont	2 295	14	1 331	8	1 733	11	5 359	33
254	Hildesheim	4 155	14	2 139	7	3 389	12	9 683	33
255	Holzminde	980	12	623	8	886	11	2 489	31
256	Nienburg (Weser)	1 630	13	641	5	1 357	11	3 628	29
257	Schaumburg	2 369	14	833	5	2 187	13	5 389	32
2	Hannover	25 794	12	12 574	6	21 527	10	59 895	28
351	Celle	2 521	14	1 273	7	1 996	11	5 790	32
352	Cuxhaven	2 755	13	1 445	7	2 060	10	6 260	30
353	Harburg	2 426	10	1 429	6	1 577	7	5 432	23
354	Lüchow-Dannenberg	810	16	374	7	584	11	1 768	34
355	Lüneburg	1 959	11	1 051	6	1 667	10	4 677	27
356	Osterholz	1 354	12	846	8	1 121	10	3 321	30
357	Rotenburg (Wümme)	1 834	11	960	6	1 156	7	3 950	24
358	Soltau-Fallingbostel	1 531	11	839	6	1 241	9	3 611	25
359	Stade	1 941	10	830	4	1 504	8	4 275	22
360	Uelzen	1 007	10	535	5	1 144	12	2 686	28
361	Verden	1 285	10	645	5	1 334	10	3 264	24
3	Lüneburg	19 423	11	10 227	6	15 384	9	45 034	27
401	Delmenhorst, Stadt	1 022	13	263	3	399	5	1 684	22
402	Emden, Stadt	678	13	339	7	468	9	1 485	29
403	Oldenburg (Oldb.), Stadt	1 465	9	1 159	7	1 431	9	4 055	26
404	Osnabrück, Stadt	1 358	8	894	5	1 204	7	3 456	21
405	Wilhelmshaven, Stadt	961	11	497	6	900	11	2 358	28
451	Ammerland	1 186	10	576	5	753	7	2 515	22
452	Aurich	3 338	18	1 494	8	1 229	6	6 061	32
453	Cloppenburg	2 404	16	688	4	879	6	3 971	26
454	Emsland	5 976	19	2 144	7	1 564	5	9 684	31
455	Friesland	1 125	11	675	7	895	9	2 695	27
456	Grafschaft Bentheim	1 710	13	929	7	947	7	3 586	27
457	Leer	2 220	13	929	6	737	4	3 886	24
458	Oldenburg	1 314	11	696	6	1 024	8	3 034	24
459	Osnabrück	3 780	11	1 920	5	2 429	7	8 129	23
460	Vechta	1 701	13	795	6	942	7	3 438	26
461	Wesermarsch	1 275	14	536	6	915	10	2 726	29
462	Wittmund	946	16	159	3	303	5	1 408	27
4	Weser-Ems	32 459	13	14 693	6	17 019	7	64 171	26
	Niedersachsen	100 028	13	47 398	6	70 937	9	218 363	27

Für das Jahr 2003 wurden die Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach Art der Leistung und regionaler Gliederung in Tabelle 7 dargestellt. 2003 lebten in Niedersachsen insgesamt 218 363 Personen, die berechtigt waren, Leistungen nach SGB XI zu erhalten. Je 1 000 Einwohner entspricht das 27 Personen. Davon erhielten 100 028 Personen (13 je 1 000 Einw.) Pflegegeld, 47 398 Personen (6 je 1 000 Einw.) wurden durch ambulante Pflegedienste betreut und 70 937 Personen (9 je 1 000 Einw.) waren in Pflegeheimen untergebracht.

Den bundesweit höchsten Anteil der über 75-Jährigen an der Bevölkerung hat die kreisfreie Stadt Baden-Baden (Baden-Württemberg) mit 12,1 %¹⁵⁾. Danach folgen die bayrischen Städte Schweinfurt mit 11,2 % und Coburg mit

15) Vgl. Pflegestatistik 2003 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich, Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006

11,1 %. Die niedersächsischen Landkreise Goslar und Osterode am Harz folgen mit einem Anteil von 11,1 % bzw. 11,0 %. Diese Landkreise sind es dann auch, die den höchsten Anteil an pflegebedürftigen Leistungsempfängern je 1 000 Einwohner haben. In Osterode am Harz sind es 41 Leistungsempfänger und in Goslar 36 Leistungsempfänger. Die niedrigsten Anteile mit 22 Leistungsempfängern je 1 000 Einwohner haben die Landkreise Ammerland und Stade.

Von den kreisfreien Städten weist die Stadt Salzgitter mit 35 Leistungsempfängern je 1 000 Einwohner den mit Abstand höchsten Wert auf. Den niedrigsten Wert mit 21 Leistungsempfängern hat die Stadt Osnabrück.

In den Tabellen 8 und 9 sind jeweils das Personal der Pflegedienste bzw. Pflegeheime nach Berufsabschluss und Tätigkeitsbereich für 1999 bis 2003 dargestellt.

Tab. 8. Personal der Pflegedienste 1999 bis 2003 nach Berufsabschluss und Tätigkeitsbereich

Berufsabschluss	Personal	Davon überwiegend tätig in				
		Pflegedienst- leitung	Grund- pflege	hauswirtschaftl. Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstigem Bereich
Beschäftigte						
Insgesamt						
1999	17 925	1 105	12 518	2 689	881	732
2001	18 909	1 123	12 968	3 122	994	702
2003	20 715	1 298	14 942	2 407	1 050	1 018
darunter:						
staatlich anerkannter Altenpfleger/in						
1999	2 029	117	1 839	15	24	34
2001	2 330	107	2 126	12	51	34
2003	2 763	147	2 465	10	49	92
staatlich anerkannter Altenpflegehelfer/in						
1999	460	2	426	27	4	1
2001	604	16	509	65	12	2
2003	647	14	580	30	7	16
Krankenschwester, Krankenpfleger						
1999	5 176	866	3 990	34	117	169
2001	4 994	854	3 861	31	162	86
2003	5 680	965	4 217	33	170	295
Krankenpflegehelfer/in						
1999	1 247	5	1 091	133	7	11
2001	1 093	4	910	159	8	12
2003	1 080	10	976	71	10	13
Kinderkrankenschwester, Kinderkrankenpfleger						
1999	377	62	289	7	6	13
2001	402	66	303	8	8	17
2003	568	93	415	6	20	34
sonstiger Abschluss im Bereich der nicht- ärztlichen Heilberufe						
1999	348	3	265	47	26	7
2001	374	3	274	52	31	14
2003	406	-	301	46	45	14
sonstiger pflegerischer Beruf						
1999	2 594	3	2 081	473	19	18
2001	3 254	7	2 554	654	14	25
2003	3 513	2	2 949	512	20	30
sonstiger Berufsabschluss						
1999	2 951	9	1 163	922	611	246
2001	3 105	9	1 193	1 062	611	230
2003	3 338	7	1 488	943	614	286
ohne Berufsabschluss / noch in Ausbildung						
1999	1 882	-	978	688	26	190
2001	1 705	-	760	707	30	208
2003	1 700	-	1 006	474	31	189

Tab. 9. Personal der Pflegeheime 1999 bis 2003 nach Berufsabschluss und Tätigkeitsbereich

Berufsabschluss	Personal	Davon überwiegend tätig in					
		Pflege und Betreuung	sozialer Betreuung	Haus- wirtschafts- bereich	haus- technischem Bereich	Verwaltung, Geschäfts- führung	sonstigem Bereich
Beschäftigte							
Insgesamt							
1999	50 079	31 668	1 722	11 730	1 525	2 813	621
2001	53 521	34 113	1 775	12 453	1 656	2 990	534
2003	57 316	37 656	1 821	12 372	1 679	3 243	545
darunter:							
staatlich anerkannter Altenpfleger/in							
1999	9 681	9 302	167	11	4	185	12
2001	11 013	10 608	141	18	-	229	17
2003	12 144	11 650	172	24	5	273	20
staatlich anerkannter Altenpflegehelfer/in							
1999	1 702	1 656	20	19	-	4	3
2001	1 685	1 630	19	24	2	6	4
2003	1 931	1 871	23	27	-	8	2
Krankenschwester, Krankenpfleger							
1999	4 156	3 872	50	18	3	209	4
2001	4 093	3 807	44	5	1	228	8
2003	4 851	4 546	53	8	3	223	18
Krankenpflegehelfer/in							
1999	2 331	2 274	26	20	-	11	-
2001	1 905	1 869	9	14	-	12	1
2003	1 859	1 810	26	11	2	10	-
Kinderkrankenschwester, Kinderkrankenpfleger							
1999	249	232	5	5	1	6	-
2001	323	303	4	3	-	12	1
2003	413	381	9	6	-	16	1
sonstiger Abschluss im Bereich der nicht- ärztlichen Heilberufe							
1999	417	299	49	14	2	50	3
2001	478	247	89	47	10	71	14
2003	407	250	51	33	10	55	8
sonstiger pflegerischer Beruf							
1999	3 193	2 991	66	93	6	32	5
2001	4 951	4 761	67	96	4	14	9
2003	4 889	4 690	79	103	3	12	2
sonstiger Berufsabschluss							
1999	11 897	3 729	427	4 224	1 215	2 031	271
2001	12 266	3 628	480	4 581	1 271	2 071	235
2003	12 761	4 156	450	4 413	1 255	2 222	265
ohne Berufsabschluss / noch in Ausbildung							
1999	12 687	6 738	334	4 946	275	110	284
2001	12 065	6 252	284	4 882	302	129	216
2003	13 192	7 315	291	4 918	341	157	170

1999 gab es insgesamt 19 925 Beschäftigte in ambulanten Pflegediensten. Zwei Jahre später waren es 984 Personen bzw. 5,5 % mehr. Bei der letzten Pflegestatistik 2003 stieg die Anzahl der beschäftigten Personen im Vergleich zu 1999 um weitere 1 806 bzw. 9,6 %. Gegenüber 1999 waren 2003 also insgesamt 2 790 Personen mehr im ambulanten Pflegebereich beschäftigt. Für den Zeitraum 1999 bis 2003 verzeichnet die Anzahl der beschäftigten Personen mit Bildungsabschlüssen wie "staatlich anerkannter Altenpflegehelfer/in" (+ 40,7 %) oder "staatlich anerkannter Altenpfleger/in" (+ 36,2 %), aber auch "Kinderkrankenschwester/Kinderkrankenpfleger" (+ 50,7 %) den höchsten Zuwachs. Demgegenüber steht ein Rückgang bei Personen "ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung" mit - 9,7 %.

Wie in Tabelle 9 zu erkennen ist, waren 1999 insgesamt 50 079 Personen in einem Pflegeheim beschäftigt. Zwei Jahre später war die Anzahl auf 53 521 Personen (+ 6,9 %) gestiegen. 2003 stieg die Anzahl um weitere 7,1 % auf 57 316 Personen. Für den Zeitraum 1999 bis 2003 veränderte sich die Anzahl der Beschäftigten in Pflegeheimen um + 14,5 % bzw. 7 237 Personen.

Im stationären Bereich sind die Beschäftigten überwiegend mit der Pflege und Betreuung der Pflegeheimbewohner betraut. Im Durchschnitt sind "staatlich anerkannte Altenpfleger/innen" zu 96,1 % und "staatlich anerkannte Altenpflegehelfer/innen" zu 97,0 % mit der Pflege und Betreuung Älterer beschäftigt. Personen "ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung" werden durchschnittlich zu 53,5 % bei der Pflege und Betreuung im Heim tätig.

3.1.4. Beteiligung an Verkehrsunfällen

Im Jahr 2005 waren insgesamt 9 963 Senioren im Alter von 60 Jahren und älter an Straßenverkehrsunfällen beteiligt. Das entspricht einem Anteil von 14,7 % an den Beteiligten insgesamt.

Während bei den Motorzweiradfahrern die Zahl der Beteiligten mit zunehmendem Alter sank (siehe Tabelle 10), stieg sie in der Klasse der 75-Jährigen und älteren bei den PKW-Fahrern wieder an. Die Abnahme bei den Motorzweiradfahrern hängt mit der mit steigendem Alter sinkenden absoluten Anzahl an Motorradfahrern zusammen. Bei den Fußgängern ist ebenfalls die Tendenz der zunehmenden Unfallbeteiligung in der höchsten Altersklasse zu

beobachten. Auch bei den Hauptverursachern spielt das zunehmende Alter eine Rolle. Hier sind in den Kategorien PKW, Fahrräder und Fußgänger ebenfalls in der Altersklasse 75 Jahre und älter die höchsten Fallzahlen zu verzeichnen. Dies ist möglicherweise mit dem mit zunehmendem Alter abnehmenden Reaktionsvermögen zu erklären.

Bei Straßenverkehrsunfällen wurden im Jahr 2005 in Niedersachsen 178 Senioren getötet (siehe Tabelle 11). Das entspricht einem Anteil von 25,4 % an den insgesamt 700 getöteten Personen. Differenziert nach Geschlecht lag der Anteil bei den männlichen getöteten Senioren an den gesamten männlichen Toten mit 20,8 % deutlich niedriger als entsprechend bei den weiblichen tödlich Verletzten (37,6 %).

Tab. 10. Beteiligte bei Verkehrsunfällen 2005 nach Altersgruppen, Hauptverursacher und Geschlecht

Im Alter von ... bis unter ... Jahren	Beteiligte insgesamt	Fahrzeugführer von				Fuß- gänger	Sonstige
		Motorzweiräder	Personen- kraftwagen	Übrige Kraftfahrzeuge	Fahrräder		
Insgesamt	67 602	4 891	43 978	5 401	9 938	3 021	373
darunter							
60 - 65	2 968	143	1 953	191	525	136	20
65 - 70	2 798	127	1 764	117	608	171	11
70 - 75	1 761	48	1 151	51	390	120	1
75 und mehr	2 436	41	1 546	34	494	319	2
von den Beteiligten waren Hauptverursacher von Straßenverkehrsunfällen							
Insgesamt	35 047	2 355	25 063	3 128	3 403	932	166
darunter							
60 - 65	1 379	53	1 042	105	137	32	10
65 - 70	1 392	65	1 062	68	157	35	5
70 - 75	974	25	770	29	117	33	0
75 und mehr	1 525	21	1 200	25	203	74	2

Tab. 11. Verunglückte bei Verkehrsunfällen 2005 nach Art der Verkehrsbeteiligung, Verletzungsschwere, Altersgruppen und Geschlecht

Im Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins- gesamt	Zu- sammen	Männlich				Zu- sammen	Weiblich			
			Fahrer und Mitfahrer von			Fuß- gänger		Fahrer und Mitfahrer von			Fuß- gänger
			Personen- kraftwagen	Motor- zweirädern	Fahr- rädern			Personen- kraftwagen	Motor- zweirädern	Fahr- rädern	
Getötete	700	506	280	102	55	41	194	122	11	26	30
darunter:											
60 - 65	35	23	12	2	4	3	12	7	1	1	2
65 - 70	25	14	5	1	7	0	11	2	0	7	2
70 - 75	36	24	13	1	9	1	12	4	0	5	3
75 und mehr	82	44	22	0	14	8	38	16	0	4	18
Schwerverletzte	7 069	4 394	1 962	1 059	747	339	2 671	1 502	181	592	338
darunter:											
60 - 65	293	170	69	30	40	13	123	59	3	45	12
65 - 70	355	195	63	36	66	21	160	54	3	70	31
70 - 75	240	121	42	18	49	8	119	48	1	49	20
75 und mehr	477	214	98	17	61	32	262	86	2	76	91
Leichtverletzte	38 153	20 617	11 132	2 833	4 301	1 012	17 490	12 087	668	3 297	996
darunter:											
60 - 65	1 476	736	353	96	211	40	739	457	6	193	54
65 - 70	1 416	732	343	73	243	47	680	389	6	195	64
70 - 75	898	461	230	25	146	34	435	245	3	123	46
75 und mehr	1 193	571	303	20	174	58	622	338	1	150	107

Bei Fahrern von PKW steigt mit zunehmendem Alter die Gefahr bei einem Unfall getötet zu werden. In der Altersklasse ab 75 Jahren waren sowohl bei den Männern mit 22 Getöteten als auch bei den Frauen mit 16 Getöteten die absolut höchsten Zahlen in den Altersklassen der Senioren zu verzeichnen. Das Fahrradfahren ist im Alter ab 75 Jahren ebenfalls gefährlich. Bei den männlichen Senioren verunglückten hier in 2005 14 tödlich. Bei den Frauen waren es nur 4 Getötete. Auch Fußgänger in dieser Altersklasse sind stark gefährdet. Hier waren im Jahr 2005 acht männliche und 18 weibliche Tote zu beklagen. Bei den Schwerverletzten zeigt sich bei den Fahrern und Mitfahrern von PKW, bei Fahrradfahrern und bei Fußgängern eine ähnliche Tendenz.

3.1.5. Kriminalität – Ältere Menschen im Blickfeld von Polizei und Justiz

Ältere Menschen als Opfer und Tatverdächtige von Straftaten ¹⁶⁾

Senioren sind relativ selten Opfer von Straftaten. Die polizeiliche Kriminalstatistik Niedersachsens verzeichnet für 2005 83 534 Opfer von Straftaten insgesamt. Nur 4,9 % dieser Opfer sind Personen im Alter von 60 Jahren und älter. Diese Bevölkerungsgruppe stellt aber rund 25 % der Gesamtbevölkerung.

Etwa 45 % der älteren Opfer sind weiblich. Dieser Anteil ist fünf Prozentpunkte höher als über alle Altersgruppen zusammengefasst, und zwar sowohl bei den Straftaten

gesamt als auch bei den vollendeten Straftaten. Bei den versuchten Straftaten sind die Unterschiede noch ausgeprägter: Hier sind 38 % der Opfer weiblich, bei den ab 60-Jährigen sind es sogar 51 %. Der Anteil dieser Altersgruppe an allen liegt bei den versuchten Straftaten mit 7,7 % knapp drei Prozentpunkte höher als bei den vollendeten Straftaten.

Frauen sind somit insgesamt seltener Opfer von Straftaten als Männer. Bei den Senioren sind die Anteile der weiblichen Opfer zwar höher, dem liegt aber auch ein Geschlechterverhältnis von 57:43 gegenüber 51:49 in der Gesamtbevölkerung zugrunde. Die zahlenmäßig häufigsten vollendeten Straftatbestände bei den weiblichen Seniorinnen waren Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, gefolgt von Körperverletzung (§§ 223 - 227, 229, 231 StGB) und (vorsätzlicher leichter) Körperverletzung (§ 223 StGB). Gemessen an allen weiblichen Opfern des jeweiligen Straftatbestands war der Anteil der ab 60-Jährigen mit um 5 % unauffällig. Bei den älteren männlichen Opfern vollendeter Straftaten zeigte sich bezüglich der häufigsten Straftatbestände und Anteile an allen männlichen Opfern ein vergleichbares Bild.

Auffällig bleibt der mit 10,4 % deutlich höhere Anteil der älteren an allen weiblichen Opfern von versuchten Straftaten. Dabei handelte es sich zahlenmäßig in den meisten Fällen um Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (13,3 % aller weiblichen Opfer dieses Straftatbestands), gefolgt von Raub ¹⁷⁾ (24,1 %) sowie Handtaschenraub (54,3 %).

¹⁷⁾ Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer §§ 249 - 252, 255, 316a StGB

¹⁶⁾ Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Niedersachsen für 2005, Landeskriminalamt

Tab. 12. Ältere Opfer von Straftaten 2005

Straftat bzw. Straftatengruppe	Opfer im Alter von 60 Jahren und älter					
	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Anteil an Opfern aller Altersgruppen in %	Anzahl	Anteil an Opfern aller Altersgruppen in %	Anzahl	Anteil an Opfern aller Altersgruppen in %
Straftaten insgesamt	4 093	4,9	2 251	4,5	1 842	5,6
Vollendete Straftaten insgesamt	3 807	4,8	2 111	4,4	1 696	5,4
darunter *						
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	3 650	4,9	2 054	4,4	1 596	5,8
Körperverletzung §§ 223 - 227, 229, 231 StGB	2 041	3,8	1 139	3,3	902	4,9
(vorsätzliche leichte) Körperverletzung § 223 StGB	1 319	3,9	734	3,6	585	4,4
Versuchte Straftaten insgesamt	286	7,7	140	6,0	146	10,4
darunter *						
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	256	8,3	126	6,0	130	13,3
Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer §§ 249 - 252, 255, 316a StGB	142	12,6	48	6,5	94	24,1
Handtaschenraub	50	56,2	6	75,0	44	54,3

* Mehrfachnennung möglich

Tab. 13. Ältere Tatverdächtige 2005

Straftat bzw. Straftatengruppe	Tatverdächtige im Alter von 60 Jahren und älter							
	Insgesamt		Männlich			Weiblich		
	Anzahl	Anteil an Tatverdächtigen aller Altersgruppen in %	Anzahl	Anteil an Tatverdächtigen aller Altersgruppen in %	Anteil an Tatverdächtigen 60 Jahre und älter insgesamt in %	Anzahl	Anteil an Tatverdächtigen aller Altersgruppen in %	Anteil an Tatverdächtigen 60 Jahre und älter insgesamt in %
Straftaten insgesamt	14 029	5,9	9 991	5,5	71,2	4 038	7,2	28,8

Tab. 14. Aufgeklärte Fälle mit älteren Tatverdächtigen 2005

Straftat bzw. Straftatengruppe	Aufgeklärte Fälle mit Tatverdächtigen im Alter von 60 Jahren und älter							
	Insgesamt		Männlich			Weiblich		
	Anzahl	Anteil an Tatverdächtigen aller Altersgruppen in %	Anzahl	Anteil an Tatverdächtigen aller Altersgruppen in %	Anteil an Tatverdächtigen 60 Jahre und älter insgesamt in %	Anzahl	Anteil an Tatverdächtigen aller Altersgruppen in %	Anteil an Tatverdächtigen 60 Jahre und älter insgesamt in %
Straftaten insgesamt	16 881	5,0	12 771	4,7	75,7	4 110	6,2	24,3

Betrachtet man die andere Seite der Kriminalstatistik, d.h. die der Tatverdächtigen ¹⁸⁾ bzw. der Tatverdächtigen in den aufgeklärten ¹⁹⁾ Fällen, so ergibt sich ein ähnliches Bild. Nur 6 % aller Tatverdächtigen bzw. 5 % derer in den aufgeklärten Fällen sind 60 Jahre und älter. Dieser Anteil liegt damit deutlich unter dem Bevölkerungsanteil der Senioren von 25 %. Der Frauenanteil liegt bei den älteren Tatverdächtigen bei 29 % bzw. in den aufgeklärten Fällen bei 24 %. In beiden Fällen ist er etwa fünf Prozentpunkte höher als über alle Altersgruppen zusammengefasst, was wiederum den höheren weiblichen Bevölkerungsanteil bei den ab 60-Jährigen widerspiegelt. Interessant ist, dass der Frauenanteil bei den Tatverdächtigen dieser Altersgruppe um gut vier Prozentpunkte höher ist als letztendlich bei den Tatverdächtigen in den aufgeklärten Fällen.

Senioren und Justiz

In der durchschnittlichen Jahresbevölkerung 2005 stellen Personen im Alter von 60 und mehr Lebensjahren 29,3 % der strafmündigen Personen. ²⁰⁾

Betrachtet man hingegen die Personen, die von niedersächsischen Gerichten nach allgemeinem oder Jugendstraf-

18) Tatverdächtig ist jeder, der nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig ist, eine rechtswidrige (Straf-)Tat begangen zu haben. Dazu zählen auch Mittäter, Anstifter und Gehilfen.

19) Ein aufgeklärter Fall ist die Straftat, die nach dem (kriminal-)polizeilichen Ermittlungsergebnis ein mindestens namentlich bekannter oder auf frischer Tat ergriffener Tatverdächtiger begangen hat.

20) Strafmündig sind Personen, die zur Tatzeit ein Alter von mindestens 14 Jahren hatten. Jugendliche im Alter von 14 Jahren bis unter 18 Jahren unterliegen stets dem Jugendstrafrecht. Personen im Alter von 18 bis zu 21 Jahren gelten als „Heranwachsende“ und können nach Ermessen des Gerichtes nach allgemeinem oder Jugendstrafrecht verurteilt werden. Erwachsene Personen, die älter als 21 Jahre sind, unterliegen immer dem allgemeinen Strafrecht.

recht verurteilt worden sind, stellt die Gruppe der Senioren lediglich 4,2 % aller Verurteilten. Verdeutlicht man beide Verhältnisse in einer Grafik, ergibt sich nachfolgendes Bild (S.73): Aus Abbildung 10 lässt sich unmittelbar ablesen, dass ältere Menschen seltener mit dem Gesetz in Konflikt kommen, als die Gruppe der strafmündigen Personen unter 60 Jahre.

Untersucht man die Hauptdeliktgruppen, nach denen im Jahr 2005 in Niedersachsen Personen im Alter von 14 bis 60 Jahren und über 60 Jahren verurteilt worden sind, ergibt sich nachfolgendes Bild (S. 73): Aus der Abbildung 11 werden die Anteile der Hauptdeliktgruppen deutlich, nach denen die Straftäter der beiden Altersgruppen jeweils verurteilt wurden. Anteilsmäßig sind Straftaten im Straßenverkehr und Diebstahl und Unterschlagung bei verurteilten Senioren deutlich öfter vertreten als bei Personen unter 60 Jahren. Bei den Hauptdeliktgruppen Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, andere Vermögensdelikte und Straftaten nach anderen Bundes- oder Landesgesetzen hingegen sind ältere Menschen deutlich unterrepräsentiert. Für alle Hauptdeliktgruppen gilt aber, dass ältere Menschen bezogen auf ihren Anteil an der Bevölkerung seltener straffällig werden, als strafmündige Menschen unter 60 Jahre.

Insgesamt waren am 31.03.2005 5 941 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten inhaftiert. Davon stellten die Personen der Altersgruppe 60 Jahre und älter einen Anteil von nur 2,8 %. Der Anteil an Senioren hat sich damit seit 1990 ausgehend von einem Anteil von 1,0 % aber fast verdreifacht.

Abb. 10. Strafmündige Einwohner und verurteilte Personen 2005 nach Altersgruppen

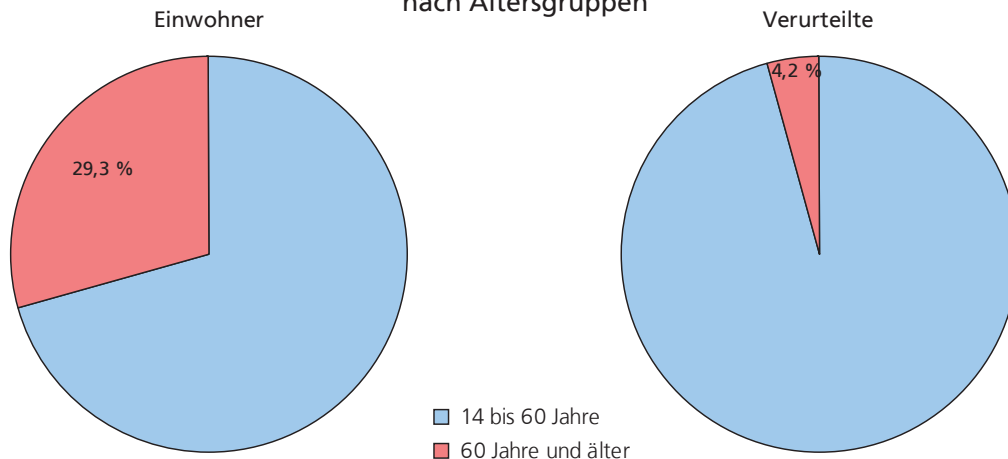
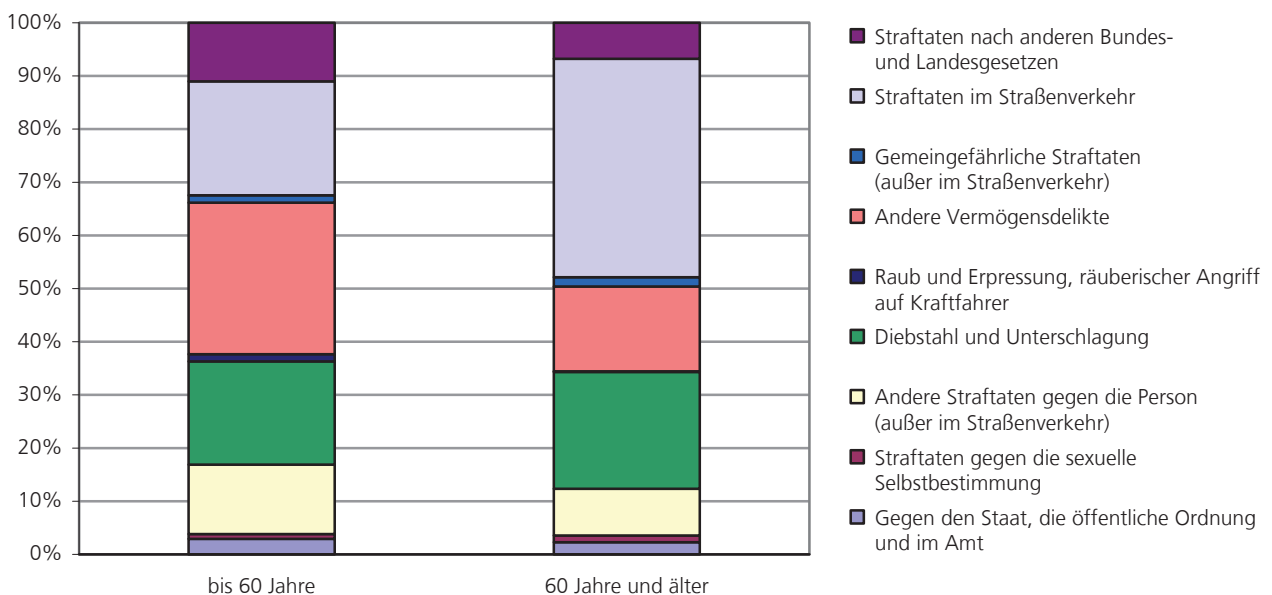


Abb. 11. Anteile der nach allgemeinem oder Jugendstrafrecht verurteilten Personen 2005 nach Hauptdeliktgruppen und Altersgruppen



3.2 Erwerbstätigkeit 1985 und heute

Seit 1985 ist der Bevölkerungsanteil der älteren Generation ab 60 Jahre in Niedersachsen um 4,2 Prozentpunkte auf 25 % gestiegen (vgl. Kapitel 2.1.). Mit dem Bevölkerungszuwachs in den Altersgruppen der „60- bis unter 65-Jährigen“ und der „65-Jährigen und älter“ setzte auch ein starker absoluter Anstieg der entsprechenden Erwerbstätigenzahlen ein. Die Gründe dafür liegen sicherlich nicht nur im stetigen Wachstum dieser Bevölkerungsgruppe. In den letzten zwanzig Jahren haben sich nicht nur die Lebens- bzw. Gesundheitsbedingungen für die gesamte Bevölkerung verbessert. Die älteren Menschen sind

heute wesentlich fitter und gesünder als früher, was sich auch in der gestiegenen Lebenserwartung widerspiegelt. Diese Umstände ermöglichen schließlich den Erwerbstätigen im Rentenalter ebenfalls eine längere Beteiligung am Erwerbsleben.

Neben dem Gesundheitsaspekt spielen sicherlich auch die subjektiven Wünsche und Vorstellungen eine wichtige Rolle. Zum einen möchte man nicht aus der Arbeitswelt einfach ausgeschlossen werden und zum anderen haben viele den Wunsch bzw. nach den gesetzlichen Änderungen der letzten Jahre den Bedarf, ihr eigenes Renteneinkommen aufzustocken. Nach wie vor spielt die Erwerbs-

tätigkeit jenseits des 60. Lebensjahres für die meisten Menschen nur noch eine untergeordnete Rolle, da in diesem Alter in der Regel der Übergang zum Bezug einer regelmäßigen Altersversorgung in Form einer Rente, Pension o.ä. erfolgt. Die im Folgenden dargestellte Entwicklung der älteren Erwerbstätigen zwischen 1985 und 2005 zeigt aber auch Veränderungen im Erwerbsverhalten auf. Die zugrundeliegenden Daten stammen aus dem Mikrozensus, der amtlichen Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, in der jährlich ein Prozent aller Haushalte in Deutschland befragt werden.

Die allgemeine Entwicklung der Erwerbstätigen im Alter von 60 und mehr Jahren

In den letzten zwanzig Jahren ist die Zahl der älteren Erwerbstätigen in Niedersachsen deutlich gestiegen. So standen 1985 ca. 83 Tsd. Personen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren im Erwerbsleben, während es 2005 bereits 135,1 Tsd. und damit 62,8 % mehr waren. Auch in der Altersgruppe der 65-Jährigen und älter ist ein Anstieg der Erwerbstätigenzahlen um 26,8 % von 37,3 Tsd. (1985) auf 47,3 Tsd. (2005) zu verzeichnen. Nachdem die Zahlen bis 1993 stagnierten bzw. sogar leicht abnahmen, steigt die Zahl der älteren Erwerbstätigen seitdem fast kontinuierlich. Diese Entwicklung lässt sich zum Teil durch die Besetzung der einzelnen Altersjahrgänge (vgl. Abbildung 1, S. 57) erklären.

Obwohl die absoluten Erwerbstätigenzahlen der beiden betrachteten Altersgruppen gestiegen sind, zeigt sich bei den Erwerbsquoten ²¹⁾, die den Bezug zur Entwicklung der zugrundeliegenden Bevölkerungsgruppen herstellen, eine moderatere Entwicklung. Im Jahr 1985 lag die Erwerbstätigenquote der 60- bis unter 65-Jährigen bei 18,2 % und ist seitdem auf 27,9 % (2005) gewachsen, was einer Zu-

21) Zahl der Erwerbstätigen im jeweiligen Alter bezogen auf die Bevölkerungszahl im selben Alter

nahme von 9,7 Prozentpunkten entspricht. Im Vergleich dazu war die Erwerbsquote der ab 65-Jährigen in den letzten 20 Jahren nur leichten Schwankungen nach unten unterworfen und liegt damals wie heute (2005) bei 3,0 %. Im Bereich der 60- bis unter 65-jährigen Personen, die sich nahe an der Regelaltersgrenze von 65 Jahren bewegen, hat sich aber damit in diesem Zeitraum eine Entwicklung zu deutlich mehr Erwerbstätigkeit vollzogen, deren Ursache u.a. in der geänderten Rentengesetzgebung liegen dürfte (siehe auch folgender Abschnitt). Bei den ab 65-Jährigen hingegen spielt die Erwerbstätigkeit offenbar nach wie vor eine untergeordnete Rolle.

Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen

Ein besonders starker Zuwachs am Erwerbsleben ist bei den erwerbstätigen Frauen in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen festzustellen. Ihre Zahl ist seit 1985 von 27,3 Tsd. auf 50,1 Tsd. im Jahr 2005 gestiegen (+ 83,5 %). Im selben Betrachtungszeitraum sind auch die Erwerbstätigenzahlen der Männer dieser Alterskategorie um 52,6 % von 55,7 Tsd. (1985) auf 85 Tsd. (2005) gewachsen.

Während dieses zwanzigjährigen Zeitraums fanden bedeutende Änderungen in der Rentengesetzgebung statt, die eine Reaktion auf die demographische Entwicklung mit sinkenden Geburtenraten und stetig steigender Lebenserwartung darstellten. In der gesetzlichen Rentenversicherung haben Versicherte erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres einen Anspruch auf Regelaltersrente. Während Frauen seit 1957 vorzeitig ohne Abschläge zu ihrem 60. Geburtstag in Rente gehen konnten, wurden diese vorgezogenen Altersrenten mit dem Rentenreformgesetz (1992) bzw. dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz von (1996) stufenweise bis 2009 abgeschafft. Alle betroffenen Frauen können zwar vorzeitig mit 60 Jah-

Abb. 12. Ältere Erwerbstätige
1985 bis 2005

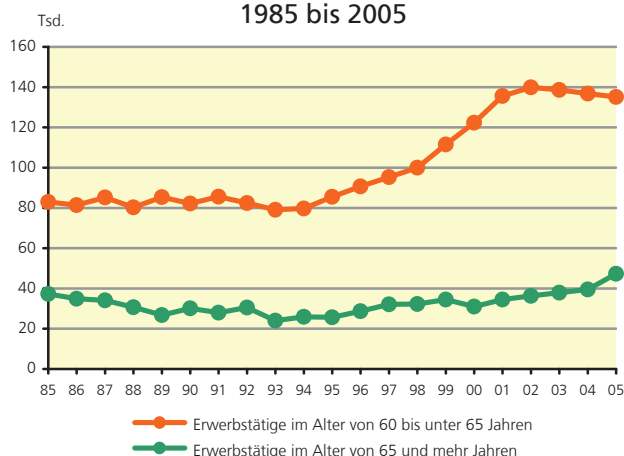


Abb. 13. Erwerbsquoten der Senioren
1985 bis 2005

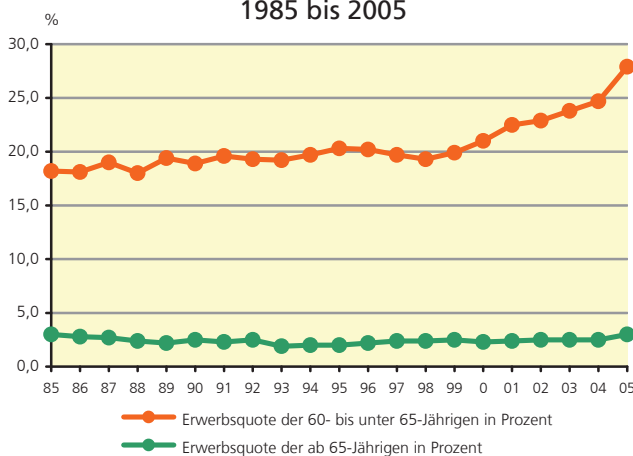


Abb. 14. Erwerbstätige im Alter von 60 bis 65 Jahren 1985 bis 2005 nach Geschlecht

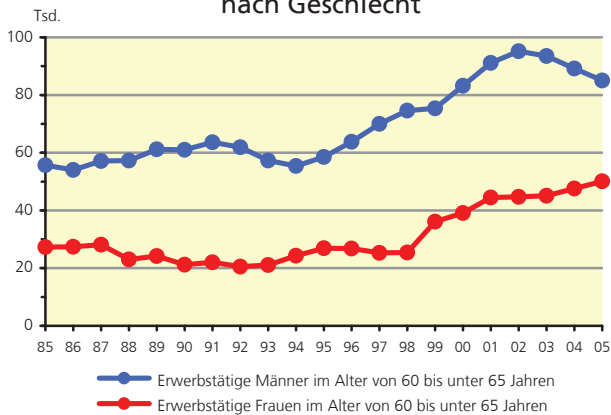
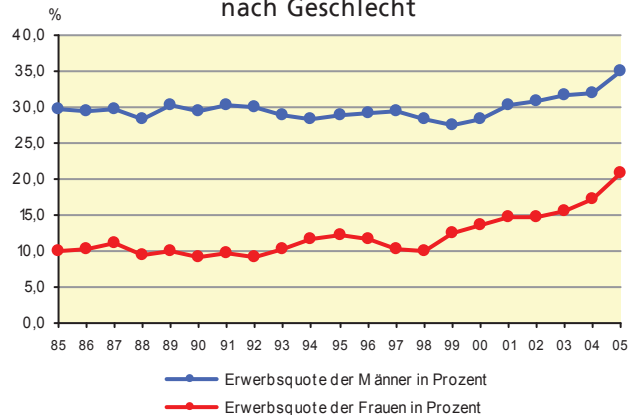


Abb. 15. Erwerbsquoten der 60- bis 65-Jährigen 1985 bis 2005 nach Geschlecht



ren in Rente gehen, dies führt aber zu einem bis zu 18-prozentigen Abschlag ²²⁾.

Nach wie vor bleibt aber der Anteil der erwerbstätigen Männer zwischen 60 und 64 Jahren höher als der der gleichaltrigen Frauen. Im Jahr 1985 lag die Erwerbsquote der Männer bei 29,8 % und die der Frauen bei 10,1 %. Bis 2005 haben die Quoten um 5,2 Prozentpunkte auf insgesamt 35,0 % bei den Männern und um 10,6 Prozentpunkte auf 20,7 % bei den Frauen zugenommen.

Die Erwerbstätigenentwicklung in der Altersgruppe der 65-Jährigen und älter ist ebenfalls durch gestiegene Erwerbstätigenzahlen geprägt, wobei sich der Zuwachs bei Männern und Frauen nur geringfügig unterscheidet. Die Zahl der erwerbstätigen Männer ist hier seit 1985 um 27,6 % von 23,9 Tsd. auf 30,5 Tsd. im Jahr 2005 gestiegen. Die

²²⁾ Quelle und weitergehende Informationen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

erwerbstätigen Frauen derselben Alterskategorie legten um 25,4 % (1985: 13,4 Tsd., 2005: 16,8 Tsd.) zu.

Die Erwerbsquote der über 65-jährigen Männer lag im Jahr 2005 mit 4,6 % deutlich höher als die der Frauen derselben Altersklasse von 1,9 %. Dabei stieg die Erwerbsquote der erwerbstätigen Frauen seit 1985 leicht um 0,2 Prozentpunkte, während sie bei den Männern um 0,6 Prozentpunkte sank. Die Veränderungen innerhalb dieses 20-jährigen Zeitraums waren allerdings schwankend und zeigen keinen eindeutigen Trend.

3.3 Empfänger von Sozialhilfe, Grundsicherung und Wohngeld

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung handelt es sich um eine bedürftigkeitsabhängige Leistung, die älteren bzw. dauerhaft voll erwerbsgeminder-

Abb. 16. Erwerbstätige im Alter von 65 Jahren und mehr 1985 bis 2005 nach Geschlecht

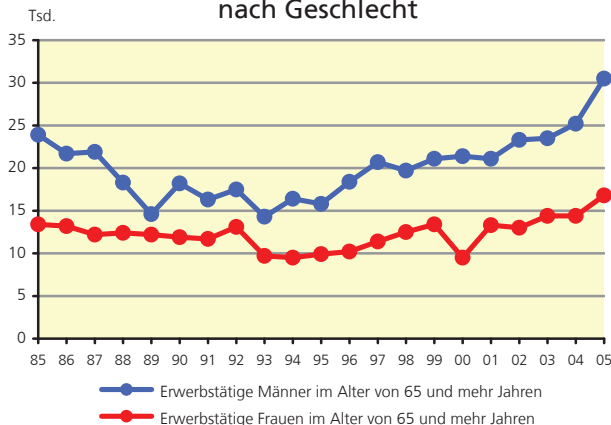
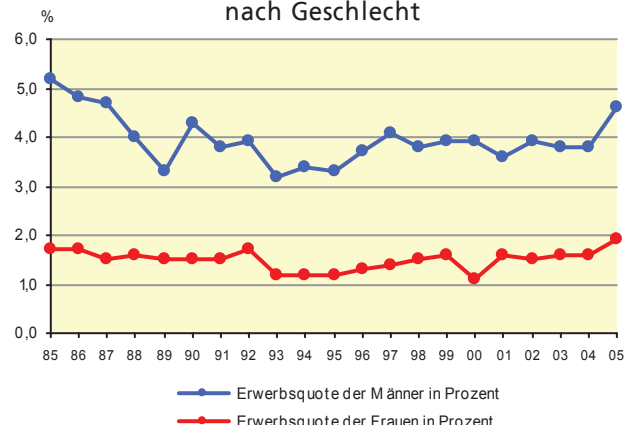


Abb. 17. Erwerbsquoten der ab 65-Jährigen 1985 bis 2005 nach Geschlecht



ten Menschen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts dienen soll. Die Leistungen der Grundsicherung sollen dazu beitragen, die so genannte "verschämte Armut" einzugrenzen. Hintergrund ist der Befund, dass vor allem ältere Menschen bestehende Sozialhilfeansprüche oftmals nicht geltend machen, weil sie den Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchten. In den Erhebungsbe- reich der Statistik über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung fallen zum einen Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und zum anderen volljäh- rige Personen, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind im Sinne des § 43 Abs.2 SGB VI.

Mit der Erhebung sollen umfassende und zuverlässige Da- ten über die sozialen und finanziellen Auswirkungen des Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) und Daten über den Personenkreis der Leistungsberechtigten bereitgestellt werden.

Im Dezember 2002 gab es laut Tabelle 15 in Niedersach- sen insgesamt 21 069 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß Bun- dessozialhilfegesetz (BSHG) erhielten. Davon waren 7 291 Männer (34,6 %) und 13 778 Frauen (65,4 %). In der Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt wurde bis einschließlich des Berichtsjahres 2002 der nach dem 4. Kapitel (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs- minderung) des SGB XII begünstigte Personenkreis zum Großteil mit erfasst. Das zum 1. Januar 2003 in Kraft ge- tretene Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsiche- rung im Alter und bei Erwerbsminderung sah dann für ab 65-Jährige sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Per- sonen ab 18 Jahren eine eigenständige soziale Leistung vor, welche den grundlegenden Bedarf für den Lebens- unterhalt sicherstellt. Die Grundsicherung wird vorrangig gewährt. Sollten die monatlich ausgezahlten Beträge zur Sicherung des Lebensunterhalts nicht ausreichen, kann von den Hilfeempfängern zusätzlich Hilfe zum Lebensun- terhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII beantragt werden.

Tab. 15. Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebens- unterhalt gemäß BSHG am 31.12.2002

Alter von ... bis unter ... Jahren	insgesamt	männlich	weiblich
65 - 70	8 132	3 582	4 550
70 - 75	5 454	2 065	3 389
75 - 80	3 674	1 059	2 615
80 - 85	2 040	362	1 678
85 und älter	1 769	223	1 546
Zusammen	21 069	7 291	13 778

Die Empfänger der Grundsicherung werden in Tabelle 16 dargestellt. Es ist der Durchschnitt der Jahre 2003 und 2004 ausgewiesen, weil nach Einführung der neuen Hil- feart die Sozialämter mit der Antragsbearbeitung in Ver-

zug kamen und häufig in die Statistik für 2004 noch Fälle aus dem Jahr 2003 mit eingingen. Der Durchschnitt rela- tiviert die Größenordnung beider Jahre. Insgesamt gab es 26 979 Personen über 65 Jahre, die Leistungen der Grund- sicherung erhielten. Davon waren 7 719 (28,6 %) männ- lich und 19 261 (71,4 %) weiblich.

Tab. 16. Empfänger(innen) von bedarfsorientierter Grund- sicherung im Durchschnitt der Jahre 2003 und 2004 nach Geschlecht und Altersgruppe

Alter von ... bis unter ... Jahren	insgesamt	männlich	weiblich
65 - 70	9 531	3 607	5 924
70 - 75	6 169	2 147	4 022
75 - 80	4 594	1 191	3 404
80 - 85	3 267	524	2 744
85 - 90	1 669	152	1 517
90 - 95	1 296	74	1 222
95 und älter	454	25	429
Zusammen	26 979	7 719	19 261

Der Anstieg der Zahl der Empfänger(innen) zwischen bei- den Tabellen lässt sich im Wesentlichen wie folgt erklä- ren: Zum einen kann daraus auf einen Erfolg des Gesetz- gebers (Abbau der "verschämten Armut") geschlossen werden, zum anderen hat ein Teil der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII, die in Einrichtungen leben, zusätzlich Anspruch auf Grundsiche- rungsleistungen. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist unter dem Gesichtspunkt der de- mographischen Entwicklung mit einem weiteren Anstieg der Empfänger(innen) zu rechnen.

3.4 Aktivitäten und Mitbestimmung

Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand hat per se eine Neugestaltung der dadurch frei werdenden Zeit zur Folge. Wie diese Zeiträume ausgefüllt werden, ob sich bestehende Aktivitäten ausweiten oder ganz ande- re hinzukommen, darüber wurden in der Zeitbudgeterhe- bung 2001/02 ²³⁾ bundesweit Daten gewonnen. Die neu gewonnene Zeit fließt in Deutschland demnach vorwie- gend in den Bereich der unbezahlten Arbeit (Hausarbeit u.ä.). Ein erhöhter Zeitaufwand für ehrenamtliche Tätig- keiten (vgl. auch Kapitel 3.4.2.) konnte nicht festgestellt werden. Zeiten für Fernsehen u.a. Mediennutzung wei- ten sich im Gegensatz zum in etwa gleichbleibenden Zeit- aufwand für Sport, Kultur und Hobbies sowie die Pflege von Freundschaften und Bekanntschaften aus. Wochen- rhythmern wie die unterschiedliche Gestaltung von Werk- tagen und Wochenenden bleiben ebenso bestehen wie eine geschlechterspezifische Aufgaben- und Zeitverteilung.

²³⁾ Quelle: Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung, Forum der Bun- desstatistik, Band 43, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004

Demgegenüber steigt das Regenerationsbedürfnis und die damit verbundene Schlafdauer an. Einige ausgewählte Aktivitäten älterer Menschen werden im Folgenden dargestellt. Im Anschluss folgt eine Analyse ihres Wahlverhaltens im Vergleich zu den jüngeren Wählern.

3.4.1. Gasthörer an Universitäten

An den niedersächsischen Hochschulen waren im Wintersemester 2005/06 2 563 Gasthörer eingeschrieben. Davon waren 1 752 Hörer 60 Jahre und älter und sogar 51 Personen, die 80 und mehr Jahre zählten. Fast alle dieser Senior-Gasthörer waren an Universitäten oder Kunsthochschulen eingeschrieben; die Fachhochschulen stoßen bei den reiferen Jahrgängen offenbar kaum auf Interesse. Besonders beliebt waren die Fächer Geschichte, Philosophie und allgemeine und vergleichende Sprach- und Kulturwissenschaft.

3.4.2. Ehrenamtliche Tätigkeiten und freiwilliges Engagement

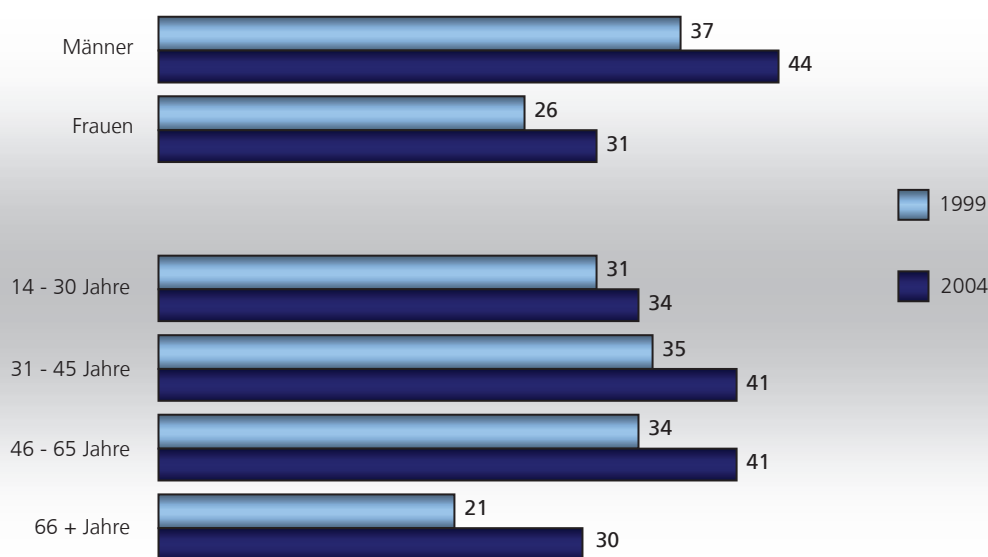
Im Auftrag der niedersächsischen Staatskanzlei wurde 2005 die Wahrnehmung von Ehrenämtern, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement in Niedersachsen untersucht ²⁴⁾. Dabei wurde auch das Engagement der Senioren über 65 Jahren in den Jahren 1999 und 2004 genauer betrachtet.

24) Quelle: Freiwilligensurvey 2004: Freiwilliges Engagement in Niedersachsen 1999 - 2004 im Trend, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement, TNS Infratest Sozialforschung, Dr. Thomas Gensicke, München, April 2005. Kostenlose Downloadmöglichkeit unter <http://www.freiwilligenserver.de>.

In diesem Zeitraum ist der Anteil der freiwillig Engagierten im Alter von 66 Jahren und älter von 21 auf 30 % gestiegen. Dieser Anstieg fiel deutlich höher aus als in den anderen Altersgruppen, die Anteile liegen dort allerdings mit 34 (14- bis 30-Jährige) bis 41 % (31- bis 45-Jährige sowie 46- bis 65-Jährige) höher als bei den älteren Mitmenschen. Bundesweit engagierten sich 2004 26 % der über 65-Jährigen freiwillig. Der niedersächsische Wert ist damit überdurchschnittlich hoch.

Neben den 30 % engagierten Senioren waren 2004 weitere 11 % zu einem Engagement bereit, d.h. grundsätzlich an einer solchen Tätigkeit interessiert. Der Anteil dieser Interessierten ist damit gegenüber 1999 in etwa gleich geblieben. Auffallend ist, dass sich 2004 ein mit 59 % weitaus größerer Anteil der Senioren als der übrigen Altersgruppen nicht für eine ehrenamtliche Tätigkeit u.ä. interessierte. Bei den jüngeren Menschen stieg dieser Anteil mit zunehmendem Alter an und lag zwischen 21 und 32 %. Das Verhältnis von tatsächlich Engagierten zu Interessierten fiel demgegenüber aber bei den Senioren mit knapp 3 zu 1 deutlich mehr zu Gunsten der umgesetzten Bereitschaft als bei den Menschen zwischen 14 und 30 Jahren mit nur 1 zu 1,3 aus. Dieselbe Tendenz wie bei den jungen Menschen bestand auch bei den mittleren Jahrgängen, wenn auch etwas schwächer ausgeprägt. Die tatsächliche Umsetzung einer Bereitschaft zu freiwilligen Engagements ist damit bei den Senioren eindeutig am ausgeprägtesten. Eine Ursache hierfür dürfte in den Lebensumständen der einzelnen Lebensphasen liegen, die jüngere Menschen aufgrund ihrer Eingebundenheit in berufliche und familiäre Aufgaben vielleicht öfter veranlassen, ihr eigentlich vorhandenes Interesse nicht sofort umzusetzen.

Abb. 18. Freiwillig Engagierte nach Geschlecht und Alter
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in Prozent)



Quelle: Freiwilligensurvey Niedersachsen 1999 und 2004

Obwohl der Anteil der freiwillig Engagierten sowie auch der der Rentner/Pensionäre (ebenso wie der über 65-Jährigen) zwischen 1999 und 2004 deutlich gewachsen ist, war diese nicht erwerbstätige Gruppe 2004 nur zu 30 % freiwillig engagiert, obwohl sie über mehr Freizeit verfügt als die Erwerbstätigen (41 % Engagierte) ²⁵⁾. Hausfrauen, Arbeitslose und sonstige nicht Erwerbstätige (außer Personen in Schule, Studium oder Ausbildung) engagierten sich immerhin zu 38 %. Damit kommt die Studie zum Ergebnis, dass der Grad des freiwilligen Engagements nicht unmittelbar von der zur Verfügung stehenden Freizeit abhängt. Hinzu kommen unterschiedliche Motivationsgründe. Die Studie zeigt, dass die Aussage „Mein Engagement ist eine Aufgabe, die gemacht werden muss und für die sich schwer jemand findet“ besonders die Grundhaltung der über 45-Jährigen, aber noch mehr die der über 65-Jährigen trifft. Diese Einstellung findet sich bei den jüngeren Engagierten weniger häufig.

Über das unterschiedliche Engagement von Frauen und Männern lassen sich zwar Aussagen machen, diese werden in der Studie allerdings nur für die Altersgruppen 14 bis 45 und 46 Jahre und älter untersucht. In der zweitgenannten Altersgruppe ist der Anteil der Engagierten von 1999 bis 2004 um 11 Prozentpunkte bei den Männern und nur 4 Prozentpunkte bei den Frauen gewachsen. 2004 waren bei den Frauen dieser Altersgruppe nur 28 % gegenüber 46 % bei den gleichaltrigen Männern freiwillig engagiert. Bei der jüngeren Altersgruppe ist der Abstand zwischen Frauen und Männern ebenso vorhanden, aber weniger ausgeprägt.

25) Da hier alle älteren Menschen betrachtet werden, fallen auch die höchsten Altersgruppen darunter, die sich aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen oder inzwischen (z.B. durch Todesfälle) fehlender sozialer Bezugspunkte nicht mehr engagieren können oder wollen. Dieser Umstand wirkt natürlich dämpfend auf den Anteil von 30 % in der gesamten Gruppe.

Unter den Bereichen, in denen sich die Menschen engagieren, gibt es geschlechterspezifische Schwerpunkte. Hier konnten allerdings keine Angaben nach Altersgruppen differenziert gemacht werden.

3.4.3. Mitglieder in Sportvereinen

Am 1.1.2006 waren etwa 15 % der rund 2,8 Millionen Mitglieder in den niedersächsischen Sportvereinen ²⁶⁾ über 60 Jahre alt. Dabei lag der Anteil der Frauen mit etwa 41 % deutlich unter deren Anteil an der Gesamtbevölkerung dieses Alters von 57 %. Die Betätigung in den einzelnen Sportarten der zum Landessportbund gehörenden Sportvereine ist bei den Senioren erwartungsgemäß recht unterschiedlich. Zu den beliebtesten Sportarten (Sparten) bei den über 60-jährigen Männern zählen Fußball, Schießsport und Turnen. Bei den Frauen ist es mit großem Abstand das Turnen, gefolgt von Schießsport und Tennis.

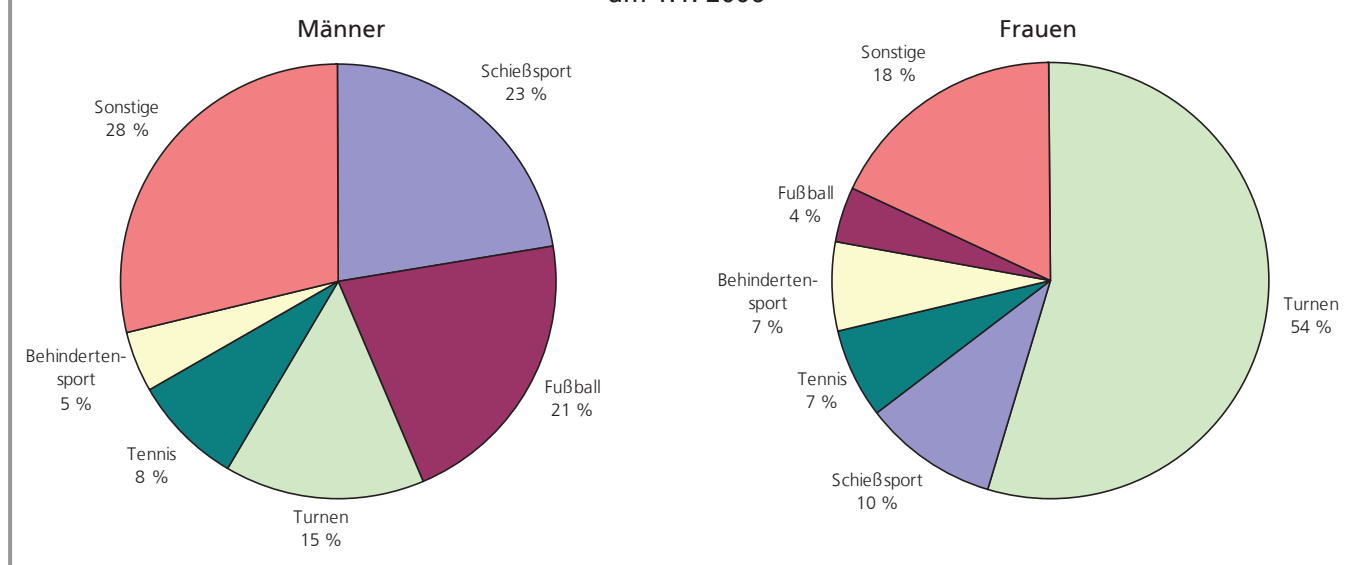
3.4.4. Das Wahlverhalten älterer Menschen – Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik anlässlich der Bundestagswahl 2005 –

Repräsentative Wahlstatistik

Die repräsentative Wahlstatistik bietet die Möglichkeit, das Wahlverhalten von Frauen und Männern in verschiedenen Altersgruppen in Niedersachsen genauer zu analysieren. Die repräsentative Stichprobe für die Untersuchung der Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler nach Ge-

26) Quelle: Statistik des Landessportbundes unter <http://www.lsb-niedersachsen.de>

Abb. 19. Die beliebtesten Vereinssportarten bei Personen im Alter von über 60 Jahren am 1.1. 2006



schlecht und Alter umfasste bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 18. September 2005 248 der insgesamt 9 220 niedersächsischen Wahlbezirke. In diesen Wahlbezirken waren mehr als 183 000 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt; das waren rund 3 % aller Wahlberechtigten in Niedersachsen. An die Wählerinnen und Wähler der ausgewählten Bezirke wurden Stimmzettel mit einer Markierung zu Geschlecht und einer von fünf Geburtsjahrgangsgruppen ausgegeben. Insgesamt wurden von der repräsentativen Wahlstatistik 2,9 % aller Wählerinnen und Wähler erfasst. Im Folgenden soll das Augenmerk insbesondere auf das Wahlverhalten der 60-jährigen und älteren Wählerinnen und Wähler in Bezug auf die Zweitstimmen gerichtet werden.

Wahlbeteiligung

Die repräsentativen Untersuchungen zeigen deutlich, dass das Wahlinteresse bei jungen Wählerinnen und Wählern relativ gering ist, mit zunehmendem Alter aber stetig ansteigt. Erst bei den über 70-Jährigen nimmt die Wahlbeteiligung (73,8 %) wieder deutlich ab. Am höchsten war die Wahlbeteiligung mit 83,7 % in der Gruppe der 60- bis 69-jährigen Wahlberechtigten. Ihre Wahlbeteiligung lag damit erheblich über dem Durchschnittswert aller Altersgruppen (76,2 %). Auffällig ist, dass die geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung in der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen nahezu identisch ist, während die Beteiligung der noch älteren Männer (70 Jahre und älter) um 11 Prozentpunkte über der der Frauen aus dieser Altersgruppe liegt (Männer: 80,7 %; Frauen: 69,6 %).

Parteipräferenzen

Altersspezifisches Wahlverhalten zeigt sich aber nicht nur im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung. Das unterschiedliche Stimmverhalten in den verschiedenen Altersgruppen hat auch deutlich Auswirkungen auf die Wählerstruktur der einzelnen Parteien. Vergleicht man die Stimmenanteile, die die angetretenen Parteien in den verschiedenen Altersgruppen erhalten haben, ergeben sich zum Teil recht deutliche Unterschiede.

Für die CDU ergibt diese Aufteilung der Stimmabgabe nach Altersgruppen eine massive Überrepräsentation der Wählerinnen und Wähler in der Altersgruppe ab 60 Jahren. Während die CDU bei allen Altersgruppen lediglich 32,7 % Stimmenanteil erreichen konnte, verbuchte sie bei den Senioren 42,5 Prozentpunkte und schneidet in dieser Altersgruppe von allen Parteien am besten ab. Insbesondere ein Vergleich des Stimmverhaltens der älteren Wählerinnen und Wähler mit der jüngsten Altersgruppe der unter 25-Jährigen macht deutlich, dass die CDU ihr größtes Wählerpotenzial bei den Senioren besitzt: Dort erhielt die Partei einen fast doppelt so hohen Stimmenanteil wie bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern. Aber auch eine Gegenüberstellung mit der nächst jüngeren Altersgruppe der 45- bis 60-Jährigen (CDU: 30,1 %) veranschaulicht die Tatsache, dass die Christdemokraten bei den älteren Wählern überproportional erfolgreich waren. Dennoch musste die CDU auch bei den Senioren im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 Verluste hinnehmen, und zwar in Höhe von 1,4 Prozentpunkten (Gesamt: - 1,4 Prozentpunkte).

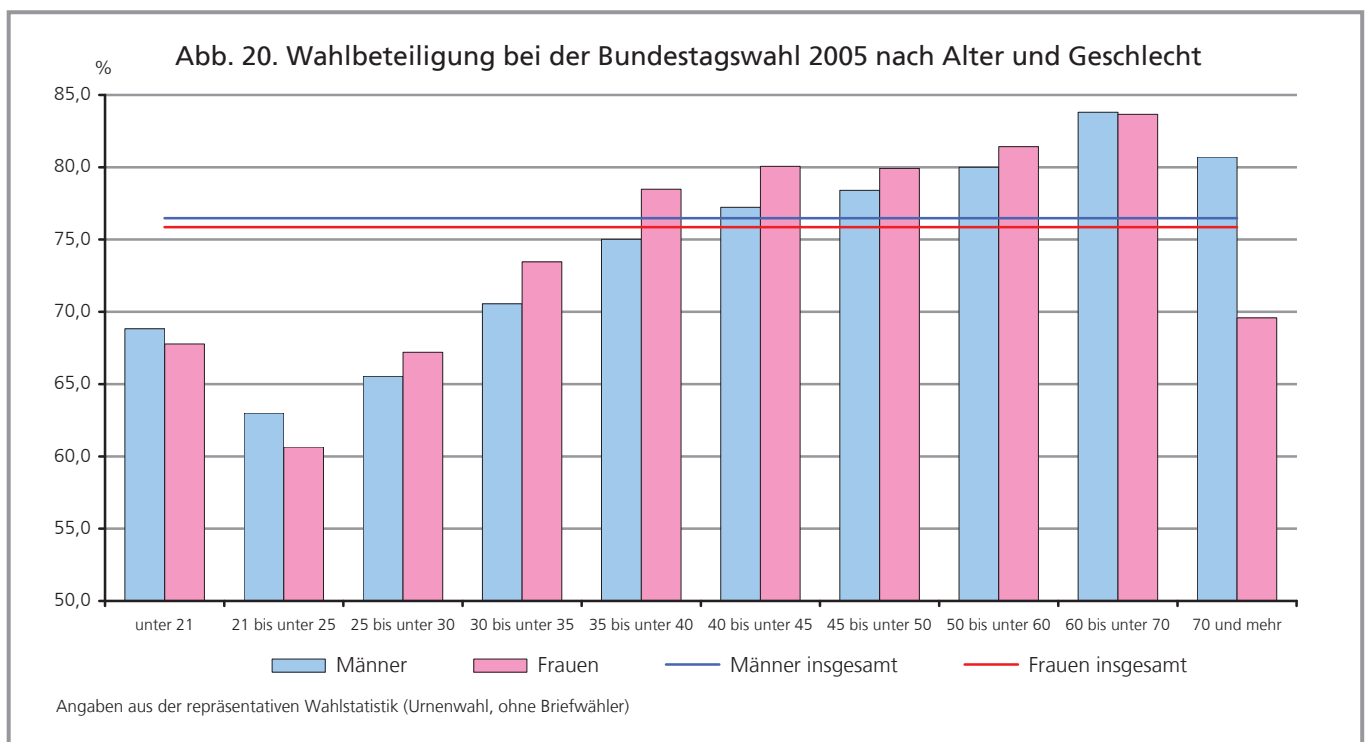
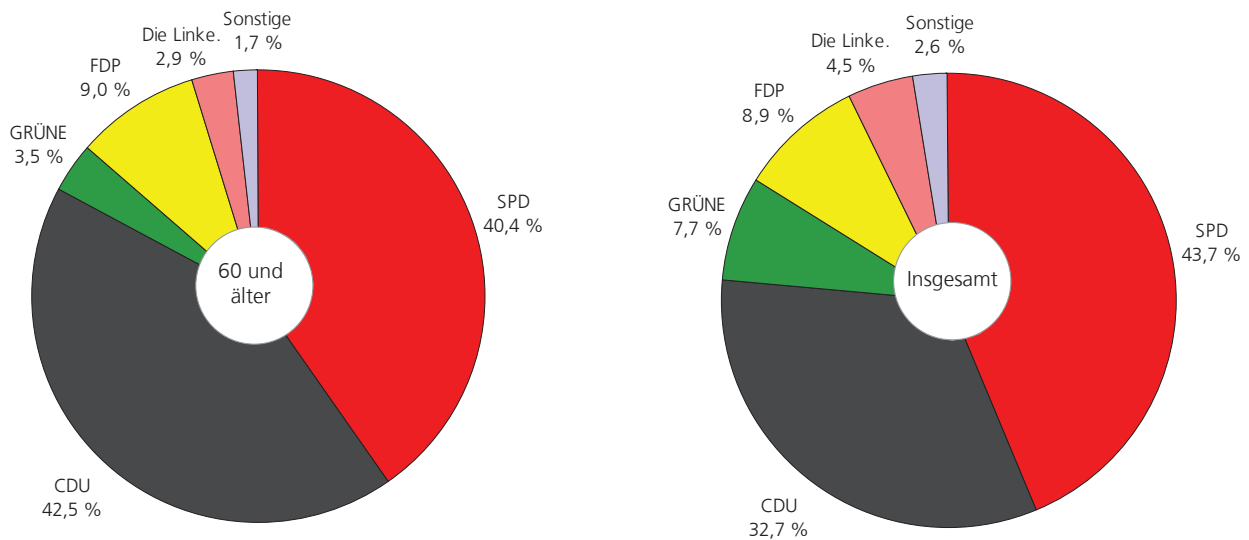


Abb. 21. Gültige Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005 nach Alter der Wähler



Angaben aus der repräsentativen Wahlstatistik (Urnen- und Briefwahl)

Geringfügig schlechter als die CDU schnitt die SPD in der Gunst der betagteren Wählerinnen und Wähler ab. Die Sozialdemokraten konnten in der Gruppe der über 60-Jährigen 40,4 % der Stimmen auf sich vereinigen. Auffallend ist, dass die Stimmenanteile der SPD in den demographischen Gruppen wesentlich gleichmäßiger verteilt sind, als bei der CDU. So hat die SPD mit 47,6 % Stimmenanteil bei den unter 25-Jährigen zwar ein deutlich besseres Ergebnis als bei den Senioren erzielen können, jedoch ist der altersspezifische Unterschied zwischen den beiden Altersgruppen bei weitem nicht so gravierend wie bei der Union. Auch insgesamt ist der Stimmenanteil, den die älteren Wahlberechtigten den Sozialdemokraten zukommen ließen, in etwa derselbe wie der Stimmenanteil, den die SPD von allen Altersgruppen erhielt (43,7 %). Auch bei den Senioren musste die SPD allerdings deutliche Verluste hinnehmen: Im Vergleich zu den Bundestagswahlen 2002 machten 4,1 Prozentpunkte weniger Wählerinnen und Wähler im Seniorenalter ihr Kreuz bei der SPD. Damit sind die Verluste in dieser Altersgruppe für die SPD nur geringfügig geringer als bei allen Altersgruppen (- 4,6 Prozentpunkte).

Noch deutlicher als bei der SPD zeigt bei der FDP der Stimmenanteil über die Altersgruppen hinweg ein sehr konstantes Bild. Während die Wählerinnen und Wähler von über 60 Jahren zu 9,0 % für die Freidemokraten votierten, waren es in allen Altersgruppen mit 8,9 % nahezu genauso viele. Interessant ist die Tatsache, dass die Liberalen gegenüber der Bundestagswahl 2002 in der Gruppe der Senioren einen deutlich höheren Zuwachs verzeichnen konnten (2,9 Prozentpunkte) als bei den unter 25-jährigen Wählerinnen und Wählern (0,8 Prozentpunkte).

Auch wenn die GRÜNEN ihr Ergebnis bei den älteren Wählerinnen und Wählern leicht steigern konnten (+ 0,3 Prozentpunkte), schneiden sie bei den Senioren deutlich schlechter ab als bei jüngeren Altersgruppen. Der Anteil der 60-jährigen und älteren Wählerinnen und Wählern, die ihre Stimme den GRÜNEN gaben (3,5 %), liegt nur etwa halb so hoch wie der Stimmenanteil dieser Partei bei allen Altersgruppen (7,7 %). Auch wenn die Wählerklientel der GRÜNEN insgesamt altert, gelingt es der Partei bisher offenbar nicht, auch bei den Senioren maßgeblich Wählerpotenziale zu erschließen.

Noch geringeres Interesse als an den GRÜNEN zeigten die älteren Wählerinnen und Wähler an der Linkspartei. Bei den Senioren kam die Partei lediglich auf 2,9 % Stimmenanteil, während sie bei allen Altersgruppen 4,5 % der Wählerstimmen für sich verbuchen konnte.

4. Senioren als wirtschaftliche Zielgruppe

Die durch den Übergang in den Ruhestand gewonnene freie Zeit der Senioren, insbesondere in Kombination mit zum Teil guten finanziellen Möglichkeiten, macht diese wachsende Zielgruppe aus wirtschaftlicher Sicht interessant. Aber auch die sich im Alter ändernden Ansprüche an Produkte wie bessere Lesbarkeit von Beschriftungen oder einfache Bedienbarkeit von Geräten auch bei gesundheitlichen Einschränkungen bieten steigende Chancen für die Wirtschaft einer alternden Gesellschaft. Der Bereich der sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen kann von der sich ändernden Altersstruktur aus wirtschaftlicher Sicht ebenso profitieren wie die Produzenten und der Vertrieb von dafür benötigten Geräten und Hilfs-

mitteln (z.B. Medizintechnik). Die beiden nächsten Abschnitte behandeln diesen Zusammenhang exemplarisch.

4.1. Dienstleistungen für ältere Menschen – Altenpflege als regionaler Wirtschaftsfaktor

Die demographische Entwicklung und der Alterungsprozess der Bevölkerung bringen nicht nur Probleme und Risiken, sondern auch Chancen und Entwicklungspotenziale mit sich. Bundesweit galten Ende 2003 2,08 Mio. Personen als pflegebedürftig. 85,5 % dieser pflegebedürftigen Menschen waren älter als 60 Jahre ²⁷⁾. Die „Pflegequote“, der Anteil der pflegebedürftigen Personen in Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, lag 2003 deutschlandweit nur bei 2,5 %, differierte aber sehr stark nach dem Alter. Einer Pflegequote von 0,5 % bei den bis zu 60-Jährigen standen folgende Quoten bei den Hochbetagten gegenüber:

80 bis 85-Jährige: 20,6 %
85 bis 90-Jährige: 39,9 %
90 bis 95-Jährige: 60,4 %
über 95-Jährige: 56,1 %.

Da genau diese Bevölkerungsgruppen der Hochbetagten in den nächsten Jahren quantitativ stark zunehmen werden, wird entsprechend für deren Betreuung und Pflege mehr Arbeit aufgewendet werden müssen. Diese Arbeit werden die sozialen Netzwerke, vor allem die Familien, leisten müssen, aber auch professionelle ambulante Pflegedienste und Pflegeheime. Die Altenpflege ist damit schon heute nicht nur ein Kostenfaktor der Sozialbilanz, sondern ein ernstzunehmender und zwangsläufig expandierender Wirtschaftszweig. Ende 2003 arbeiteten in dieser Branche 711 754 tätige Personen ²⁸⁾, und zwar 200 897 von diesen in den ambulanten Pflegediensten und 510 857 in Pflegeheimen. Auf Niedersachsen entfielen 78 031 tätige Personen, eine Zunahme von 15 % gegenüber 1999 und ein Anteil von 11 % an Deutschland (vgl. Kapitel 3.1.3.).

Wie diese Zuwachsraten zeigen, profitiert die Pflegebranche stark vom demographischen Wandel, der die Nachfrage nach ihren Dienstleistungen laufend erhöht. Während die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in Niedersachsen von 1999 bis 2003 nur um knapp 2 % wuchs, legte die Pflegebranche um 14,7 % zu. Sie beschäftigt damit mehr Menschen als z.B. der Maschinenbau (2004: 51 529) oder die Chemie (2004: 27 318). Einschränkend muss man natürlich darauf hinweisen, dass weniger als die Hälfte der Beschäftigten Vollzeitkräfte sind. Es gibt auch zahlreiche geringfügig Beschäftigte, Praktikanten, Zivildienstleistende

u.ä. Die Altenpflege ist – auch wenn sie mittlerweile nicht mehr nur in den Familien, sondern professionell organisiert ist – eine Frauendomäne: 87 % der Beschäftigten sind weiblichen Geschlechts.

Damit ergeben sich für die Regionen Niedersachsens Chancen: Die Pflegebranche bearbeitet einen wachsenden Markt und die Arbeitsplätze sind nicht exportierbar und damit relativ sicher. Die Abbildung 22 (S. 82) zeigt, wie in Niedersachsens Landkreisen und kreisfreien Städten diese Chancen genutzt wurden. Dargestellt werden für alle Landkreise und kreisfreien Städte die Zahl der Arbeitsplätze im Pflegebereich (ambulante plus stationäre Pflege), bezogen auf die Zahl der Einwohner. Mit der Einwohnerzahl werden die Basisdaten standardisiert, um das regional unterschiedliche Gewicht der Pflegebranche herauszuarbeiten. Diese Standardisierung ist notwendig, weil sich ansonsten die Platitude ergäbe, dass in großen Städten eben auch viel Pflegepersonal arbeitet.

Bemerkenswert ist die in der Karte dokumentierte regionale Verteilung. Landesweit kamen Ende 2003 auf 1 000 Einwohner 9,8 Beschäftigte in der Altenpflege, und damit mehr als im Bundesdurchschnitt von 8,6 Beschäftigten. Die Karte zeigt: Die Arbeitsplätze sind regional nicht gleichverteilt, sondern sind in den überalterten Regionen des Berg- und Hügellandes besonders stark vertreten. Im Kreis Goslar arbeiteten 2 093 Beschäftigte, im Kreis Osterode am Harz waren es 1 298. Bezogen auf 1 000 Einwohner waren dies in Goslar 13,6 Arbeitsplätze, in Osterode sogar 15,6. Der Landkreis Osterode nimmt damit sogar bundesweit den Spitzenplatz unter Landkreisen (ohne die kreisfreien Städte) ein ²⁹⁾. Sehr hohe Werte findet man auch in den Landkreisen Schaumburg (12,7) und Hameln-Pyrmont (12,6) – auch dies von Überalterung bedrohte (vgl. Kapitel 2.1 und 5), aber touristisch hochattraktive Gebiete mit einer exzellenten Infrastruktur im „Gesundheitstourismus“ – man denke an Bad Pyrmont und Bad Nenndorf, genauso wie man im Harz an Bad Harzburg, Bad Lauterberg usw. denkt.

Bundesweit liegen mit den Landkreisen Osterode am Harz, Goslar, Schaumburg, Hameln-Pyrmont und Hildesheim fünf unter den ersten acht in Bezug auf den Arbeitsplatzbesatz in der Pflege. Damit sind die niedersächsischen Regionen hier führend. Die Infrastruktur dieser Regionen ist auf die Bedürfnisse älterer Menschen gut zugeschnitten. Sie bieten – neben der Pflege – viele traditionellen Kur- und Erholungseinrichtungen, eine exzellente medizinische Versorgung und ein attraktives Umfeld, so dass sie Senioren auch aus anderen Regionen anziehen.

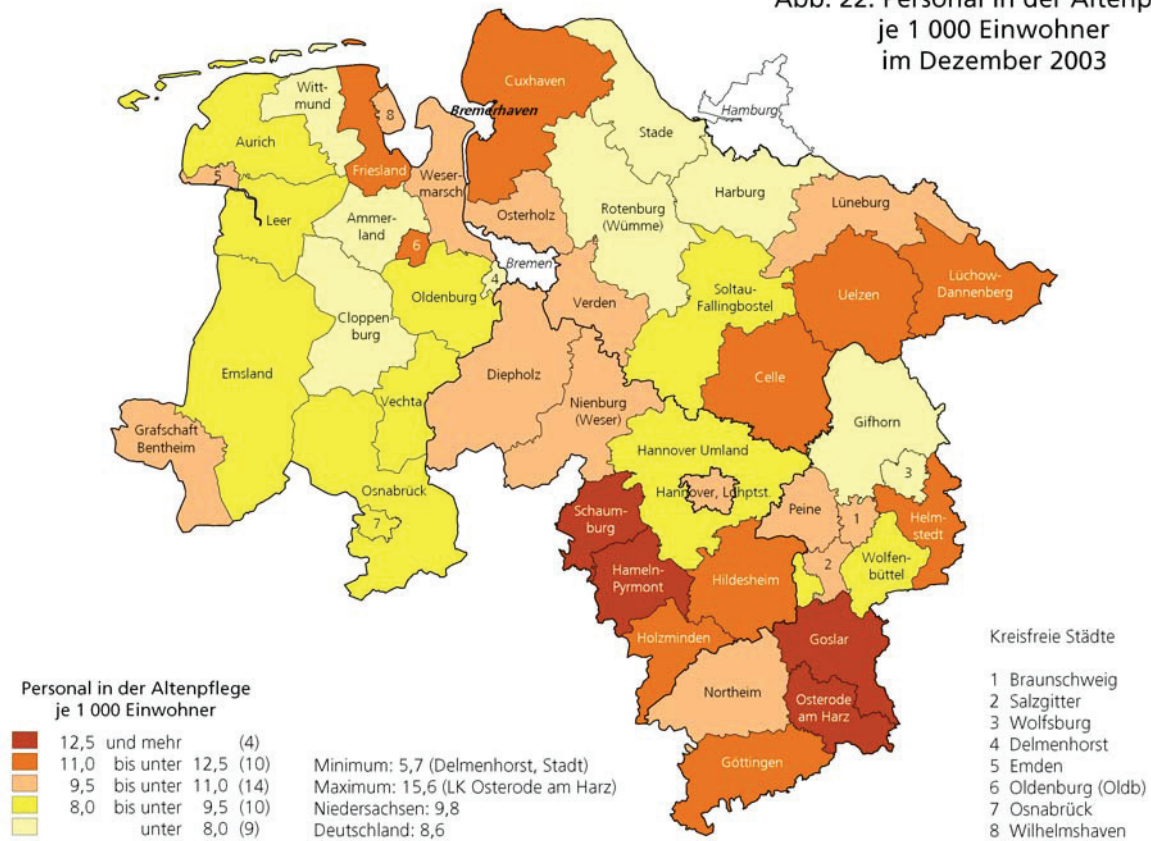
In Niedersachsen sind es gerade relativ periphere Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und problemati-

27) Deswegen wird im Folgenden etwas vereinfachend von Altenpflege gesprochen, obwohl 15,5 % der Pflegebedürftigen jünger als 60 Jahre sind und damit z.B. wegen schwerer Behinderungen und nicht aus Altersgründen pflegebedürftig sind.

28) Doppelzählungen sind nicht ausgeschlossen, wenn Beschäftigte in mehreren Arbeitsverhältnissen standen.

29) Siehe auch bundesweiter Vergleich von Prof. Lothar Eichhorn in den Statistischen Monatsheften Niedersachsen, Ausgabe 9/2006. Dieser Vergleich zeigt, dass Niedersachsens Regionen in Bezug auf den Arbeitsplatzbesatz in der Altenpflege gut aufgestellt sind.

Abb. 22. Personal in der Altenpflege
je 1 000 Einwohner
im Dezember 2003



schen Arbeitsmärkten, die einen hohen Besatz an Pflegearbeitsplätzen aufweisen: Neben den oben schon genannten gilt dies auch für Holzminden und Göttingen, genauso wie für Celle, Uelzen und Lüchow-Dannenberg in Nordostniedersachsen und für Cuxhaven und Friesland im Norden. Wenn den pflegebedürftigen Menschen eine auf ihre Bedürfnisse angepasste Infrastruktur angeboten wird und außerdem die landschaftlichen und kulturellen Schönheiten und Besonderheiten der Regionen zum Tragen kommen, dann kann die Altenpflege gerade auch in eher ländlichen Regionen zum bedeutenden Wirtschaftsfaktor werden.

4.2 Produktion von bzw. mit Handel mit speziellen Produkten für Senioren

Der wachsende Anteil von Senioren an der Gesamtbevölkerung erhöht selbstverständlich auch die Bedeutung dieser Zielgruppe aus Sicht des produzierenden Gewerbes bzw. des Handels. Es liegt auf der Hand, dass bestimmte Produkte oder Produktgruppen besonders von Senioren benötigt werden. Hierzu zählen z.B. medizinische Hilfsmittel wie Hörgeräte oder Brillen. Auf der anderen Seite gibt es keine Produkte, die ausschließlich dieser Zielgruppe zugeordnet werden können. Außerdem können sich

Produktionswerte im Zeitablauf schlicht durch Produktionsverlagerungen in andere Bundesländer oder das Ausland ändern, ohne dass dies einen geänderten Bedarf bedeutet.

Daher ist es schwierig, zeitliche Entwicklungen von Produktionsmengen bzw. -werten der Veränderung des Seniorenanteils in der Bevölkerung zuzuordnen. Exemplarisch soll hier (S. 83) die Entwicklung des Produktionswertes von Brillengläsern in Niedersachsen für die letzten zehn Jahre dargestellt werden.

Über den gesamten Zeitraum sind sowohl die Menge in Niedersachsen produzierter Brillengläser als auch deren Wert deutlich gestiegen.

Auffällig ist der jeweils starke Anstieg zwischen 2002 und 2003 sowie der starke Abfall der Werte im darauffolgenden Jahr. Diese Entwicklung spiegelt vermutlich die im Rahmen der Gesundheitsreform eingetretene gesetzliche Änderung wider, nach der ab dem 1.1.2004 nur noch unter 18-Jährige Anspruch auf Leistungen ihrer gesetzlichen Krankenkasse für Brillen haben. Ausnahmen existieren bei den Erwachsenen lediglich für eine kleine Gruppe von schwer Sehbeeinträchtigten.

Tab. 17. Entwicklung der Produktionsmenge und des Produktionswertes von Brillengläsern (Jahressumme 2000 = 100)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Produktionsmenge	75,8	72,0	66,1	72,9	80,9	100,0	112,3	106,2	129,8	96,6	111,3
Produktionswert	82,4	68,9	60,2	62,2	71,7	100,0	113,7	103,9	123,8	95,9	125,0

Einen ähnlichen Effekt hatte sicherlich auch das Beitragsentlastungsgesetz von 1996, in welchem u.a. der Kassenzuschuss für Brillengestelle gestrichen wurde, der bis dahin maximal 20 DM alle drei Jahre betrug.

5. Ausblick: Senioren bis zum Jahr 2050

Etwa ab 2015 werden die geburtenstarken Jahrgänge der 1950/60-er Jahre das Rentenalter erreichen und der Seniorenanteil der Bevölkerung wird sich zunehmend erhöhen. Um längerfristige Entwicklungstendenzen der Bevölkerung, deren räumliche Verteilung sowie deren strukturelle Veränderungen besser einschätzen zu können, werden auf der Basis der bisherigen demographischen Entwicklung regelmäßig Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführt. Diese bilden eine wichtige Grundlage für die Abschätzung des künftigen finanziellen und personellen (z.B. Pflegepersonal) Bedarfs, der sich aus dem wachsenden Seniorenanteil künftig ergeben wird.

Eine Bevölkerungsvorausberechnung ist jedoch keine Vorhersage, sondern macht lediglich auf Tendenzen aufmerksam. Diese treten dann ein, wenn die der Vorausberechnung zugrunde gelegten Annahmen bezüglich Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit, Wanderungen etc. zutreffen. Dabei ist zu beachten, dass die Entwicklung dieser Einflussfaktoren mit zunehmendem Abstand zum Basisjahr immer schwieriger einzuschätzen ist und die Unsicherheit steigt.

Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung ³⁰⁾

Auf der Basis der bisherigen demographischen Entwicklung werden bundesweit regelmäßig koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführt. Dies sind nach abgestimmten Annahmen berechnete Bund-Länder-Prognosen. Derzeit liegt die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vor.

Das Prinzip der angewandten Vorausberechnungsmethode ist die geburtsjahrgangsweise Fortschreibung ihrer jeweiligen Basisbevölkerung. Die nach Alter und Geschlecht gegliederte Bevölkerung rückt beim Wechsel des Vorausberechnungsjahres – vermindert um die Zahl der zu erwartenden alters- und geschlechtsspezifischen Sterbefälle

– in den nächsthöheren Altersjahrgang auf. Gleichzeitig wird die Zahl der Lebendgeborenen, die das Geburtskalenderjahr überleben, als neuer Jahrgang hinzugefügt. Die jährliche, nach Alter und Geschlecht gegliederte Nettozuwanderung wird jeweils in die vorhandene Bevölkerung einbezogen und im Sinne dieses Modells mit fortgerechnet. Dabei wird unterstellt, dass die Wanderungsbevölkerung das gleiche generative Verhalten und das gleiche Sterblichkeitsniveau aufweist wie die übrige Bevölkerung.

Für die vorliegende Vorausberechnung wurde als Basisbevölkerung der auf der Grundlage der Volkszählung 1987 nach Geschlecht und Altersjahren fortgeschriebene Bevölkerungsstand zum 31.12.2001 (= 01.01.2002) verwendet. Soweit zum Zeitpunkt der Berechnungen bereits Daten aus dem Jahr 2002 vorlagen, flossen diese mit ein. In die Vorausberechnung fließen neben den vorliegenden Basisdaten stets Annahmen bezüglich der künftigen Entwicklung der Lebenserwartung und des Zuwanderungsgewinns mit ein. Abhängig von den jeweils gewählten Annahmen gibt es daher verschiedene Varianten der Vorausberechnung. Für die hier fokussierte Entwicklung des Seniorenanteils der Bevölkerung soll die Variante 5 herangezogen werden.

Stetige Veränderung der Altersstruktur

Die Altersstruktur wird sich in steigendem Maße verändern (vgl. Abbildung 23, S. 84). Die künftige Struktur der Bevölkerung ist weitgehend durch die derzeitige Bevölkerung determiniert. Die sogenannte Alterspyramide wird sich daher in ihrem Aussehen zunehmend dem einer seltsam geformten Säule annähern. An die Stelle der stärker besetzten Jahrgänge treten allmählich zahlenmäßig deutlich schwächer besetzte Jahrgänge.

Aufgrund der unregelmäßigen Besetzung der Altersjahre ergibt sich zunächst jedoch ein ungleichmäßiges Bild der Veränderung (vgl. Abbildung 24, S. 85). So würde die Zahl der 20- bis unter 34-Jährigen im Jahr 2020 höher, die der 49- bis unter 64-Jährigen sogar deutlich höher ausfallen als heute. Letzteres allerdings nur, weil die betroffenen Altersjahre der Altersstruktur 2005 aufgrund der Geburtenausfälle während des Zweiten Weltkrieges schwach besetzt sind. 2020 fallen die während des Babybooms der 1960-er Jahre Geborenen in diese Altersgruppe. Die Besetzung der Altersgruppe der 34- bis unter 49-Jährigen dürfte 2020 erheblich geringer sein. Ab 76 Jahre wären die Altersjahre stärker besetzt als heute.

³⁰⁾ Vgl. Thomsen, Dr. Margot: Auch für Niedersachsen sind erhebliche Veränderungen der Altersstruktur zu erwarten, in Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/2004.

Abb. 23. Bevölkerung am 31.12.2005, 31.12.2015, 31.12.2030, 31.12.2050
nach Alter und Geschlecht

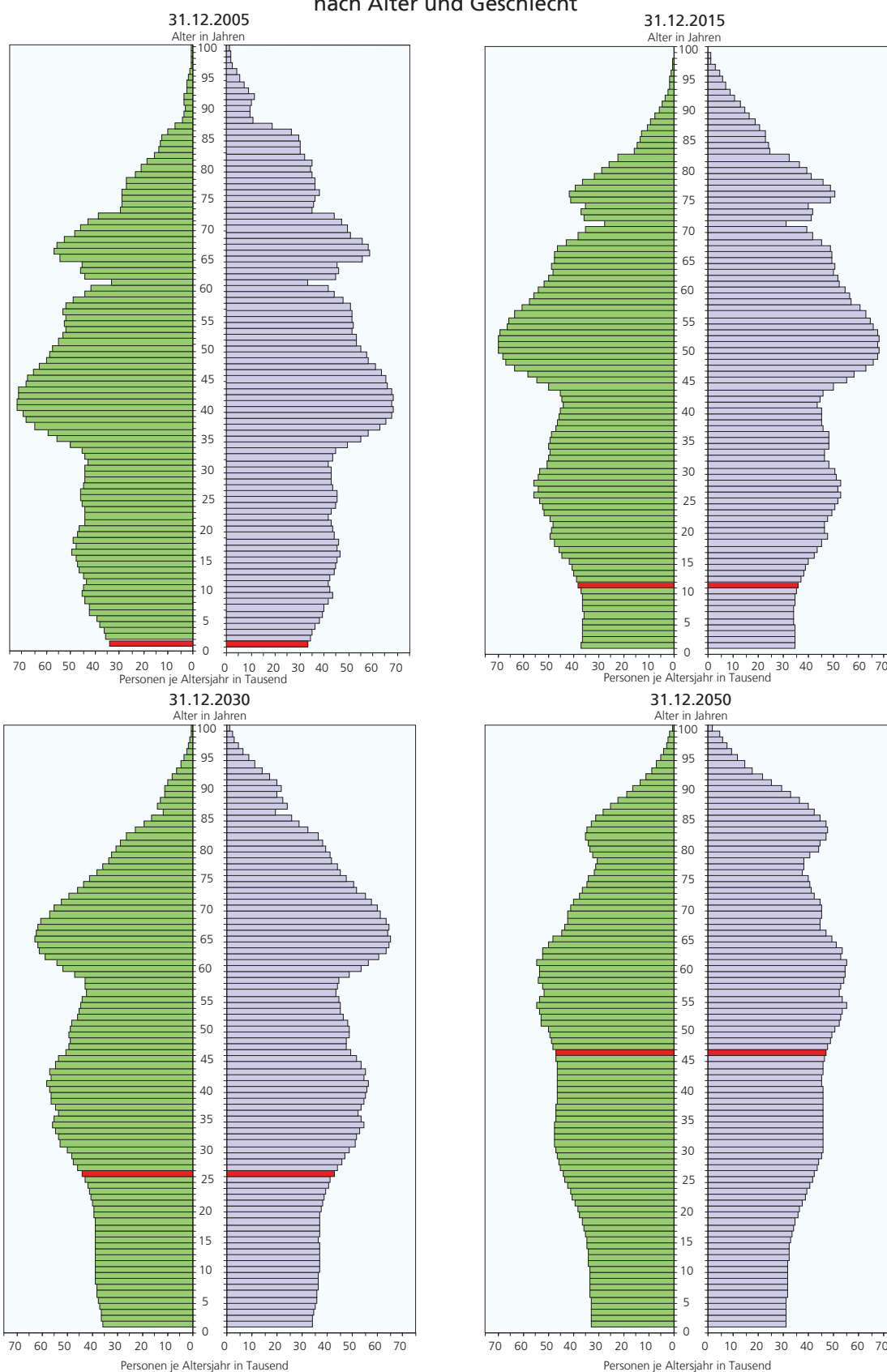
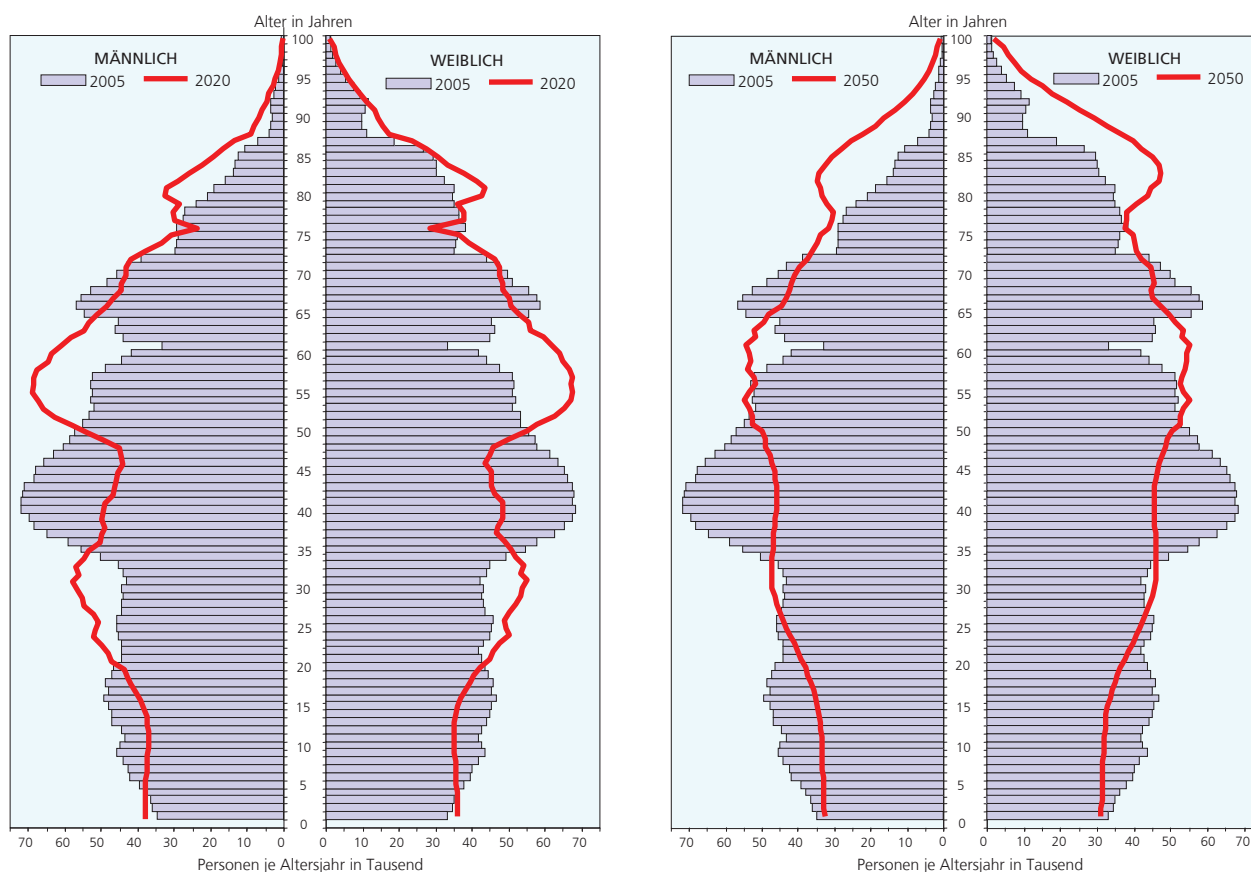


Abb. 24. Bevölkerungsstruktur 2005 im Vergleich zu 2020 und 2050



Im Jahr 2050 werden voraussichtlich fast alle Altersjahre bis unter 72 Jahre z. T. erheblich niedriger besetzt sein als heute. Eine Ausnahme bilden lediglich die Altersjahre 26 bis unter 33, die mit einer schwächer besetzten Elterngeneration (siehe Geburtenrückgang seit 1997) zusammenhängen dürften, sowie die Jahrgänge der 52- bis unter 64-Jährigen, deren Differenz sich ebenfalls auf die Geburtenausfälle während des Zweiten Weltkrieges zurückführen lässt. 2050 wären die Altersjahre ab 75 Jahre deutlich stärker besetzt als heute.

Erheblich weniger Kinder und Jugendliche

In der Folge wird sich auch die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung weiter verändern (vgl. Abbildung 25, S. 86). Während der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis unter 20 Jahren an der Gesamtbevölkerung 1970 noch 31 % betrug, würde er von heute gut 21 % über fast 19 % (2020) auf 17 % Ende 2050 sinken. Die Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen dürfte dann von heute 1,7 Mio. (2005) auf 1,33 Mio. abgenommen haben. 1970 gab es dagegen noch 2,21 Mio. Kinder und Jugendliche.

Geringe Veränderung bei den Erwerbsfähigen?

Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung ³¹⁾ im Alter von 20 bis unter 60 Jahren an der Gesamtbevölkerung wird sich wahrscheinlich nur wenig verändern. Während er 1970 ca. 49 % betrug, würde er von heute 53,7 % wieder auf 49 % Ende 2050 fallen. In diesem Zeitraum wird sich jedoch die Zahl der Erwerbsfähigen von derzeit 4,3 Mio. (2005) auf voraussichtlich 3,8 Mio. (2050) verringern.

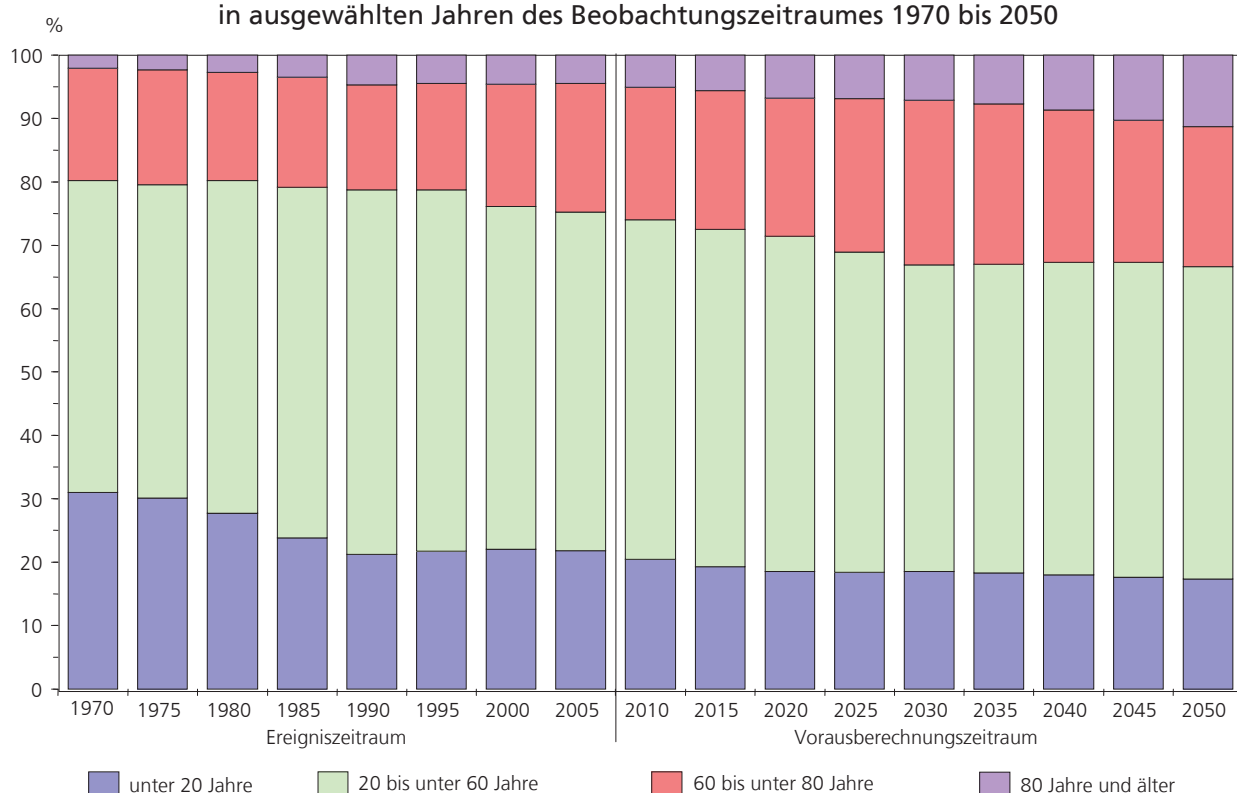
Deutlich mehr Ältere

Parallel dazu ist sowohl mit einem deutlichen Anstieg der Bevölkerung ab 60 Jahre als auch mit einem deutlichen Anstieg ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung zu rechnen. Die Anzahl der älteren Personen dürfte sich zunächst von gegenwärtig 2,0 Mio. über 2,31 Mio. im Jahr 2020 auf 2,57 Mio. Ende 2050 erhöhen ³²⁾. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, der 1970 noch fast 20 % betrug, würde von gegenwärtig 25 % auf gut 33 % wachsen.

31) Es wird an dieser Stelle auf die Erwerbsfähigkeit abgestellt, nicht auf die tatsächliche Erwerbstätigkeit.

32) Für das Jahr 2005 ergab sich eine Abnahme der Zahl der Personen ab 60 Jahre um rund 4 300 Personen gegenüber dem Vorjahr, weil der geburtenschwache Jahrgang 1945 in diese Altersgruppe wechselte.

Abb. 25. Proportionales Erscheinungsbild spezifizierter Altersgruppen in ausgewählten Jahren des Beobachtungszeitraumes 1970 bis 2050



2050 ist jeder Neunte 80 Jahre alt oder älter

Insbesondere die Entwicklung der Anzahl von Hochbetagten, d.h. Personen, die 80 Jahre alt oder älter sind, ist von großem Interesse, weil diese Personengruppe im Allgemeinen eine höhere Unterstützung benötigt. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung war bisher relativ gering, auch wenn dieser sich zwischen 1970 (2,1 %) und heute mit 4,7 % etwas mehr als verdoppelt hat. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Hochbetagten von 145 000 auf jetzt 372 700 Personen. Laut Vorausberechnung dürfte ihre Anzahl in Zukunft über 550 000 (2020) auf 865 000 im Jahr 2050 steigen. Entsprechend würde sich der Anteil an der Gesamtbevölkerung über 6,8 % (2020) auf 11,3 % (2050) erhöhen. Während heute jeder 21. Einwohner Niedersachsens 80 Jahre oder älter ist, wird dann sehr wahrscheinlich im Jahr 2020 fast jeder 15. und im Jahr 2050 annähernd jeder Neunte der Gesamtbevölkerung zu den Hochbetagten zählen.

Die Zahl der zu versorgenden Personen steigt von 87 auf 106

Anhand der sogenannten Belastungsquoten können Aussagen über die Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der Kinder, Jugendlichen und Älteren, für die jeweils 100 Erwerbsfähige aufkommen müssen, gewonnen werden.

Die Gesamt-Belastungsquote ³³⁾ beträgt derzeit (2005) 86,3, d.h. 100 erwerbsfähige Personen zwischen 20 und 60 Jahren haben annähernd 87 Kinder, Jugendliche und Ältere zu versorgen. Sie dürfte sich auf zunächst gut 106 im Jahr 2030 erhöhen, um dann auf 103 im Jahr 2050 zu sinken. Ihre Entwicklung ist fast ausschließlich auf die Entwicklung der Alten-Belastungsquote ³⁴⁾ zurückzuführen (vgl. Abbildung 26, S. 87). Die Jugend-Belastungsquote ³⁵⁾ würde von gegenwärtig 39,7 nach einem leichten, vorübergehenden Anstieg auf 35 (2050) sinken. Damit ständen 35 Kinder und Jugendliche 100 erwerbsfähigen Personen gegenüber. Die Alten-Belastungsquote dürfte dagegen von heute 46,6 auf 68 im Jahr 2030 und damit um gut 46 % steigen. In den nachfolgenden Jahren könnte sich dieses Niveau annähernd halten.

Regionale Bevölkerungsvorausschätzung für das Jahr 2020

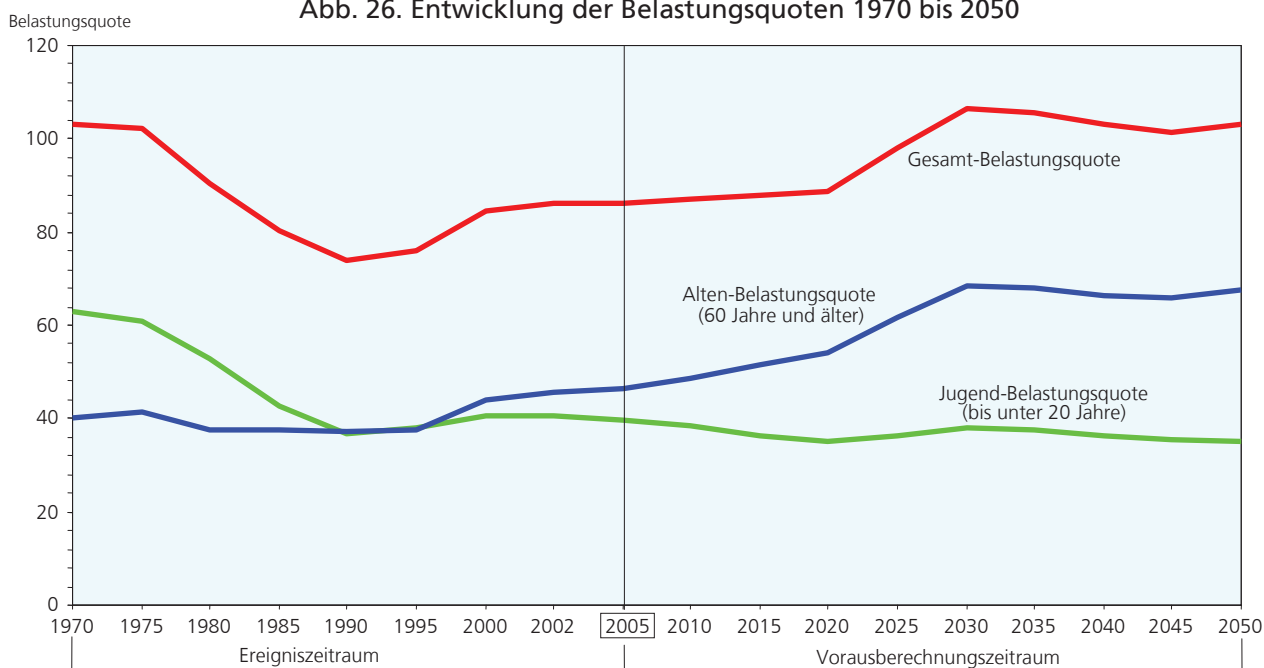
Die auf Basis der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik erstellte Prognose für die kreisfreien Städte, Landkreise und großen Städte ab ca. 50 000 Einwohner in Nie-

33) Kinder und Jugendliche bis unter 20 Jahren und Ältere ab 60 Jahren auf 100 Erwerbsfähige. – Es wird an dieser Stelle auf die Erwerbsfähigkeit abgestellt, nicht auf die tatsächliche Erwerbstätigkeit.

34) Ältere ab 60 Jahren auf 100 Erwerbsfähige

35) Kinder und Jugendliche bis unter 20 Jahren auf 100 Erwerbsfähige

Abb. 26. Entwicklung der Belastungsquoten 1970 bis 2050



1) Ab 2006 Schätzwerte der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 "mittlere" Bevölkerung: Mittlere Wanderungsannahme (jährlicher Saldo von mindestens 22 000) und mittlere Lebenserwartungsannahme (durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 81 bzw. 87 Jahren).

dersachsen reicht bis zum 01.01.2021 ³⁶⁾. Die Ergebnisse dieser Vorausschätzung, die gegenüber der 10. koordinierten zwar einen kürzeren Abstand zum Basisjahr hat, aber dafür aufgrund der kleineren regionalen Einheiten einen höheren Unsicherheitsfaktor aufweist, zeigen unter anderem auch eine wahrscheinliche Entwicklung des Seniorenanteils an der Bevölkerung in den niedersächsischen Regionen auf.

Die für Niedersachsen insgesamt prognostizierte Veränderung der Altersstruktur ist auch in allen Regionen feststellbar, auch wenn es kreisfreie Städte bzw. Landkreise gibt, in denen diese Veränderungen schneller erfolgen als in anderen. Die Zahl der ab 60-jährigen Personen wird sich von gegenwärtig 2,0 auf 2,25 Mio. bis Ende 2020 erhöhen und damit um 12,5 % zunehmen. Der Anteil dieser Personengruppe an der Gesamtbevölkerung wird damit in den nächsten 15 Jahren von 25,0 auf 28,3 % steigen.

Im Süden und Nordosten Niedersachsens ist der Anteil der älteren Menschen schon jetzt besonders hoch (vgl. Kapitel 2.2. und Abbildung 27, S. 88). In Anbetracht des hohen Anteils an Kindern und Jugendlichen im Bezirk Weser-Ems gibt es dort erwartungsgemäß relativ wenig Ältere. Die entsprechenden Anteile erreichen in den Landkreisen Vechta und Cloppenburg unter 20 %. Der Landkreis Emsland liegt knapp darüber.

³⁶⁾ Vgl. Thomsen, Dr. Margot: Regionale Bevölkerungsvorausschätzung: Im Süden Niedersachsens die höchsten Abnahmen, in Statistische Monatshefte Niedersachsen 2/2005

Ein Vergleich mit der entsprechenden Darstellung (siehe Abbildung 28, S. 88) für das Jahr 2020 zeigt, dass der Anteil der Personen ab 60 Jahren in fast allen kreisfreien Städten und Landkreisen in der Regel deutlich zunehmen wird.

Ausnahmen von dieser Entwicklung könnten die drei kreisfreien Städte Braunschweig, Osnabrück und Wolfsburg bilden. Im Rahmen der regionalen Vorausschätzung ergeben sich für diese Städte nur geringe Veränderungen. In Braunschweig gäbe es von 2005 bis zum Ende des Vorausschätzungszeitraums eine geringe Erhöhung des Anteils Älterer um 0,4 Prozentpunkte auf 26,8 %. Die Zahl der älteren Personen könnte sich um etwa 1 700 auf gut 63 100 reduzieren. In der Stadt Osnabrück wären im Vergleich zu 2005 mit etwa 24,1 % der Gesamtbevölkerung – und damit 0,4 Prozentpunkte weniger – 60 Jahre alt oder älter. Gleichzeitig würde die Zahl der Personen in dieser Altersgruppe von derzeit 40 000 auf 40 600 Personen ansteigen. In der Stadt Wolfsburg, in der gegenwärtig 34 641 und damit 28,6 % der Einwohner zu den Älteren zählen, würden Anfang 2021 etwa 700 Personen weniger in dieser Altersgruppe leben; das wären etwa 33 900 Personen bzw. 28,1 % der Gesamtbevölkerung.

Die Veränderungen der Anteile Älterer an der Gesamtbevölkerung erfolgen nicht, wie bei den Jüngeren ³⁶⁾, tendenziell nach einer groben Regel. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Älteren stärker von Wanderungsbewegungen beeinflusst wird, sei es, dass junge Leute aus beruflichen Gründen fortziehen, z. B. aus dem

Abb. 27. Anteil der Personen
im Alter von 60 Jahren und mehr
an der Gesamtbevölkerung 2005

Landkreise und kreisfreie Städte
Gebietsstand: 31.12. 2005

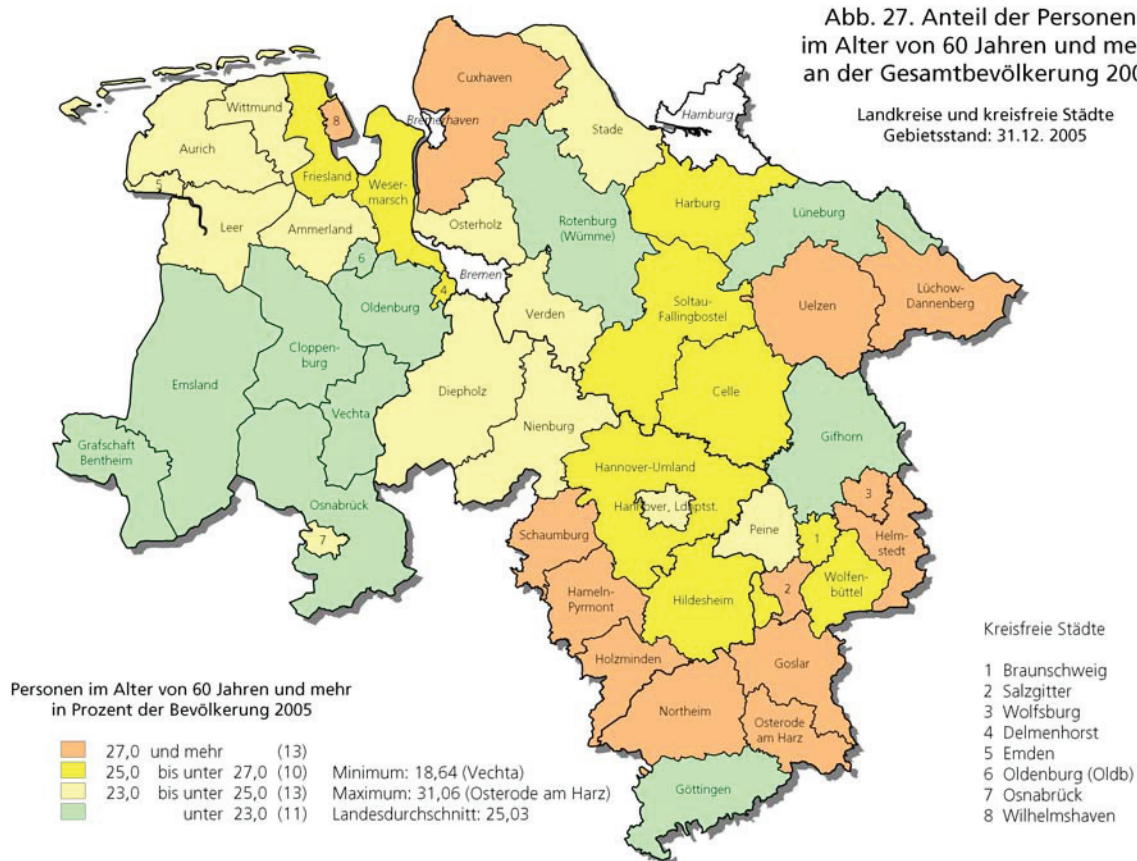
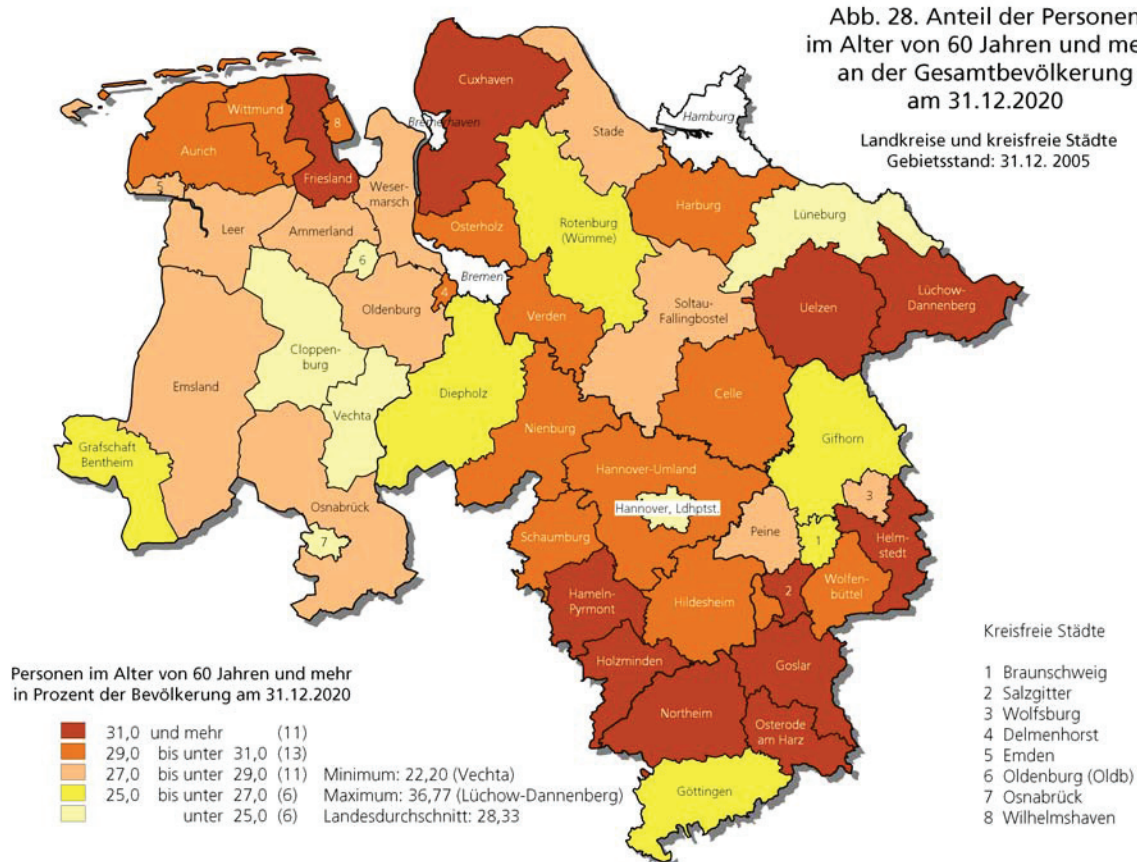


Abb. 28. Anteil der Personen
im Alter von 60 Jahren und mehr
an der Gesamtbevölkerung
am 31.12.2020

Landkreise und kreisfreie Städte
Gebietsstand: 31.12. 2005



Landkreis Lüchow-Dannenberg, oder Ältere zuziehen, weil der neue Wohnort den Bedürfnissen der Älteren besser entspricht.

Gleichwohl gibt es auch 2021 deutlich unterscheidbare Regionen mit einem höheren Anteil Älterer, dazu gehören der Süden, der Nordosten und Teile der Küste Niedersachsens, sowie Regionen mit deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegendem Anteil an älteren Personen, wie in den Landkreisen Cloppenburg und Vechta und in den Städten Osnabrück und Oldenburg.

Die Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsvorausschätzung weisen darauf hin, dass mit einer Zunahme des Al-

tenanteils von 2005 an um 6,4 Prozentpunkte bzw. 5,7 Prozentpunkte auf 36,8 % im Jahr 2021 die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Osterode am Harz vermutlich den Spitzenplatz einnehmen werden. Es folgen die Landkreise Goslar (34,2 %, + 3,2 Prozentpunkte), Northeim (33,5 %, + 5,6 Prozentpunkte) und Holzminden (33,3 %, + 3,9 Prozentpunkte).

Sozusagen am anderen Ende der Skala stehen die Landkreise Vechta (22,2 %; + 3,6 Prozentpunkte) und Cloppenburg (23,3 %; + 4,0 Prozentpunkte) sowie die kreisfreie Stadt Osnabrück (24,1 %, - 0,4 Prozentpunkte) und der Landkreis Lüneburg (24,1 %, + 1,4 Prozentpunkte) mit vergleichsweise wenigen älteren Personen.

